BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 2 **Köln, 1. Februar 1961** **DM 2,—**

Sechster Jahrgang - Postverlagsort Köln - G 1800 E

Inhalt:

- *Prof. Dr. Renate Riemeck, „Die Lage"* S. 97
- *James P. Warburg, „Die Aufgaben der USA unter der neuen Führung und ihre Einwirkungen auf die Vereinten Nationen"* S. 105
- *Klaus Ehrler, M. A., „Ich kenne keine Parteien mehr —?"* S. 112
- *Major a. D. Hans-Moritz v. Frankenberg und Proschlitz, „Die Führungsrolle der Bundesrepublik in der NATO"* S. 117
- *General a. D. Dr. Franz Beyer, „Abschreckung und ihre Gefahren"* S. 124
- *Dr. Victor Kadalie, „Das algerische Drama"* S. 128
- *Dipl.-Volkswirt Alfons Vogel, „Aber die Probleme blieben!" (Eine belgische Bilanz)* S. 135
- *Dr. Harald von Waldheim, „Mut und Demut vor der Wirklichkeit"* S. 147
- *Johannes Weidenheim, „Erbauungsliteratur für Selbstmörder"* S. 151
- *Hans von Uslar, „Über die Werbung von Glaubensrekruten für den Kalten Krieg"* S. 156
- *Dr. Achim von Borries, „Die Saat geht auf"* S. 167
- *Dokumente zum Zeitgeschehen* S. 171

Prof. Dr. Renate Riemeck

Die Lage

„Die außenpolitischen Wolken sind in dem zu Ende gehenden Jahr 1960 noch dunkler und schwärzer geworden", sagte Konrad Adenauer in seiner Weihnachtsansprache. Bundespräsident Lübke pflichtete ihm wenige Tage später bei, indem er davon sprach, daß wir im Schatten einer Wetterwolke leben. Was ist damit gemeint?

Von schweren Wolken und von einer Gewitterstimmung pflegt man zu reden, wenn möglicherweise eine atmosphärische Entladung mit Blitz und Donner droht. Auf die Außenpolitik angewendet, bedarf es keiner großen Phantasie, um sich auszumalen, was mit einem solchen Bild ausgesagt ist.

Bundestagspräsident Gerstenmaier äußerte sich im Bulletin der Bundesregierung (30. 12. 60) folgendermaßen: Auch im neuen Jahr sei „mit zweierlei wieder nicht zu rechnen: 1. Mit dem Abbau der Atom-Wände im Westen und im

Osten und 2. mit Deutschlands Wiedervereinigung. Im Gegenteil", so fährt er fort, „die Hoffnungen, die zu Beginn des letzten Jahres, vor der Pariser Gipfelkonferenz und den UNO-Verhandlungen bestanden, sind einstweilen zunichte. Statt auf eine Phase der Entspannung, müssen wir, muß die Welt gefaßt sein auf eine Zerreißprobe erster Ordnung." Diese Zerreißprobe wird „zwar die ganze Welt betreffen, sich aber vor allem auf deutschem Boden, um Berlin und damit um ganz Deutschland vollziehen. Das ist das besondere Risiko, welches das neue Jahr in sich birgt."

Also um eine Zerreißprobe handelt es sich, auf die wir gefaßt sein sollen, und um ein Risiko, das damit verbunden ist. Es ergibt sich demzufolge die Frage, mit welcher politischen Konzeption die Bundesregierung dieser Zerreißprobe entgegengehen will und welches Risiko einkalkuliert werden muß.

Die Antwort auf diese Frage gab Konrad Adenauer schon in der Ausgabe des Bulletins vom 21. Dezember. Unter der Überschrift: „Erhaltung der Freiheit in der Welt" schreibt er, es müsse Aufgabe „für die Staaten der freien Welt, und ganz besonders auch für die Bundesrepublik" sein, „im kommenden Jahr alles nur Denkbare zu tun, um die Einheit der freien Welt in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht zu festigen." Er nennt dann die Aufgaben noch etwas deutlicher, nämlich den Ausbau der Nato, die Verteidigung Berlins, die verstärkte Integration Europas und die Überwindung der „noch" bestehenden Gegensätze zwischen EWG und EFTA. Wenn diese Bemühungen Erfolg haben, so folgert Adenauer, „dann muß und wird der Tag kommen, an dem die Sowjetregierung begreifen wird, daß . . .".

Wir hören solche prophetischen Wote nicht zum ersten Male. Seit dem 16. März 1952 ist diese Prophezeiung uns geläufig. Damals, als Konrad Adenauer in Siegen das sowjetrussische Wiedervereinigungsangebot rundweg ablehnte und in diesem Zusammenhang von einem „Fetzen Papier" sprach, erläuterte er seinen Zuhörern, daß der Westen nur stärker werden müsse und daß, „wenn wir auf diesem Wege fortfahren, der Zeitpunkt nicht mehr allzu fern ist, zu dem Sowjetrußland sich zu einem vernünftigen Gespräch bereit erklärt".

Vor 9 Jahren, als sich Adenauer mit der Ablehnung der Wiedervereinigungsverhandlungen auf den Rüstungskurs der Politik der Stärke begab, glaubten er und seine Anhänger an die politische Strategie des John Foster Dulles: Der Westen muß militärisch so stark werden, daß die Demonstration seiner militärischen Machtmittel die Russen zum Rückzug aus ihren mitteleuropäischen Positionen veranlaßt. „Erst stärker werden, dann verhandeln" war denn auch die gängige Parole Bonns. Nüchterne Beobachter werden zugeben müssen, daß der Westen nicht stärker geworden ist und daß die Voraussetzungen unzutreffend waren, auf denen der Plan von 1952 beruhte. Waren die Voraussetzungen falsch, so konnte auch der Plan nicht richtig sein.

Was uns Konrad Adenauer an der Jahreswende über die Aufgaben deutscher Politik gesagt hat, klingt zwar nicht mehr so siegessicher wie die Siegener Rede vom 16. März 1952. Aber es unterscheidet sich grundsätzlich nicht von jenem Plan und jener Haltung, mit denen er die Bundesrepublik auf den Weg der Aufrüstung führte. Für ihn „muß und wird der Tag kommen, an dem die Sowjetunion begreifen wird, daß . . .". Dieser Tag, von dem er heute nicht mehr zu behaupten wagt, er sei „nicht mehr allzu fern", kann von ihm erst dann als gekommen angesehen werden, wenn die Nato ausgebaut und die Integration Europas verstärkt ist.

Was man unter „Ausbau der Nato" zu verstehen hat, geht aus der mit Billigung der Regierung verfaßten Denkschrift der Generale hervor, die ganz offen von der Vorbereitung auf den Ernstfall sprechen und Atomwaffen für die Bundeswehr

verlangen. Es geht auch aus den Bonner Vorschlägen für die Dezembertagung der Nato hervor, bei denen es sich um die Frage der Verfügungsgewalt über die in Europa lagernden Massenvernichtungsmittel handelte. Adenauer nannte 1952 jeden, der für eine deutsche Neutralität eintrat, einen „Dummkopf" oder einen „Verräter", und 1960 hieß er die Gegner der Atomrüstung „Narren" oder „Sünder". Strauß forderte von der Opposition, die zum „Kampf dem Atomtod" aufgerufen hatte, die vorbehaltlose Zustimmung zur Rüstungspolitik der Regierung.

Die Nato als vierte Atommacht, die Nato als Garant der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit Westeuropas ist der Schlüssel für die sogenannte „Integration", die von Anfang an unter einem militärpolitischen Gesetz stand und heute noch steht.

Die Wolken sind dabei „dunkler und schwärzer geworden". Es bleibt alles beim alten. Die Bundesregierung legt keinen Plan für die Minderung der Spannungen vor, keinen Vorschlag für die Abrüstung, kein Konzept für die Wiedervereinigung. Die Grundlinien der bundesdeutschen Politik sind das geblieben, was sie in der Ära Adenauer immer waren. „Die Lage ist" in der Tat „sehr ernst".

Wie reagieren die im Bundestag vertretenen Parteien in dieser Situation?

Die Stellung der Parteien

Die SPD plädiert seit dem Sommer des vergangenen Jahres für eine „gemeinsame Außenpolitik". Der Amerikaner C. W. Mills, dessen hochinteressantes Buch „Die Konsequenz" eine ausgezeichnete Analyse des Bankrotts der „Politik der Stärke" enthält, kritisiert die gemeinsame Außenpolitik der beiden amerikanischen Parteien und sagt in diesem Zusammenhang: „Die überparteiliche Außenpolitik ist zu einem überparteilichen Mangel an Politik geworden." Das dürfte auch in unserem Fall zutreffen.

Die SPD möchte mit der Regierungspartei, deren Versagen in der Frage der deutschen Wiedervereinigung und deren Rüstungs- und Atomwaffenforderungen sie einst heftig kritisiert hat, zu einer „gemeinsamen Bestandsaufnahme" kommen. Sie bekennt sich jetzt in der Abkehr von den Grundsätzen der Vergangenheit zur Rüstungspolitik der Regierung und zur Nato.

Im Europa-Rat stimmten die SPD-Abgeordneten zusammen mit den Vertretern der CDU gegen eine FDP-Stimme für die Pläne, aus der Nato eine selbständige Atommacht zu machen. Im Bundestag erklärte die Fraktion der SPD ihre Bereitschaft zu interfraktionellen Besprechungen über das Notstandsgesetz, dem sie prinzipiell zugestimmt hat. Sie ist sich nur in Einzelfragen mit dem Innenminister noch nicht einig geworden.

Die SPD leistete der Bundesregierung Schützenhilfe bei dem Versuch, die innerdeutschen Beziehungen abzubrechen, und ließ sich für die — mißglückte — Kündigung des Interzonenhandelsabkommens ins Palais Schaumburg zitieren, um sich — nachdem sie jahrelang von den einsamen Beschlüssen Adenauers überrascht worden war — plötzlich für eine risikoreiche Politik mitverantwortlich machen zu lassen. Da die SPD darauf verzichtet, eine politische Alternative für das Jahr der „schwarzen Wolken" zu entwickeln, mußte sie ihren Deutschlandplan aus der Diskussion ziehen und die Erörterung einer militärischen Entspannungszone in Mitteleuropa einstellen. Brandt will es nicht anders, sondern nur besser machen als Adenauer. Er sagt aber nicht, wie zum Beispiel im Hinblick auf Berlin etwas besser werden soll, wenn man es nicht anders machen will als bisher.

Kurzum, die SPD verzichtet auf Opposition und bekennt sich zu einer verbesserten Neuauflage der Kanzlerpolitik, als habe sich das gute Alte ausgezeichnet

bewährt und wir brauchten nur so weiterzumachen. Aber das Alte, von dem viele meinen, daß es nicht gut, sondern schlecht war, gibt es gar nicht mehr. Es ist mit John Foster Dulles ins Grab gesunken, wie deutlich aus der Antrittsrede Kennedys bei der Übernahme der Präsidentschaft und aus dem Telegrammwechsel Kennedy—Chrustschow zu erkennen ist. Man muß sich schon etwas Neues einfallen lassen, wenn man unserem Volk einen Dienst erweisen will und begriffen hat, daß die Rüstungspolitik eine „Politik am Abgrund des Krieges" ist.

Eine Folge der seit dem 30. Juni offenbar gewordenen Kapitulation der SPD vor dem Bundeskanzler ist das Aufbrechen weitgehender Differenzen innerhalb der Partei.

Die Stellung der FDP läßt sich in wenigen Worten umreißen. Herr Mende hat am 6. Januar in Stuttgart deutlich gemacht, daß er auf jeden Fall eine Beteiligung an der Regierung will. Er hat vergessen, daß er in der Atomrüstungs-Debatte im März 1958 von der „Stunde des nationalen Notstandes" sprach und sein Parteifreund Dr. R. Maier damals Franz Josef Strauß einen „Kriegsminister" nannte. Demgegenüber ist innerhalb der FDP eine Gruppe um Dr. Thomas Dehler bemüht, Ansatzpunkte für eine andere Konzeption zu finden, sie kann aber nicht wirkungsvoll entwickelt werden, weil in der FDP ein starkes Moment der Resignation spürbar wird und die — berechtigte — Verbitterung über die versäumten Gelegenheiten der zehnjährigen Adenauer-Politik überwiegt. Die Einladung des Marburger Vorsitzenden des Liberalen Studentenbundes an den Volkskammerpräsidenten Dieckmann und die verschiedenen Reaktionen, die dadurch innerhalb der FDP ausgelöst wurden, zeigen deutlich das Dilemma, in dem sich diese Partei heute befindet. Zwischen dem Wunsch, an der Macht beteiligt zu werden, und dem Suchen nach einem vielleicht doch möglichen Ausweg schwankend, läßt sie die Klarheit vermissen, die der Orientierung des Wählers zweckdienlich wäre.

Die verantwortlichen Führungsgremien der Bundestagsparteien stimmen in drei Punkten überein:

1. Sie halten die Lage für „sehr ernst";
2. sie glauben deshalb, daß die von Adenauer eingeleitete und vorangetriebene Entwicklung, ob sie sie gutgeheißen haben oder nicht, zwangsläufig fortgesetzt werden muß;
3. sie setzen dabei ihre ganze Hoffnung auf Zeitgewinn, um die auf der weltpolitischen Tagesordnung stehenden Probleme weiterhin unentschieden vertagen zu können (Berlin- und Deuschlandfrage).

Das hat selbstverständlich bestimmte Konsequenzen. Wer nämlich die Lage für ernst hält, aber die Lösung der brennenden Probleme vertagen will, muß notwendigerweise an der Politik der verstärkten Aufrüstung festhalten. Er kann dann nur mit dem Bundeskanzler hoffen, daß der Tag „kommen muß und wird, an dem die Sowjteunion begreifen wird, daß . . .". Ein solches Warten auf die Erfüllung der Prophezeiungen aus dem Palais Schaumburg verbietet es dann natürlich, eigene Vorschläge zur Abrüstungs- und Deutschlandfrage zu entwickeln. Was aber geschieht, wenn der große Tag des Begreifens nicht über die Sowjetunion kommt — wagt keine der alten und der „neuen" Regierungsparteien Konrad Adenauers in Betracht zu ziehen.

Die militärische Stärkung der Bundesrepublik weiter zu betreiben und gleichzeitig die völlige Konzeptionslosigkeit in der Abrüstungs- und Deutschlandfrage zu offenbaren, führt dazu, daß in breiten Kreisen der Bevölkerung Widerspruch ausgelöst wird. Die Frage nach dem Sinn — oder richtiger: nach dem Unsinn — der Rüstung wird immer dringlicher, vor allem auch im Hinblick auf die weltpolitische Entwicklung.

Der Labour-Kongreß in England zeigt die Möglichkeiten, die in einer öffentlichen Diskussion über die selbstmörderische Wirkung der Atomrüstung liegen. Nur muß diese öffentliche Diskussion auch geführt werden. Sie darf nicht mit den Methoden des geistigen Gleichschritts, die bei uns vorherrschend geworden sind, zum Erliegen gebracht werden; denn es besteht doch kein Zweifel, daß diejenigen, die uns im März 1958 feierlich versprachen, in der Frage der Atomrüstung „keine Ruhe mehr" geben zu wollen, heute nicht mehr zu ihrem Worte stehen. In England verlangen heute selbst Konservative einen einseitigen Verzicht auf eine sinnlose Rüstung, und niemand kann es wagen, sie als „Narren" und „Sünder" abzukanzeln.

In Frankreich ist die Forderung nach der Einstellung des „schmutzigen Algerienkrieges" unüberhörbar geworden. Zwar zeigt sich dort eine widersprüchliche Entwicklung: Der Wirkung des Appells der 121, die dazu aufriefen, den Kriegsdienst zu verweigern und lieber fahnenflüchtig zu werden, stand der höchst problematische Versuch de Gaulles gegenüber, das Algerienproblem mit Hilfe seiner sog. Volksabstimmung einer Lösung näherzubringen, die keine war.

Die Frage, welchen Sinn die Rüstung haben soll, wenn sich der Krieg als Mittel der Politik nicht mehr anwenden läßt — diese Frage wird nicht nur in England und Frankreich, sondern auch bei uns immer dringlicher gestellt.

Krieg oder Frieden?

Gerstenmaier antwortet auf diese Frage in seinem schon genannten Neujahrsartikel folgendermaßen: Die Gefahren des kommenden Jahres kann die westliche Welt nur dann bestehen, „wenn sie in entschlossener Einigkeit einer Politik folgt, die gewissenhaft verantwortet ist vor einer Rangfolge sittlicher Werte, in der die Freiheit an erster Stelle steht".

Diese Äußerung ist in mehrfacher Weise beachtenswert: Erstens, so möchten wir fragen: In welcher Weise ist die Freiheit bedroht? Und zweitens: Kann die Politik, von der Gerstenmaier spricht, die Freiheit schützen, oder gefährdet diese Politik nicht gerade die Freiheit, die der Bundestagspräsident mit Recht als einen hohen sittlichen Wert bezeichnet? Ein Hochschullehrer, der das Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz in Übereinstimmung mit namhaften Amerikanern, aber im Gegensatz zur Bundesregierung auf die provozierten Zwischenfälle seitens bestimmter Kreise in den USA zurückführt, und das auch noch in einem Artikel zu äußern wagt, wird seitens seines Kultusministeriums zum Gegenstand öffentlichen Ärgernisses erklärt.

Eine Gruppe evangelischer Pfarrer, die den Mut hat, ein politisches Wort zu sprechen, das den Realitäten Rechnung trägt, aber an ein bundsdeutsches Tabu rührt, muß sich sofort die strengste Zurechtweisung durch die offiziellen und inoffiziellen Meinungsbildner gefallen lassen. Eine Anzahl führender Mitglieder der Westberliner Gruppe der Deutschen Friedensgesellschaft wird verhaftet, und die ganze Bundesrepublik erfährt von ihrer angeblichen „Agententätigkeit" und ihren „landesverräterischen Beziehungen", sie erfährt aber kaum etwas von ihrer Haftentlassung nach wenigen Tagen. Die Freiheit, von der der Bundestagspräsident sagt, daß sie in der „Rangfolge der sittlichen Werte" an erster Stelle steht, gestattet es namhaften deutschen Schriftstellern nicht, in Hamburg ein Treffen des PEN-Zentrums Ost-West durchzuführen, nur weil ein Teil dieser Schriftsteller die deutsche Sprache in der anderen Hälfte Deutschlands spricht.

Eine Liste dieser Art kann man zu einem beträchtlichen Umfang bringen. Aber wenden wir uns einer sehr aktuellen Frage zu. Das Bundesinnenministerium hat soeben eine Broschüre veröffentlicht, die den Titel trägt: „Gegen den roten Funk-

tionär." Sie enthält „Material zum Entwurf eines Gesetzes über Einreise und Ausreise". Es handelt sich um eine Werbung für den schon seit längerer Zeit vorbereiteten Gesetzentwurf über die Reisebeschränkungen. Der Bundesinnenminister ist zunächst mit der Notstandsgesetzgebung nicht durchgekommen. Er hofft, wie er selber erklärte, daß die Wahlen die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit für die Verfassungsänderung ermöglichen werden. Es würde dies übrigens die 11. Verfassungsänderung seit Bestehen des Grundgesetzes sein — aber ohne Zweifel die einschneidendste. Bedenkt man, daß die Amerikaner seit 1786 nur 20 Ergänzungen zu ihrer Verfassung für nötig hielten, so haben wir mit unseren elfen in zwölf Jahren schon eine beachtliche Anzahl zu verzeichnen.

Das Notstandsgesetz steht also noch aus. Es würde auch nach seinem Inkrafttreten notwendig machen, daß der Notstand mit seinen die Aufhebung oder Beschränkung der Grundrechte des Staatsbürgers (also Meinungs-, Versammlungs-, Pressefreiheit, Freizügigkeit, Streikrecht, Freiheit von Forschung und Lehre usw.) bedingenden Maßnahmen zumindest erst proklamiert werden muß.

Das Gesetz über die Reisebeschränkungen aber, das übrigens nicht nur für den innerdeutschen Reiseverkehr gelten soll, sondern „verdächtigen" Personen auch die Ausreise ins westliche Ausland unmöglich machen möchte, dieses Gesetz würde bereits praktizierter Notstand sein. Das Strafgesetzbuch enthält Tatbestandsmerkmale für Landesverrat, Hochverrat usw. Aber für die beabsichtigten Reisebeschränkungen sind Tatbestandsmerkmale nicht mehr erforderlich. Es genügt, daß der Verdacht besteht, verdächtig zu sein, um die Ein- und Ausreise zu unterbinden. Wer verdächtig ist, entscheidet das Bundesinnenministerium. Das steht im Widerspruch zu Artikel 11 des Grundgesetzes, das jedem Staatsbürger die Freizügigkeit als unveräußerliches und unverlierbares Recht zusichert. Wie steht es also mit der Freiheit, die durch eine Politik der Einigkeit des Westens gesichert und geschützt werden soll?

Ist es nicht eine Politik der Rüstung, die das Wort Freiheit auf ihren Schild erhoben hat?

Wenn sich bei uns die Stimme der Vernunft bemerkbar macht, dann wird derjenige, der sie erhebt, der Sympathien für das kommunistische Gesellschaftssystem verdächtigt. Aber hat beim Abschluß des Interzonenhandelsabkommens nicht letztlich auch die Vernunft gesprochen? Und hat uns das in eine gefährliche Nähe zum Kommunismus gebracht? Der Abschluß des Interzonenhandelsabkommens ist überall mit Erleichterung begrüßt worden. Vernunfthandlungen bedrohen die Freiheit nicht. Im Gegenteil: sie schlagen ihr eine Gasse.

Was sich aber hier, auf einem verhältnismäßig kleinen Gebiet, abgespielt hat, läßt sich auch in einem größeren Rahmen ermöglichen — wenn man nur will. Gerstenmaier freilich identifiziert sich mit der Politik der Bundesregierung, wenn er sagt, die Deutschen sollten sich im neuen Jahr „vor der billigen Illusion hüten, daß man endlich nur vernünftig miteinander zu sprechen brauche, um den Druck loszuwerden". Wie aber — hat man nicht mit den Vertretern Ostberlins und Moskaus schließlich doch vernünftig gesprochen, als man zu den Handelsabkommen kam? Oder war es nur eine erzwungene Vernunft?

Für eine Politik der Vernunft!

Um diese Frage beantworten zu können, bedarf es eines kurzen Rückblicks. Seit dem Jahreswechsel 1959/60 stand die Politik der Bundesregierung unter bedrohlichen Vorzeichen. Die Gipfelkonferenz war in greifbare Nähe gerückt. Eine Lösung der Deutschlandfrage auf der Grundlage der Vorschläge der Genfer

Außenministerkonferenz schien möglich. Diese Vorschläge liefen auf eine Truppenreduzierung, ein Verbot subversiver Vereinigungen, propagandistischer Zentralen und die Bildung eines gesamtdeutschen Gremiums hinaus. Die Regierungspartei ließ Anfang 1960 durch maßgebliche Sprecher versichern, daß die Bundesrepublik nicht — wie unsere Verfassung es will — ein Provisorium, sondern ein Definitivum sei, nicht ein vorläufiger Staat, der sich als Übergang zu einem größeren Deutschland empfindet, sondern ein endgültiges Gebilde von fester Dauer. Daneben liefen die Bestrebungen vor der Gipfelkonferenz, den Westen auf die Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Linie festzulegen. Man erhob also doch den Anspruch, für Gesamtdeutschland zu sprechen. Warum, wenn die Bundesrepublik ein Definitivum ist? Diese Widersprüche lassen sich nur aus dem Bestreben erklären, die sich anbahnende weltpolitische Entspannung zu hemmen.

Das schien um so wichtiger zu sein, als Konrad Adenauer mehrfach Klage darüber erhob, daß es dem Westen an Einigkeit mangele. Der Gegensatz EWG/EFTA und die eigenwilligen Nato-Pläne de Gaulles spielten dabei eine große Rolle. Der einseitig auf die Politik der militärischen Stärke gerichtete Kurs der Bundesregierung mußte von den Spannungen im westlichen Lager in Mitleidenschaft gezogen werden. Es bedarf der „Einheit des Westens" und des unverminderten Ost-West-Gegensatzes, um diesen Kurs durchhalten zu können. Die Gipfelkonferenz kam nicht zustande. Das erleichterte die Lage. Aber es war doch unverkennbar, daß die Fäden zwischen Moskau und Washington nicht ganz abgerissen waren, auch wenn die Politik der Stärke noch einmal zu triumphieren schien.

In dieser Situation kündigte man eine Bundestagssitzung in Berlin an. Aber die Amerikaner gaben zu verstehen, daß sie nicht zur falschen Zeit am falschen Ort in eine Krise verwickelt werden möchten, die in einem Krieg enden könnte. Die Bundestagssitzung in Berlin mußte abgeblasen werden.

Dann führte Ost-Berlin, nachdem es schon eine dreitägige Sperre auf den Interzonenstraßen anläßlich der Berliner Pfingsttreffen verhängt hatte, die Personenkontrolle an den Sektorengrenzen in Berlin ein. Die Bundesregierung beantwortete diese Maßnahme mit der spektakulären Aufkündigung des Interzonenhandelsabkommens unter Hinzuziehung der SPD. Mit dieser Kündigung wäre der Berlin-Verkehr praktisch zum Erliegen gekommen. Die Versorgung der Westberliner ist von den Zusatzvereinbarungen, die zu dem Interzonenhandelsabkommen getroffen wurden, abhängig. Sie wäre bei Inkrafttreten der Kündigung nicht mehr zu sichern gewesen. Sie wäre völlig zusammengebrochen. Darüber mußte sich die Bundesregierung klar gewesen sein. Was also sollte die Kündigung bezwecken? Erhard beschwor die Natoverbündeten, sich mit der Maßnahme Bonns zu identifizieren. Er war gegen die einseitige Kündigung ohne Rückendeckung durch das Militärbündnis. Aber die Nato zog nicht mit. So mußte sich Adenauer für den Smirnow-Zwischenfall entschuldigen lassen und gab der Neuen Rhein-Zeitung ein versöhnlich klingendes Interview. Am Ende stand dann die Erneuerung des Interzonenhandelsabkommens, weil der Westen keine Verschärfung des Berlin-Problems wünscht.

Da auch die Angehörigen der amerikanischen Dienststellen in Berlin sich an den Sektorengrenzen von der Volkspolizei ihre Bescheinigungen holen, konnte man nicht einmal die Rückgängigmachung dieser Kontrollmaßnahmen fordern. Die Vernunft, die bei den Verhandlungen über den innerdeutschen Warenverkehr waltete, war also eine erzwungene Vernunft. Wir bedürfen jedoch keiner Vernunft, die unter erzwungenen Umständen zustandekommt. Wir bedürfen einer Vernunft, die aus der freien Einsicht in die Notwendigkeit hervorgeht. Ist das eine „billige Illusion"? Wenn die Vernunft nicht siegt, dann gibt es keine politischen Lösungen. Dann gibt es Krieg.

Gerstenmaier redet in seinem Aufsatz davon, daß es möglicherweise vergeblich sei, mit der Sowjetregierung zu sprechen, „es sei denn, man unterwerfe sich dem Kreml. Dies aber wird die freie Welt nicht tun — auch dann nicht, wenn Krieg droht".

Steht es denn zur Debatte, daß man sich unterwerfen muß? Verhandeln heißt nicht, sich unterwerfen. Aber wer einen Krieg für die Freiheit für möglich hält, wird die Freiheit und sein Leben verlieren. Weil die Regierungspolitiker falsche Alternativen stellen, darum sehen sie keine Möglichkeit zum Abbau der Rüstung. Darum haben sie keinen Mut zum Frieden und zur Wiedervereinigung. Sie sehen nur Unterwerfung oder Rüstung und kalkulieren dabei das Risiko ein, daß (wie Gerstenmaier ausführt) eine Situation entstehen kann, in der es zum Krieg kommt „wie zu einem Verkehrsunglück". Er fragt dann weiter: „Was können, was sollen die Deutschen angesichts solcher Risiken des neuen Jahres tun?" Er antwortet darauf, die Deutschen müßten sich darüber klar werden, daß sie Freiheit und Frieden verlieren werden, „wenn sie nicht entschlossen sind, in der Gemeinschaft der freien Welt auch um des Friedens willen nicht auf ihre Freiheit zu verzichten." Aber gibt es Freiheit ohne Frieden? In einer Atomwüste wird niemand mehr das Banner der Freiheit aufpflanzen können.

Der Krieg, den alle fürchten und zu dem es nach Gerstenmaiers Worten „wie zu einem Verkehrsunglück" kommen kann, zerstört die Voraussetzungen der Freiheit. Wer das Unglück hat, ihn zu überleben, wird als Gefangener des Entsetzens dahinvegetieren. Der Friede ist nicht Verzicht auf die Freiheit. Er ist ihr Nährboden. Die Frage also, was die Deutschen „angesichts der Risiken des neuen Jahres" tun können und sollen, kann nur dahingehend beantwortet werden, daß sie die Risiken vermindern müssen.

Es ist deshalb nicht mit Gerstenmaier zu wünschen, daß „die Impulse, die insbesondere auch von der deutschen Seite" auf der Dezembertagung der Nato „ausgegangen sind" (gemeint ist die Verfügungsgewalt der Nato-Verbündeten über Atomwaffen), im neuen Jahr „programmatische Kraft gewinnen". Zu wünschen ist vielmehr, daß endlich die Politik der Vernunft zum Durchbruch kommt. Sie kann nur darin bestehen, daß der Rüstungswettlauf durchbrochen wird und die Deutschen deshalb in beiden Teilen ihres geteilten Landes auf die Lagerung von Atomwaffen und eine atomare Aufrüstung verzichten. Sie kann nur darin bestehen, daß durch das Wiederaufgreifen des Planes einer militärisch verdünnten Zone in Europa die West-Ost-Verhandlungen über die dringend notwendige Abrüstung aus ihrer Stagnation befreit werden. Eine Politik der Vernunft gebietet es den Deutschen beider Teilstaaten, sich vertraglich zu verpflichten, bei der Lösung der innerdeutschen Probleme keinerlei Gewalt anzuwenden und eine militärische Neutralisierung ganz Deutschlands unter einer internationalen Sicherheitsgarantie zu fordern. Bestehende Verträge dürfen selbstverständlich nicht gebrochen werden. Aber sie können im Einvernehmen mit den Vertragspartnern im deutschen und internationalen Interesse schrittweise abgeändert werden.

Es gibt Nato-Staaten, die die Lagerung von Atomwaffen abgelehnt haben. Es gibt Staaten des Warschauer Paktes, die sich für eine kernwaffenfreie Zone der Entspannung erklärt haben. Das allein zeigt die Möglichkeiten, die sich selbst innerhalb der Militärsysteme bieten. Die Alternative heißt nicht: Atomrüstung oder Unterwerfung. Die Alternative heißt: Politische Lösungen oder Krieg.

James P. Warburg

Die Aufgaben der USA unter der neuen Führung und ihre Einwirkungen auf die Vereinten Nationen

Vorbemerkung: Der angesehene amerikanische Bankier James P. Warburg (New York), in den letzten Jahren durch seine un-orthodoxen Auffassungen zu den entscheidenden weltpolitischen Problemen, nicht zuletzt zur Deutschland-Frage, und durch zahlreiche konstruktive politische Vorschläge auch in der Bundesrepublik bekannt geworden, hat den „Blättern" den Text seiner Ausführungen vom 16. November 1960 vor der Vereinigung Jüdischer Frauenorganisationen in New York zur Verfügung gestellt.

D. Red.

Ich glaube kaum, daß — vielleicht mit Ausnahme von Abraham Lincoln oder Franklin D. Roosevelt — je ein anderer amerikanischer Präsident ein derart problematisches Erbe übernommen hat, wie es den neugewählten Präsidenten John F. Kennedy im Januar erwartet. Sogar das tragische Dilemma, dem sich Abraham Lincoln vor hundert Jahren gegenübersah, war verhältnismäßig unkompliziert, und Roosevelts Herkulesarbeit, die darin bestand, unser Land aus der schlimmsten Wirtschaftskatastrophe seiner Geschichte herauszureißen, war im Grunde eine geringere Aufgabe als die, der sich unser neuer Präsident zu unterziehen hat.

Als Franklin D. Roosevelt 1933 sein Amt antrat, fand er im eigenen Lande revolutionäre Zustände vor, und es gelang seinem unerhörten Mut und seiner Geschicklichkeit, diese in konstruktive Bahnen zu leiten. Durch Unterstützungs-, Reform- und Aufbauprogramme steckte der „New Deal" nach unten eine Grenze gegen Armut und Verkommenheit und nach oben gegen den unverantwortlichen Mißbrauch von Reichtum, Macht und ungerechtfertigten Vorteilen ab. Roosevelt führte diese Aufgabe durch Schaffung und Anwendung von Maßnahmen durch, die er als „ein neues Instrument der öffentlichen Macht" bezeichnete und durch die er Lincolns Glauben bestärkte, daß die Funktion der Bundesregierung Amerikas darin bestehe, „das fürs Volk zu tun, was dieses nicht genauso oder überhaupt nicht von sich aus tun könne."

John Kennedy erbt nicht nur ein Land, sondern eine ganze Welt in revolutionärer Gärung — eine Welt, die zu friedlichem Fortschritt nur durch Anwendung des gleichen Programmes in globalem Maßstab gelangen kann, durch den Grundsatz, dem menschlichen Elend nach unten eine Grenze zu setzen und oben den Mißbrauch von Macht und Privilegien zu beschneiden.

Wenn sich jedoch Roosevelt nur zum Herrn im eigenen Hause machen mußte, um sein Volk durch Belebung eines neuen Sozialbewußtseins, durch Einsetzung neuer Gesetze und durch Schaffung neuer Institutionen weiterzuführen, steht Präsident Kennedy der ungleich schwereren Aufgabe gegenüber, das amerikanische Volk zu einer erfolgreichen Zusammenarbeit mit anderen souveränen Völkern zu führen, um dadurch eine Art von universellem „New-Deal"-Programm in die Wege zu leiten. Es gibt kein Weltparlament, dem er ein legislatives Programm vorlegen könnte, und selbst wenn die Vereinten Nationen ein Weltparlament wären, könnte er zu ihnen nur als Vertreter einer von vielen Nationen sprechen. Was Franklin D. Roosevelt durch seine verfassungsmäßige Macht erreichte, kann John Kennedy nur durch die Kraft der Überredung und die Anziehung des eigenen Beispiels durchzusetzen versuchen.

Unser künftiger Präsident hat sehr weise erkannt, daß sein Land solange weder überzeugen noch ein Beispiel für andere geben kann, bis es, wie er sich aus-

drückt, erst einmal „selber wieder in Bewegung geraten" ist. Diese Erkenntnis läßt ihn seine erste Aufgabe im eigenen Lande sehen. Die Vereinigten Staaten wieder „in Bewegung bringen", ist — absolut gesprochen — jetzt wesentlich leichter als 1933. Das Land ist nicht so krank wie damals. Im Grunde ist es gesund und stark, und wir brauchen keine radikalen Neuerungen im Wohlfahrts- und Reformwesen. Wir müssen nur aus unserer euphoristischen Selbstzufriedenheit wieder aufwachen, um unsere unbenutzten Muskeln wieder in Schwung zu bringen. Wir müssen einsehen, was unsere Aufgabe in der Welt ist, und mit Begeisterung herangehen. Ich zweifle gar nicht daran, daß das unter der Führung unseres neuen Präsidenten sehr rasch gehen wird und daß wir diese unglückselige Zeitspanne des privaten „laissez faire — laissez aller" und der öffentlichen Verantwortungslosigkeit überwinden. Damit werden wir Forderungen der Öffentlichkeit entsprechen, die lange Zeit vernachlässigt worden sind, unser menschliches und materielles Potential ausnutzen und wieder mit einem gesunden Wachstum beginnen.

Aber das ist nur der Anfang, die erste Voraussetzung, damit wir an unsere dringenden Aufgaben auf der ganzen Erde herangehen können. Meiner Ansicht nach besteht diese Aufgabe aus drei Hauptteilen.

I.

Zunächst müssen wir das Rüstungswettrennen beenden und eine eindeutige nationale Haltung in den Fragen der Waffenkontrolle und der Abrüstung einnehmen. Die jetzige Regierung war nicht in der Lage, eine derartige Politik zu entwickeln. Sie schien wohl mit Reden eine universelle Abrüstung zu fördern, unternahm aber in Wirklichkeit nur wenig für eine Waffenkontrolle oder Rüstungsbeschränkung. Sogar bei diesen doch wirklich nicht allzu weit reichenden Punkten zeigte sie eine schwankende Stellung ohne eine eindeutige Politik, die sie nicht einmal gegenüber dem Verbot von Kernwaffenversuchen entwickelte.

So wird unser nächster Präsident das durchführen müssen, was sein Vorgänger acht Jahre lang versäumt hat: eine Entscheidung in dem langen Konflikt zwischen Außenministerium und solchen Persönlichkeiten im Verteidigungsministerium und der Atomenergie-Kommission zu treffen, die sich nicht nur einer Abrüstung, sondern auch dem Verbot der Kernwaffentests widersetzen.

Ich glaube zuversichtlich, daß John Kennedy nicht nur den Willen, sondern auch die Fähigkeit zu festen Entschlüssen besitzt. Die große Frage ist nur, ob er so rasch erkennen wird, daß ein Krieg durch Zufall — nicht etwa durch ein zweites Pearl Harbour — die höchste Gefahr bedeutet, die nicht nur die Sicherheit der USA, sondern sogar die Erhaltung der menschlichen Zivilisation bedroht. Die Gefahr eines solchen „Krieges durch Zufall" wird von Tag zu Tag größer und erhöht sich noch im geometrischen Verhältnis zum Anwachsen der nuklear bewaffneten Mächte.

Gegen diesen „Krieg durch Zufall" gibt es kein Abschreckungsmittel! Die einzige Verteidigung gegen diese wachsende Bedrohung wäre der sofortige Stop in der Weitergabe nuklearer Waffen — sowie ernsthafte Verhandlungen mit den Völkern, die diese Waffen schon besitzen. Verhandlungen auf dem Gebiete der Abrüstung und Waffenkontrolle bedeuten in erster Linie Aufnahme der russischen Herausforderung, die von der Regierung Eisenhower unbeantwortet gelassen wurde. Diese Forderung wurde von Ministerpräsident Chrustschow ganz klar während seiner letzten Anwesenheit bei den Vereinten Nationen gestellt, als er erklärte: „Stimmt nur der totalen Abrüstung zu, und ihr könnt alle Kontrollen haben, die ihr wollt!" Ich glaube, das waren seine Worte.

Es gibt nur einen Weg, dieser Herausforderung zu begegnen und die Aufrichtigkeit der russischen Führer einer Probe zu unterziehen, und dieser Weg würde

für die Westmächte bedeuten, einmal ganz präzise zu erklären, welcher Art die Inspektion und die Kontrollen sein und wie sie durchgesetzt werden sollen.

Ehe das aber getan werden kann, stehen die USA und ihre Verbündeten zwei größeren Entscheidungen über die Zukunft der Vereinten Nationen gegenüber.

Die erste und verhältnismäßig einfache Entscheidung liegt darin, ob wir für die Vereinten Nationen als Weltorganisation eintreten, denn sie können keine weltweite Abrüstung durchführen, wenn sich ihre Vollmachten nicht auf alle Länder der Welt erstrecken. Das bedeutet aber, daß die Volksrepublik China Mitglied werden muß, ferner, daß entweder beide Deutschlands oder ein wiedervereinigtes Deutschland, beide Koreas oder ein wiedervereinigtes Korea, beide Vietnams oder ein wiedervereinigtes Vietnam Mitglied werden müssen. Ich betonte vorhin, diese Entscheidung sei verhältnismäßig einfach, weil sie in jeder Hinsicht unvermeidlich ist. Obwohl die chinesische Frage in den USA ein heißes Eisen ist, vermute ich doch, daß es den USA diesmal zum letztenmal gelungen ist, die Aufnahme Rotchinas in die Vereinten Nationen zu blockieren. Die Welt sehnt sich nach Abrüstung. Und sie weiß, daß es keine Abrüstung geben kann, ehe sich nicht auch China an den Vereinbarungen beteiligt und bei der Durchsetzung hilft.

Die zweite Entscheidung — und sie ist wesentlich weitgehender! — betrifft die Frage, welche Vollmacht und welche Autorität die UN haben sollen. Ministerpräsident Chrustschow hat die Abrüstungsfrage mit einer Umorganisation des Sekretariats der Vereinten Nationen verbunden, die das Vetorecht der Großmächte praktisch in die Verwaltungsorgane einführen würde. Natürlich ist dieser Vorschlag unannehmbar! Dadurch würde den UN die Macht genommen, die Abrüstung bei den fünf Großmächten, die ein Vetorecht haben, durchzusetzen. Andererseits aber hat die UdSSR ihren ursprünglichen Widerstand gegen die Schaffung einer Friedenstruppe der UN gemildert. Diese Haltung beruhte zunächst auf der Annahme, die Truppe der UN werde zur „Durchsetzung des Kapitalismus" eingesetzt. Diese Einstellung hat Chrustschow jetzt aufgegeben. Er spricht von einer Friedenstruppe, die sich aus Kontingenten zusammensetzt, die den Vereinten Nationen von ihren Mitgliedsstaaten aus deren eigenen, leicht bewaffneten internen Sicherheitsstreitkräften zur Verfügung gestellt werden. Die Länder dürfen diese Truppen auch nach der „Vereinbarung über allgemeine und vollständige Abrüstung" beibehalten. Mr. Herter als Sprecher für die Eisenhower-Regierung hatte diesen Gesichtspunkt wohl im Auge, wenn er von „internationaler Durchführung" sprach, und meinte damit wahrscheinlich etwa das gleiche, nämlich eine kollektive Sicherheitsvereinbarung, nach der die Mitgliedsstaaten die Vereinten Nationen mit nationalen Kontingenten beliefern.

Es ist meine ganz persönliche Ansicht, daß diese Denkweise um den eigentlichen Kern der Sache herumgeht: daß nämlich die UN, wenn sie tatsächlich die Abrüstung durchsetzen sollen, das ausschließliche Recht brauchen, eine eigene bewaffnete Truppe zu halten und sie auch einzusetzen, falls notwendig, um jegliche Verletzung eines solchen Weltgesetzes zu verhindern oder zu bestrafen, das die Herstellung, den Besitz, den Erwerb oder den Ankauf aller Waffen — ausgenommen solcher, die den Mitgliedsnationen ausdrücklich für die Erhaltung der Sicherheit im eigenen Lande zugestanden werden — verbietet. Eine solche Truppe der Vereinten Nationen, die sich aus Angehörigen der Länder der ganzen Welt zusammensetzt, müßte stärker sein als die zugelassenen leicht bewaffneten Polizeikräfte der einzelnen Mitgliedsstaaten oder jedes eventuellen Staatenbundes. Der Einsatz einer solchen UN-Truppe dürfte keinen Einschränkungen unterliegen — wie etwa dem Veto der Großmächte oder einer Zweidrittel-Abstimmung in der Generalversammlung. Ihre Funktion wäre nach weltweiter Ab-

machung die Durchsetzung eines von der ganzen Welt befürworteten Gesetzes.

Es ist mir völlig klar, daß ich damit auch zugebe, daß diese Stelle, die für die Durchführung des Gesetzes verantwortlich ist, ganz gleich, ob es sich dabei um den neuorganisierten Sicherheitsrat oder um eine reine ad-hoc-Organisation handelt, die innerhalb des Rahmens der UN geschaffen wird, bestimmte präzis festgelegte und begrenzte Eigenschaften einer Weltregierung haben muß. Ich habe keine Angst davor, ausdrücklich dieses Wort anzuwenden. Wenn wir wirklich eine weltweite Abrüstung der Staaten wollen, so können wir dieses Ziel meiner Ansicht nach nur dadurch erreichen, daß wir ein Weltgesetz erlassen und eine über den Staaten stehende Stelle schaffen, die auch die Möglichkeit hat, dieses Gesetz durchzusetzen.

Würde auch Ministerpräsident Chrustschow eine solche Auslegung der Kontrolle akzeptieren? Ich kann es wirklich nicht sagen. Ich weiß nur das eine: ehe wir ihm diese Frage vorlegen, müssen wir sie erst einmal für uns selber beantworten.

Wenn unsere Antwort positiv ist, so glaube ich, daß wir von der überwältigenden Mehrheit der Weltmeinung darin unterstützt werden. Wenn sie positiv, die Chrustschows dagegen negativ ist, so werden wir und die Völker der Welt wenigstens wissen, wie die Sachlage ist. Ich stehe nicht an, ganz offen zu erklären, daß meiner Ansicht nach Chrustschow eine weltweite Abrüstung wünscht. Schon deshalb ist er dafür, weil er fest darauf vertraut, daß in einer abgerüsteten Welt der Kommunismus siegen wird. Ich glaube, wir können beweisen, daß er damit unrecht hat. Ja, ich bin wirklich der Ansicht, daß wir der Sache der Freiheit in einer abgerüsteten Welt besser zum Siege verhelfen können als in der Art von Welt, in der wir heute leben. Allerdings bin ich mir nicht über die Tatsache im klaren, ob Chrustschow tatsächlich die volle Bedeutung einer weltweiten Abrüstung der einzelnen Staaten erkennt — oder — wenn er sie erkennt — ob er dann auch gewillt ist, sie zu akzeptieren.

Das sind die Dinge, die wir herausfinden müssen, und wir können sie nicht eher herausfinden, bis wir die Frage für uns selber beantwortet haben.

II.

Ich komme nun zur zweiten der drei Forderungen.

Abrüstungsvereinbarungen können nur erreicht werden, wenn einige der Spannungen, die Anlaß zu diesem Wettrüsten waren, gemildert werden. Gleichzeitig muß eine neue Regierung zusammen mit dem Versuch, die Abrüstungsfragen zu klären, sich auch bemühen, an einige der noch nicht gelösten Hauptkonflikte zwischen dem Westen und dem chinesisch-russischen Block heranzugehen.

In Europa liegt die Hauptquelle für Reibungen zwischen dem Westen und der UdSSR in der Lage von Berlin und Deutschland. Eine neue Regierung in Washington wird sich entschließen müssen, welches der beiden Ziele sie erreichen will: entweder die Wiedervereinigung Deutschlands oder die Aufrechterhaltung einer westdeutschen Beteiligung am NATO-Bündnis! Vergeblich haben die Regierungen T r u m a n s und Eisenhowers versucht, diese beiden sich gegenseitig ausschließenden Ziele durchzusetzen.

Wenn Präsident Kennedy entscheiden würde — und ich hoffe, er tut es nicht! — es sei wichtiger, Westdeutschland in der NATO zu halten, als eine Wiedervereinigung durchzusetzen, dann müssen wir aber auch erkennen, daß es auf die Dauer unmöglich ist, West-Berlin als eine unter westlicher Kontrolle stehende Insel der Freiheit inmitten eines kommunistischen ostdeutschen Staates beizubehalten. Das Beste, was man dabei erreichen könnte, wäre noch die Verlegung von 2½ Millionen Westberliner Einwohnern aus Ostdeutschland in die Bundesrepublik.

Wenn sich aber andererseits Präsident Kennedy dazu entschließt, die Wiedervereinigung Deutschlands für den Preis seiner militärischen Neutralität durchzusetzen, dann kann er sich auch für die Erhaltung des status quo in Berlin bis zur Wiedervereinigung stark machen. Wenn er diesen Weg wählt, so muß ein konstruktiver westlicher Vorschlag für die beiderseitige Zurückziehung der Streitkräfte aus den beiden Deutschlands gemacht werden. Dieser Vorschlag muß es den beiden deutschen Staaten überlassen, einen eigenen Weg zu ihrer Wiedervereinigung ohne irgendwelche Einmischung von außen zu finden.

Ich selber habe im Laufe der letzten acht Jahre mehrmals derartige detaillierte Vorschläge gemacht und dabei immer wieder darauf hingewiesen, daß wir niemals wissen können, ob die Russen einer solchen Lösung des deutschen Problems zustimmen würden, ehe wir uns nicht einmal ernsthaft bemüht haben, das festzustellen.

Die Entscheidung über einen solchen Schritt bedarf nüchterner Beurteilung des tatsächlichen Wertes der NATO in ihrer gegenwärtigen Form, verbunden mit einer sorgfältigen Abschätzung der künftigen Entwicklungen in Deutschland und Frankreich und einer Neubewertung der strategischen Konzeptionen, auf denen die militärische Haltung der NATO seit mehr als zehn Jahren beruht. Außerdem gehört meines Erachtens auch eine Überprüfung der Bedingungen dazu, die es rechtfertigen, daß Großbritannien, Kanada und die USA weiterhin ihre schützende Hand über die Länder Westeuropas halten. Schließlich finde ich, daß in diesen Komplex auch die Beendigung des Krieges in Algerien und die Rückkehr des Großteils der französischen Armee nach Westeuropa gehört.

Im Mittleren Osten und in Afrika müßten meiner Ansicht nach neue Versuche zur Milderung der Spannung durch Erreichung einer Stegreifvereinbarung zwischen den Westmächten und der UdSSR gemacht werden, u. a. mit einem Waffenembargo und, wenn möglich, mit einer Vereinbarung, nach der alle wirtschaftlichen und technischen Hilfsleistungen über die UN zu laufen haben. Würden die USA in diesem Punkte die Initiative ergreifen und einen Vorschlag machen, dann fände dieser gewiß die Unterstützung der Mehrzahl der afrikanischen und mittelöstlichen Staaten.

Außerdem stünde es den Vereinigten Staaten wohl an, sich der russischen Zusammenarbeit bei der Befriedung Israels und seiner arabischen Nachbarn zu bedienen. Jeder Staat, der 1947 für die Teilung Palästinas stimmte — und das betrifft auch die UdSSR —, ist moralisch verpflichtet, die legitimine Existenz Israels zu gewährleisten und zu einer Friedensregelung beizutragen.

Im Fernen Osten könnte m. E. eine Entspannung nur durch Eröffnung direkter Verhandlungen zwischen Washington und Peking erzielt werden. Diese Beziehungen müßten dann für positive Vorschläge über Korea, Vietnam und die Straße von Taiwan verwertet werden. Ich komme hier nicht auf die zahlreichen Vorschläge zurück, die ich früher über diesen Punkt vorgebracht habe, sondern betone nur immer wieder, daß unsere derzeitige Chinapolitik vor mehr als zehn Jahren geprägt wurde, als China noch ein verarmter, unorganisierter und von Kampf zerrissener Staat war, während es jetzt die bestorganisierte und mächtigste Nation Asiens ist. Seine Bevölkerung beträgt ein Viertel der Weltbevölkerung. Die Aufrechterhaltung dieser veralteten Politik spaltet die antikommunistische Koalition, entfremdet uns die bündnislosen Nationen Asiens und Afrikas, festigt den chinesisch-russischen Zusammenhalt und läßt die USA ständig am Abgrund des Krieges. Darüber hinaus ist unsere augenblickliche Chinapolitik ein Bremsklotz auf dem Wege zur Abrüstung.

Das wäre hier alles über die Frage der Entspannung.

III.

Der dritte Teil der Aufgabe Präsident Kennedys — und damit wohl der Aufgabe von uns allen — ist die Mobilisierung und Organisation aller Hilfsquellen der nicht an den kommunistischen Block gebundenen Industrieländer zum gemeinsamen und vielseitigen Kampf gegen Elend, Armut und menschenunwürdige Lebensbedingungen der Völker der sogenannten Entwicklungsgebiete.

Auch hier sollte unser endgültiges Ziel wohl die Heranziehung Rußlands und Volkschinas zu gemeinsamen Bemühungen sein. Zur Zeit ist dies unmöglich; denn die Kommunisten fühlen sich als unsere Konkurrenten und wollen nicht mit uns zusammenarbeiten. Solange dieser Zustand vorherrscht, das heißt: solange die Kommunisten von einer Weltherrschaft durch wirtschaftlichen, politischen und psychologischen Konkurrenzkampf träumen, müssen wir auch ihre Herausforderung annehmen. Das können wir jedoch nur, wenn die westliche Welt gemeinsam auf vielen Gebieten handelt, anstatt einseitig und individualistisch zu arbeiten.

Als sich Präsident Eisenhower am 22. September 1960 an die Generalversammlung der Vereinten Nationen wandte, war es interessant, wie verschieden er nunmehr die bisherige amerikanische Hilfe für andere Länder, zumindest für afrikanische, schilderte. Während bisher die USA ihre recht kümmerlichen Versuche einer Wirtschaftshilfe einseitig an Gedankengänge des Kalten Krieges geknüpft hatten, so würden nun in Zukunft, erklärte Eisenhower, die Vereinigten Staaten ihre Wirtschaftshilfe an die unabhängigen Nationen Afrikas über die Vereinten Nationen gewähren. Es ist nun die Aufgabe der neuen Regierung, diesen Grundsatz auf globaler Ebene durchzuführen, das heißt: alle nicht-kommunistischen Länder zu gemeinsamen Bemühungen durch die Weltorganisation zu veranlassen.

In den letzten drei Jahren versuchte ich, die Schaffung einer sogenannten Entwicklungsstelle bei der UN durchzusetzen, die sowohl den Ländern, die die Unterstützung zur Verfügung stellen, als auch den Ländern, die sie brauchen, hilft. Wieder muß ich es mir aus Zeitgründen versagen, an dieser Stelle näher darauf einzugehen, aber mein Hauptgesichtspunkt war folgender: Einzeln sind die westeuropäischen Länder nicht in der Lage, sich von der Verstrickung ihrer imperialistischen Vergangenheit zu befreien, und die Vereinigten Staaten können infolge ihrer Belastung durch den Kalten Krieg, ihrer europäisch orientierten Politik in Asien, ihres Mangels an politischer Linie in Afrika und der Vernachlässigung Lateinamerikas den Prototyp der stärksten konterrevolutionären Macht nicht abschütteln. Handeln sie aber gemeinsam durch die Vereinten Nationen, so kann dieses psychologische Hemmnis überwunden werden.

Noch mehr: arbeiten die westlichen Industrieländer zusammen über die UN, so werden sie leichter Möglichkeiten finden, um die Lasten jedes Landes gleichmäßig zu verteilen und anzupassen. Es ist zum Beispiel unter den gegenwärtigen Umständen schwierig, den Westdeutschen klar zu machen, daß sie ihren Anteil der Aufgabe nicht durchführen, weil man darüber streiten könnte, ob das, was sie tatsächlich tun, wirklich für die Entwicklung der Welt geschieht und nicht einfach nur ihre eigenen nationalen Interessen fördert. In gewisser Weise gilt der gleiche Einwand auch für die französischen Ausgaben für die ehemaligen Kolonien in Afrika und die britischen in den Commonwealth-Ländern.

Es ist schon so: die Vereinigten Staaten haben Westeuropa wieder auf die Beine gestellt, und Westeuropa verläßt sich jetzt noch so auf die USA, als habe es niemals eine Unterstützung zu seinem Wiederaufbau erhalten. Weiterhin ist aber auch klar, daß Westeuropa mit seinen über 200 Millionen Einwohnern durchaus imstande ist, mehr für seine eigene Verteidigung zu tun und selber einen Beitrag zu einem nicht-kommunistischen Sieg im friedlichen Wettbewerb zu leisten.

Schließlich würden durch gemeinsame Aktionen über die UN auch Japan in die Gruppe der nicht-kommunistischen Industrieländer geführt und das menschliche Potential — wenn kein materielles zur Verfügung steht — anderer ärmerer Länder, z. B. Israels, erfaßt werden.

Man hat die Umwandlung der NATO in ein Werkzeug westlicher Wirtschaftspolitik erwogen, und das wäre meiner Ansicht nach das Verkehrteste, was man tun könnte. Die NATO ist ein Instrument des Kalten Krieges, und die Länder, die Unterstützung brauchen, wollen gar nicht in diesen Kalten Krieg verwickelt werden. Zu den NATO-Staaten gehören Groß-Britannien, Frankreich, Holland, Belgien und Portugal, letzteres noch völlig Kolonialmacht; auch die anderen konnten sich noch nicht ganz vom Abglanz des Imperialismus befreien. Und schließlich sind wichtige Industrieländer wie Schweden, die Schweiz, Österreich und Japan nicht einmal in der NATO.

Es wurde auch vorgeschlagen, die Europäische Wirtschafts-Gemeinschaft in ein Instrument westlicher Wirtschaftspolitik zu verwandeln. Obwohl dieser Plan wesentlich besser wäre als eine Einschaltung der NATO, würde eine umorganisierte OEEC dennoch nicht Japan, Australien, Neuseeland oder eines der erst halb entwickelten Länder Asiens oder Lateinamerikas einschließen.

Was wir brauchen, ist eine Einrichtung, die auch die afro-asiatischen und lateinamerikanischen Länder fühlen läßt, daß sie daran beteiligt sind und selber dabei eine Stimme haben — und keine Stelle, die von den westlichen Industrieländern kontrolliert wird und an die sie sich nur als Bittsteller wenden müssen.

Es gibt nur eine Möglichkeit zur Schaffung einer solchen Einrichtung — im Rahmen der Vereinten Nationen!

Noch mehr: Wollen wir diese so stärken, daß sie auch eine weltweite Abrüstung durchsetzen können, wäre es durchaus zu wünschen, den Einfluß und das Prestige der Weltorganisation dadurch zu festigen, daß sie zum Werkzeug der Wirtschaftsförderung gemacht wird. Diese Lösung erscheint mir weit besser als eine mechanische Institution der antikommunistischen Koalition.

Lassen Sie mich schließen mit der Betrachtung, daß der Kampf um die Freiheit des Menschen nicht durch militärische Stärke gewonnen werden kann. Verloren oder gewonnen wird er durch andere Gesichtspunkte. Es kommt darauf an, welcher Seite die Mehrzahl der Menschen, die den Anforderungen ihres Jahrhunderts gerecht werden wollen, ihre moralische und geistige Unterstützung bietet. Hier handelt es sich nicht nur um Wirtschaftshilfe, obwohl auch diese von großer Bedeutung sein kann. Es handelt sich hier um manche Imponderabilien: die Achtung vor künstlerischen und nichtmilitärischen wissenschaftlichen Erfolgen, die Identifizierung mit derjenigen Seite, die im Kampfe um den Frieden aufrichtiger zu sein scheint, um das Gefühl der menschlichen Brüderlichkeit, um Anteilnahme und Verständnis, rassische und religiöse Toleranz, das Eintreten für gleiche Gerechtigkeit für alle.

Es war stets eine Lieblingsidee John Kennedys, „Franklin D. Roosevelt sei ein guter Nachbar der Welt gegenüber gewesen, weil er schon zu Hause ein guter Nachbar gewesen sei." Es ist durchaus möglich, daß gerade das Beispiel, das wir hier in unserem eigenen Lande geben, der stärkste Faktor in der Beeinflussung der Welt ist. Aber auch umgekehrt stimmt es. Wir sind bei einem Punkt in der Entwicklung in der Menschheitsgeschichte angelangt, an dem wir nur dann angenehme und rücksichtsvolle Nachbarn unserer Mitmenschen hier zu Hause im eigenen Lande sein können, wenn wir uns in erneuter Energie zusammenfinden, um unsere Verantwortung als Bürger der Welt zu erfüllen.

Copyright d. Übersetzung „Blätter für deutsche und internationale Politik"

Klaus Ehrler, M. A.

„Ich kenne keine Parteien mehr . . ." —?

Zum dritten Male innerhalb des letzten halben Jahrhunderts schicken sich die deutschen Parteien an, ihren eigentlichen Auftrag zu verfehlen, zum dritten Male mangelt es ihnen an Erkenntnis, Willenskraft und Bekennermut, ihre entscheidende Aufgabe wahrzunehmen und zu erfüllen: nämlich, Politik zu treiben. Weder im nationalen noch im internationalen Rahmen zeigen sie Initiative und Aktivität, die primär politisch bezeichnet zu werden verdienten. Wieder einmal droht dem deutschen Volk eine Kapitulation seiner politischen Potenzen vor apolitischen und antipolitischen Mächten, deren unheilvolle Entfaltung es schon zweimal in Elend und Katastrophe geführt hat. Es handelt sich jetzt nicht etwa nur um die Krise der einen oder der anderen Partei, sondern um die prinzipielle Infragestellung der Rolle der bundesdeutschen Parteien überhaupt. Die unaufhaltsame Abwertung der Stellung des Bundestages gegenüber derjenigen des Bundeskanzlers in der Realität und im Ansehen der Öffentlichkeit ist dafür nur ein Symptom unter vielen. Während nach alter Manier am Vorabend des vierten Bundestagswahlkampfes um bessere taktische und psychologische Ausgangspositionen zur Umwerbung oder auch Einschüchterung des Wählers gerungen wird, bleiben die eigentlichen, die entscheidenden Fragen ungestellt und unbeantwortet. Es ist viel zu wenig gesehen, wenn man die junge Demokratie gefährdet sieht. Unsere Gefahr liegt tiefer, denn sie ist grundsätzlicher Art: sie besteht in der fortschreitenden Ausklammerung des Politischen aus Praxis und Ideologie unseres Staates.

Die traditionelle und noch ungebrochene Abneigung der meisten Deutschen gegen alles mit dem Akzent der „Parteipolitik" behaftete Denken und Wirken leistet der Effektivität dieser Tendenz großen Vorschub. Die unzureichende Auffassung unserer Partei- und Berufspolitiker von ihrer Aufgabe gibt ihren Vorstellungen keine Überzeugungskraft und versagt ihren Programmen fast schon von vornherein den Erfolg.

Denn k e i n e der bisher bestehenden Bundesparteien kann für sich den Erfolg der Durchsetzung ihres Programms buchen, auch nicht die CDU/CSU. Es ist naheliegend, daß das kühle Verhältnis vieler Deutscher gegenüber dem Politischen auch ein Ergebnis der wiederholten Vergeblichkeit und Erfolglosigkeit deutscher Politik ist. Daß der Besitz staatlicher M a c h t nicht schon mit politischem E r f o l g gleichzusetzen ist, müßte aus der langen dornenreichen deutschen Geschichte ersichtlich sein. Denn an Macht in vielerlei Gestalt hat es den Deutschen nur selten gefehlt. Eine erfolgreiche Entwicklung unserer politischen Kräfte sowie unseres politischen Schicksals ist uns Deutschen insgesamt aber bis heute versagt geblieben.

Die Kontinuität unserer seit zwölf Jahren gepflegten politischen Wohlstandsnarkose ist nur gelegentlich durch einige halb verlegene, halb gezielte Ersatzemotionen unterbrochen worden. „Macht das Tor auf!" und „Unteilbares Deutschland!" sind doch bestenfalls gutgemeinte Deklamationen, die jeden Realitäts- und Realisierungswert vermissen lassen. Sie erzeugten von Fall zu Fall starke seelische Spannungen, die nicht konstruktiv gelöst oder produktiv umgesetzt werden können und dies nach Absicht ihrer Manipulatoren auch offensichtlich gar nicht sollen!

Zur Scham und zum Bedauern manches in wirklich politischen Kategorien denkenden Deutschen ist es daher fast zur festen internationalen Übung geworden, daß politische Initiativen, die sich auf die konstruktive Entwicklung der deut-

schen Nachkriegsverhältnisse richteten, stets außerhalb des deutschen Bundesgebietes konzipiert und vorgetragen wurden. Statt angemessener Würdigung der auswärtigen Bemühungen um die Lösung des Deutschland-Problems wurde seine echte Behandlung zum Tabu gemacht. Politiker aller Bundesparteien mußten erleben, wie ihre Ansätze zu realitätsnahen Lösungsvorschlägen Zug um Zug abgewürgt und oft schon im Keim erstickt wurden.

So war es zur Zeit der internationalen Noten- und Konferenzserie von 1952 bis 1955, so wiederholte es sich seit dem Beginn der neuen Verhandlungsperiode vom Winter 1958/59 an. Das Versäumnis der mittfünfziger Jahre, den Friedensvertrag für ein paktfreies, neutrales und parlamentarisch-demokratisches Gesamtdeutschland mit begrenzter Rüstungskapazität einzuhandeln bzw. einhandeln zu lassen, wurde mit der Proklamierung und Konstituierung des „überparteilichen" Honoratiorengremiums „Unteilbares Deutschland" quittiert, einer rein deklamatorischen Körperschaft ohne Konzeptionen und Kompetenzen. Zur Vernebelung des wahren Charakters der Bundesatomrüstung sowie des sogenannten Berlinproblems, das eigentlich das deutsche Friedens-Problem heißen muß, wurde mit „Macht das Tor auf!" wieder auf den psychologisch-emotionellen Gegenknopf gedrückt. Das Bundesvolk konnte dadurch wiederum von der Wucht der politischen Argumentationen im internationalen Raum isoliert werden. Die Parteien hatten willig mitgezogen und wiederum ein großes Stück ihrer politischen Substanz geopfert. Für die Oppositionsparteien bedeutete dies zugleich den Verlust der Eigenständigkeit und ihrer Wirksamkeit auf das Wahlvolk, nachdem die Koalitionsparteien ihr aktives Mitwirken an der „Keimfreimachung" der deutschen politischen Atmosphäre schon fast mit ihrer Spaltung hatten bezahlen müssen. Just zu der Zeit, als das unteilbare Kuratorium aus der Taufe gehoben wurde, begann es zuerst im BHE, kurz danach in der FDP zu kriseln; beide zeigten dieselben Symptome: ein kleinerer Teil, der sogenannte „Ministerflügel", zog jeweils die Kabinettssessel-Inhaberschaft oder -Nähe der Parteitreue vor und schwächte die jeweils verlassene Bundestagsfraktion nicht nur parlamentarisch. Auch die oft als treuester Koalitionspartner der CDU apostrophierte DP ist, wie sich jetzt gezeigt hat, diesem Schicksal der Spaltung durch ihre vorbehaltlose Teilnahme an der forcierten Nicht-Politik des Bundeskanzlers nicht entgangen. Und letztlich ist diese Entwicklung für jede Partei unvermeidlich, die mit dem Primat der Politik im Katalog ihrer Aufgaben zugleich den Kern ihrer Substanz preiszugeben bereit ist. Solange eine Partei dies nicht erkennt und die Frage „Koalition mit der CDU: ja oder nein?" für ihr wichtigstes Problem hält, darf sie sich nicht sicher wähnen vor dem Verlust ihrer Substanz und Existenz.

Denn in der Frage des Primats der Politik darf es für keine politische Partei auch nur den geringsten Kompromiß geben. Das bedeutet nicht den Verzicht auf den politischen Kompromiß als legitimes Mittel zur relativen Durchsetzung des eigenen Konzepts. Das bedeutet nur die uneingeschränkte Zuständigkeit der politischen Ebene für alle nationalen und internationalen Streit- und Verhandlungsgegenstände.

Insofern sind alle Versuche, eine eigene profilierte Politik zu konzipieren und durchzusetzen, in der Bundesrepublik vom Ansatz her oppositionell. Leider ist nicht jede bisher erlebte Oppositionshaltung in der Bundesrepublik konsequent politisch geblieben, oft genug ist es der Bundesregierung gelungen, die jeweils ersten Oppositionsschritte auf emotional-pseudomoralisches oder abschreckend-einschüchterndes, jedenfalls aber unpolitisches Terrain abzulenken. So wurde die das Ende aller deutschen Politik bedeutende Wiederaufrüstung im Winter 1954/55 von der Paulskirchenbewegung zunächst wirkungsvoll angegriffen, bis schließlich alle ernsthaft politische Sorge um Deutschlands Zu-

kunft im unverbindlich-lautstarken Kuratorium „Unteilbares Deutschland" abgefangen und neutralisiert werden konnte. Ebenso erging es der Organisation der Bewegung „Kampf dem Atomtod", die sich ohne eigene ernste Gegenwehr durch Adenauers Trickslogan „Kampf dem Atomtod in aller Welt" das Arsenal ihrer politischen Argumente entwinden ließ und sich bald auf das für die bundesdeutsche Atomrüstung ungefährliche Feld allgemeiner wissenschaftlich-humanitärer Atomaufklärungs-Tätigkeit verwiesen sah. Die im Zuge dieser sehr geschickt betriebenen Entpolitisierung der deutschen Anti-Atomrüstungskampagne durchgeführte Rot-Kreuz-Petitions-Aktion für eine grundsätzliche Ächtung der Massenvernichtungsmittel nach dem Vorbild der Genfer Konventionen gegen Giftgasverwendung war denn schließlich auch nur noch ein Nachhutgefecht der einst so machtvollen Anti-Atombewegung.

Wie eine bittere Ironie muß es daher wirken, wenn dieser bewährte Adenauer-Trick der Entschärfung aller Opposition durch entpolitisierende Hinlenkung auf unverbindliche Allgemeinheiten und „Gemeinsamkeiten" von bloß psychologischer Effektivität nun freiwillig von der SPD befolgt und geradezu zum Vorbild „richtiger" Politik erhoben wird. Instinktiv sehr richtig ist Adenauers Reserve gegen diesen Trick mit seinem Trick, von seinem eigenen Standpunkt aus natürlich. Denn sehr genau sieht der Kanzler hier die Gefahr der Entpolitisierung seiner eigenen Position, der einzigen in seinem Staat, der er das Politik-Treiben gestatten möchte. Wenn er aber der schon weitgehend politisch unwirksamen, weil unpolitisch gewordenen SPD-Opposition auf diesen ihm entwendeten Leim geht, muß er seine eigene politische Wirkungslosigkeit befürchten. Genau da ist aber die Grenze seiner Politik, die darauf gerichtet ist, die einzige in Deutschland zu bleiben und alle andere, eigentliche, weil nicht die exklusive Politik sowie deren eventuelle Auswirkungen von „seinem" Staat abzuwehren. Selbst wenn die SPD schon weit davon entfernt ist, eine Repolitisierung ihrer Position anzustreben (Opposition kann man ja eigentlich nicht mehr sagen), so muß Adenauer in seiner streng orthodoxen Schau doch befürchten, daß sie die Bundesrepublik — zumal unter dem Aspekt neuer politischer Initiativen Kennedys und Chrustschows — wieder in ein politisch affizierbares Stadium treiben lassen könnte. Die bloße Behandlung politischer Realitäten ist aber im offiziellen Bonner Sprachgebrauch bereits der Ausdruck „prokommunistischer Haltung". Thomas Dehler mußte dies jüngst erfahren, als er von den zwei deutschen Staaten unter dem „Reichshimmel" sprach! Daher darf es gar nicht zu politisch relevanten öffentlichen Debatten kommen wie damals in der Nacht des 23. Januar 1958, als Gustav Heinemann und Thomas Dehler einen leider einmalig gebliebenen Bundestagskampf gegen die Praxis der Bundesregierung führten, das deutsche Problem durch fortgesetzte Nichtbehandlung auf nationaler und internationaler Ebene aus der Politik überhaupt „auszuklammern". Es wird also nicht erst derjenige zum Vertreter „gefährlicher" oder „gefährdender" Auffassungen, der eine von der offiziellen abweichende Meinung vertritt, sondern schon der, der das „falsche Thema", nämlich Deutschland als politisches Problem, behandeln will.

Dieses merkwürdige System staatslenkender Praxis, ein Komplex exklusiv politisch gesteuerter Nicht-Politik, eine Politik für Entpolitisierte, eine Politik der Entpolitisierung — je nach der Situation so oder so nuanciert — führt zu den absurdesten inhaltlichen Verfassungswidrigkeiten, ohne daß dies sofort formal konstatierbar wäre. Präsidenten der Spitzenverbände von Industrie und Landwirtschaft sind darum heutzutage wichtigere Leute als Abgeordnete oder selbst Minister, deren Prestige und Energie im Rahmen dieser Systempraxis rück-

sichtslos „verheizt" wird. Grotesk ist insofern der Wunsch mancher „Wirtschaftskapitäne", über Adenauers Bundes-(Wunsch-)Liste in den Bundestag zu gelangen. Wozu? Lobby wird jetzt in der ständischen Form des direkten Verbandsdrahtes zum Kanzler, nicht mehr über Parlament oder Kabinett betrieben. So naiv ist man nicht mehr. Und nur der Bundeszeitungskonsument liest naiv erstaunt, wie gleichzeitig gerührt, daß Herr Beitz dem Kanzler über seine Polenreise eingehend und ausführlich Bericht erstattet habe ... denn für Politiker ist das ja tatsächlich ein zu heißes Eisen. Wir dürfen nur kalt schmieden, damit die Form erhalten und der Lärm recht groß wird. Formal ist alles in Ordnung — wir haben ja keine diplomatische Vertretung! Wozu auch? Wir haben ja unsere Wirtschaft und unseren Kanzler.

Angesichts dieser neu-ständischen Verfassungswirklichkeit in unveränderten parlamentarisch-demokratischen Formen sucht die Praxis der Parteien — Parteipolitik mag man sie kaum noch nennen — ebenso groteske wie nahezu antike Wege der Selbsterhaltung. Mit der Substanz des Politischen ist den Parteien das Medium rationaler Argumentation entglitten. Also müssen sie zu einer modernen Form des weissagenden Orakels Zuflucht nehmen: zur Demoskopie. Dieser Versuch der Massenbeherrschung durch Massenerforschung ist infolge der bevorzugten Berücksichtigung seiner jeweiligen Ergebnisse und wegen der Irrationalität seines Gegenstandes sowie seiner Determinationsweise die gefährlichste Art der substantiellen „Unterwanderung" des Politischen. Die wahl- und maßnahmentaktisch ausgewertete Demoskopie macht das Volk zum reinen, wehrlosen Objekt, während fortschrittliche — demokratische — Politik das Volk als ihr bewußt und aktiv entscheidendes Subjekt sucht und anerkennt. Das „Ablauschen" geheimer unbewußter Wünsche des Volkes oder seiner Mehrheit entzieht die wichtigen politischen Fragen dem Bereich der bewußten politischen Willensbildung der Staatsbürger und führt so zu ihrer effektiven politischen Entmündigung. Gleichzeitig enthebt es die Parteien der Notwendigkeit rationaler Argumentation und läßt sie zu opportunistischen Taktier-Organisationen degenerieren. Der Alternativlosigkeit entpolitisierter Parteienpraxis entspricht dann die Irrationalität und Emotionalität staatslenkender „Willens"-Bildung. Das System des Parlamentarismus und seiner Wahlgänge entartet dadurch letztlich zu einer Kaschierung indirekter Geheim-Plebiszite. Der Wille zum „Erhalten des jetzigen Zustandes um jeden Preis" droht schließlich wieder jenen aktivierten Irrationalismen Tor und Tür zu öffnen, die schon einmal nach jener ersten konservativ-autoritären Stillegung aller deutschen Politik durch das Regime der Kanzler Brüning und Papen zur Entfesselung der inhumanen faschistisch-autoritären End-Praxis der deutschen Nicht-Politik geführt haben.

Diese vertikal vom Grunde der „Konzeption" jetziger Bundes-Staatspraxis her drohende Gefahr ist nicht so leicht mit taktischen Tricks abzuwehren wie die rational operierenden Kräfte des nationalen und internationalen politischen Horizontes. Vor allem: man sieht sie nicht, weil sie im biederen make up des Wohlstandsbürgers kaum erkennbar ist.

Es geht also schon gar nicht mehr nur um die Demokratie, es geht vor allem erst einmal um ihre Voraussetzung: die Politik. Die Form der Demokratie kann erhalten bleiben, wenn ihre Substanz schon nahezu völlig verflüchtigt oder ihr Inhalt gänzlich „ausgelaufen" ist. Diese Gefahr gilt es jetzt zu sehen und zu bannen, wo sich die gefährlichste Art der Nicht-Politik: der Krieg — ihren Verfechtern mehr und mehr als greifbares und einsetzbares Mittel ihrer Praxis aufzudrängen droht. Es gilt also im Herbst 1961 nicht, einige Möglichkeiten unter vielen zu wählen und der Verwirklichung nahezubringen, es geht um die reale

Möglichkeit der Aufstellung rationaler und politischer Alternativen überhaupt, es geht um die Substanz der Politik, die ihrerseits wiederum die Substanz echter Demokratie ist. Es geht nicht so sehr um den „Sieg" der einen oder anderen Partei, sondern viel entscheidender um die Rückgewinnung und Erhaltung der politischen Substanz und Existenz, um Wesen und Bestand der politischen Parteien überhaupt. Wie gefährlich absurd nimmt sich vor dieser Grundentscheidung die freiwillige Ausklammerung der Außenpolitik aus den politischen Restbeständen der Bonner Staatspraxis durch den Kanzlerkandidaten Willy Brandt aus: „Für die staatspolitische Entwicklung Deutschlands kann es entscheidend sein, die auswärtigen Dinge soweit wie möglich aus dem innenpolitischen Streit herauszunehmen und zu versachlichen... (Es kann) im allgemeinen Interesse zum Frevel (werden), die Außenpolitik als eine Fortsetzung der Innenpolitik zu behandeln." Und dabei ist auch die Innenpolitik schon auf dem besten Wege, durch Notstandsentwürfe, Reisekontrollgesetze, Einschüchterung freier Meinungsäußerungen etc. „versachlicht", d. h. zum Gegenstand administrativer Maßnahmen und Reaktionen gemacht und „ordnungsgemäß" erledigt, d. h. völlig außerhalb des Politischen betrieben zu werden. Das Zurückpfeifen einzelner mutiger Parteipolitiker durch ihre eigenen ängstlich gewordenen Fraktionen und Apparate, die man kaum noch Parteien nennen möchte, ist dafür symptomatisch: z. B. der „Rückpfiff" Ollenhauers von seinem Anti-Atombekenntnis in Hannover, zuletzt derjenige Dehlers von seiner Feststellung der deutschen Zweistaatlichkeit in Berlin. Und wie recht hat Dehler mit seiner Kritik: „Diese (bundesdeutsche) ‚Politik' war in Wirklichkeit der Verzicht auf Politik, auf den zähen Versuch, den Willen der Gegenseite durch Verhandlungen jeglicher Art zu beeinflussen."

Wird es unseren letzten politischen Kräften gelingen, ihre Stellungen zu behaupten, bis die Repolitisierung der internationalen Atmosphäre auch eine Renaissance des Politischen bei uns erzwingen kann? Kennedy wandte sich an „Freund und Feind", als er in seiner Antrittsrede erklärte, „nicht tatenlos der allmählichen Abschaffung der Menschenrechte zuzusehen oder sie zu erlauben." Das Politische ist aber ohne Zweifel ein Element der unveräußerlichen Menschenrechte: wird dies noch von uns befolgt werden können oder dürfen? An Macht fehlt es unserem Staate der Nicht-Politik nicht, sie noch einige Zeit lang durchzusetzen, selbst gegen starke äußere Einwirkungen: werden aber unsere Parteienreste auf ihrem politischen Posten sein, wenn es gilt, die Vernunft wenigstens von außen hereinzulassen? Es geht hier schon gar nicht mehr um West oder Ost: es geht um Deutschland, es geht um gute Lösungen für West und Ost, denen beide dieses unser Deutschland angehört.

Noch ist die Kapitulation der Parteien nicht endgültig vollzogen, noch ist die schmähliche Wiederholung des 4. August 1914 und des 23. März 1933 (Kriegskreditbewilligung und Ermächtigungsgesetz), der schlimmsten Niederlagen deutscher Parteien und deutscher Politik, nicht so sicher, wie ihre prospektiven Nutznießer erwarten. Eine neue politische Kraft hat nach dem Schwäche-Akt der SPD von Hannover ihre Entwicklung und Konstituierung begonnen, gewillt, dem deutschen Parteileben, der deutschen Politik den politischen Kern wiederzugewinnen. Der Erfolg der DFU wird nicht nach den Prozentsätzen ihres Stimmenanteils allein zu bemessen sein, sondern vielmehr nach dem Grad der Repolitisierung der Atmosphäre des öffentlichen Lebens in der Bundesrepublik. Das gute Beispiel wird den zurückgesetzten politischen Kräften in allen anderen Parteien neuen Auftrieb geben; die Deutschland-Pläne von FDP und SPD erhalten die Chance ihrer Reaktivierung nach der langen Phase des im Innern seit 1959 verschärften kalten Krieges, dem sie bald nach ihrem Erscheinen zum Opfer gefallen waren; die Verlage-

rung menschlicher, gesellschaftlicher und staatlicher Auseinandersetzungen in den allein menschenwürdigen Raum rationalen Handelns und V e r handelns, die Reaktivierung aller halbverkümmerten politisch-diplomatischen Organe und Instrumentarien, die Humanisierung nationaler und internationaler Umgangsformen wird wieder aktiv vertreten sein in Deutschland, kurz: eine Renaissance der Politik kündigt sich an in unserem Lande. Ist diese Hoffnung zu hoch gespannt, ist ihre Erwartung zu weit gesteckt? Sollen denn wieder die Worte Wilhelms II. bedrohliche Aktualität erhalten: „Ich kenne k e i n e P a r t e i e n mehr, ich kenne n u r n o c h Deutsche" —? Nur noch Deutsche sollen wir womöglich sein, — keine Inhaber und Betätiger freien politischen Willens mehr? Hören wir deutlich genug die Abwertung unserer staatsbürgerlichen Qualifikationen aus diesem „NUR NOCH" heraus?

Bekennen wir uns zu unserer Erkenntnis, daß es zu unserem menschenwürdigen Dasein gehört, politisch zu sein und Partei zu ergreifen, so werden wir niemals dulden, Politik und Parteien in ihrer Substanz abwerten zu lassen, als ob man ohne wesentlichen Verlust auf beide verzichten könnte!

Es geht diesmal nicht um ornamentales Beiwerk, es geht wirklich „ums Ganze", aber wie anders, als unsere Apostel der „nationalen Gemeinsamkeit" es sich vorstellen und wünschen!

Es ist aber nicht nur die Sache des guten Willens im deutschen Volke, „die Parteien (und die Politik) wieder kennenzulernen", es ist vor allem Sache der Parteien selbst, wieder e r k e n n b a r zu werden!

Major a. D. Hans-Moritz v. F r a n k e n b e r g u. P r o s c h l i t z

Die Führungsrolle der Bundesrepublik in der NATO

Als der englische Außenminister B e v i n 1947 in Dünkirchen den englisch-französischen Bündnisvertrag unterschrieb, sagte er:

„Wir werden niemals zulassen, daß etwas eintritt, wodurch ein aggressives Deutschland wiederaufkommen und uns in die fürchterliche, höllische Katastrophe stürzen könnte ... Die Unterschrift, die ich heute im Namen meines Landes leiste, ist als Besiegelung eines heiligen Gelöbnisses, eines für alle Ewigkeit geltenden Versprechens zu betrachten ..."

Doch blind gegenüber den Lehren aus der Geschichte bis 1945 und taub für die Warnungen besonnener Politiker aus vielen Ländern und Parteien begannen bereits drei Jahre später Bonns Bundesgenossen, die westdeutsche Kriegsmaschine wieder aufzubauen. Das Versprechen war vergessen. Eine verhängnisvolle Entwicklung nahm ihren Lauf.

Am 29. August 1950 überreichte Bundeskanzler A d e n a u e r den Hohen Kommissaren der Westmächte ein sogenanntes Sicherheitsmemorandum, in dem er offiziell vorschlug, eine „europäische Armee" unter Einbeziehung westdeutscher Streitkräfte aufzustellen. Als man die grundsätzliche Erlaubnis zur Aufstellung eigener Streitkräfte in der Tasche hatte, begann die Remilitarisierung Westdeutschlands, Schlag auf Schlag. 1954 wurden die Pariser Verträge unterzeichnet und die Bundesrepublik in die Nato eingebaut. Die Freiwilligkeit bei der Auf-

stellung der Bundeswehr wurde abgelöst durch die allgemeine Militärdienstpflicht, von dem Einkauf der Waffen bei den Alliierten ging man zur eigenen Rüstungsproduktion über, und am 25. März 1958 stimmte der Bundestag der Regierungsvorlage über Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen zu.

Am Beginn dieses Jahres stehen wir vor der unverkennbaren Tatsache, daß bestimmte Kreise der Bundesrepublik die alten Pläne Wirklichkeit werden lassen möchten, mit Hilfe der Nato eine militärische, wirtschaftliche und politische Herrschaft über Westeuropa zu errichten, um so unter Einflußnahme auf die Diplomatie Englands und Frankreichs bei Zuspitzung der internationalen Lage Handlungsfreiheit zur Ausführung eigener Pläne gegenüber dem Osten zu erhalten.

Rüstungsmäßige Überlegenheit

Es war den Bonner Politikern und Generalen klar, daß, sollten sie die führende Position innerhalb der Nato gewinnen, die Bundeswehr zum stärksten Kontingent in dem nordatlantischen Bündnis ausgebaut werden müßte. Heute ist es soweit. Die Bundeswehr ist die größte Erdarmee Westeuropas, und Luftwaffe sowie Kriegsmarine werden ebenso rasch aufgebaut. Am 1. Oktober 1960 zählte die Bundeswehr 276 000 Soldaten, von denen 172 000 auf das Heer, 64 000 auf die Luftwaffe und 24 000 auf die Marine entfallen. 16 000 dienen in zentralen militärischen Dienststellen und im Ministerium. In diesem, spätestens im kommenden Jahr soll die vorgesehene Stärke von 350 000 Mann erreicht werden.

Hinzu kommen 136 000 ausgebildete Reserven. Die Kriegsmarine wird ab 1961 nun auch Patentinhaber von der Handelsmarine zu Übungen heranziehen.

Außerhalb der 8 Divisionen, die der Nato unterstellt sind, werden noch sogenannte Territorialgruppen aufgestellt, deren Stärke 125 000 Soldaten betragen soll. Zur schnellsten Durchführung der Aufstellung führte man als neue Form die ersten 8 Kurzausbildungskompanien mit einem verkürzten Grundwehrdienst von 6 Monaten ein.

Auf 11 Soldaten kommt in der Bundeswehr ein Offizier, auf 2000 ein General. Woraus ersichtlich ist, daß die Bundeswehr eine Kaderarmee ist, die in Kürze beträchtlich vergrößert werden kann.

Die am 25. Juni 1960 im Bundestag verabschiedete Wehrpflicht-Novelle sieht nämlich vor, daß jeder Mann bis 21 Monate zum Dienst verpflichtet und im „Spannungsfall", ohne Befragung des Parlaments, die gesamte männliche Bevölkerung für unbegrenzte Zeit zum Dienst in der Bundeswehr, in der Territorialarmee oder im Luftschutz eingezogen werden kann. Dabei ist geplant, Eingezogene als „Hiwis" den alliierten Streitkräften anzugliedern; diese „Hilfskräfte" ständen außerhalb des Völkerrechts!

Jede Panzergrenadierdivision hat 270 Panzer (früher 184) und 262 Geschützrohre, einschließlich Mörser (früher 114). Zu jeder Division gehört eine Lenkgeschoßbatterie für „Honest-John"-Raketen und eine Batterie „Corporal"-Raketen. 36 Abschußrampen mit 288 „Honest-John"-Raketen, die auch Atomsprengkörper verschießen können, sind bisher bestellt und in der Bundeswehr ganz harmlos als „Feldraketenwerfer 762" eingeführt worden. Ferner kommen hinzu Spezialwerfereinheiten, ausgerüstet mit „Mace"- und „Matador"-Raketen (80 000 DM je Rakete!). Der Besuch des britischen Verteidigungsministers Thorneycroft in Bonn im Januar 1961 führte zum Ankauf von 50 „Seacat"-Raketen (40 mm), die neben den amerikanischen „Nike"- und „Ajax"-Raketen der Flugabwehr dienen sollen.

Die Luftwaffe hat bisher 4 Jagdbombergeschwader sowie 1 Jagd- und 1 Transportgeschwader der Nato unterstellt. 1 Aufklärungsgeschwader wird im Frühjahr

dieses Jahres hinzukommen. Die bisherige Endplanung sieht insgesamt 28 Geschwader vor. Damit dürfte das Luftwaffenpersonal später die Stärke von 100 000 Mann erreichen. Mit dem Aufbau einer Bundesluftwaffe ist aber auch die frühere Flugzeugindustrie wieder zum Zuge gekommen, wie Dornier, Heinkel, Messerschmitt u. a., die in den letzten drei Jahren eine große Zahl von Flugzeugen im Lizenzbau und in Eigenproduktion hergestellt haben.

Die Kriegsmarine erhielt anfangs von den USA 6 modernisierte Torpedobootszerstörer. Heute hat die westdeutsche Marine 130 Einheiten, wobei immer wieder hartnäckig die Genehmigung zum Bau größerer, mit Raketenwaffen ausgerüsteter Kriegsschiffe gefordert wird, die „die Bundesrepublik zur beherrschenden Nato-Macht in der Ostsee machen würde", wie die „Süddeutsche Zeitung" schreibt. Diese mit nuklearen Mehrzweckwaffen ausgerüsteten 6000-to-Zerstörer, gegenüber den bisherigen 3000-to-Schiffen, würden pro Stück 250 Mill. DM kosten, ein Preis, für den man früher ein Schlachtschiff herstellen konnte!

1963 soll die Marine über 12 Zerstörer, 40 Schnellboote, 54 Minensuchboote, 18 Landungsboote, 20 Küstenwachboote, 6 Geleitschiffe, und 12 U-Boote von je 350 to verfügen. Die Zahl der U-Boote soll wahrscheinlich verdreifacht werden.

Aufsehen erregte im Dezember vergangenen Jahres ein Angebot der USA, die reiche Bundesrepublik solle für die geplante „Nato-Atommacht" 5 Spezial-U-Boote mit je 16 Polaris-Raketen kaufen, von denen jedes U-Boot 420 Mill. DM und jede Rakete einschließlich Steuerung 8 Mill. DM kostet. Außerdem stellen die USA für 1963 weitere 100 Polaris-Raketen mit atomarem Sprengkopf auf beweglichen Abschußrampen gegen Bezahlung in Aussicht, wodurch sie den Bestrebungen gewisser Nato-Kreise, die Nato zur vierten Atom-Macht zu machen, entgegenkommen.

Es war klar, daß Minister Strauß auf schnellste Behandlung dieser Fragen drängte, zumal die Bundesrepublik sich grundsätzlich bereiterklärt hatte, fast den ganzen Betrag zu übernehmen, um den die USA in Europa entlastet sein wollen. Dadurch wäre Bonn der stärkste Einfluß in der Nato gesichert, nachdem die USA darüber hinaus auch noch den Vorschlag gemacht haben, den Bündnispartnern Anteil an der Entscheidung über Einsatz und Kontrolle der Raketen zu geben.

Da 60 Jagdbomber nahezu 1 Milliarde DM kosten, stelle der Preis für 100 Polaris-Raketen kein unüberwindliches finanzielles Hindernis dar, erklärte Minister Strauß großzügig im Hinblick auf das gesteckte Ziel. Denn man muß es sich etwas kosten lassen, will man die westeuropäische Militärorganisation beherrschen und zum Eckpfeiler der Nato in Europa werden. Die „Süddeutsche Zeitung" schreibt, im Besitz solcher Raketen erhalte die Bundesrepublik „ein bedeutendes strategisches Gewicht".

Das ist die bestimmende Planung der Bonner Außenpolitik. Mit der Atomrakete in der Hand will man einerseits den eigenen Forderungen in der Außenpolitik mehr Nachdruck verleihen und sich freie Hand für Operationen gegen den Osten Europas verschaffen, andererseits eine beherrschende politische Rolle unter den westeuropäischen Verbündeten spielen. Ein Doppelziel, dem die Bundeswehrgenerale mit der Forderung nach Atomwaffen in ihrer berüchtigten Denkschrift heute schon sehr nahe gekommen sind. Die französische Zeitung „Libération" schreibt im Hinblick darauf, die deutsche Generalität habe „eine neue Diplomatie erfunden: die Polaris-Diplomatie."

In unmittelbarem Zusammenhang damit steht der wachsende Einfluß in der Nato mittels Besetzung wichtiger Kommandostellen. Es sind bereits 210 Bundeswehroffiziere, darunter 13 Generale, die wichtige Schlüsselpositionen innehaben. An der Spitze steht der ehemalige Chef der Operationsabteilung im OKW, General Heusinger, der am 1. April sein neues Amt als Vorsitzender des Nato-

Militärausschusses in Washington antritt, des höchsten ständig tagenden militärischen Nato-Gremiums. Der Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte der Nato im europäischen Raum Mitte ist der ehemalige Wehrmachtsbefehlshaber in Frankreich, General Speidel, heute wieder mit Sitz in Paris. Stellvertretender Stabschef im europäischen Hauptquartier der Nato ist Generalleutnant Foertsch, stellvertretender Stabschef der Landstreitkräfte der Nato im europäischen Raum Mitte Generalmajor Klasing, Befehlshaber der Nato-Seestreitkräfte im Raum Nordsee ist Admiral Zenker usw. So ist dem Anspruch der Bundesrepublik entsprochen worden, auf Grund ihres großen Beitrages zur Aufstellung der Nato an den Nato-Kommandopositionen in „entsprechender Weise" beteiligt zu werden.

Auf der letzten Nato-Ratstagung am 18. Dezember 1960 in Paris erhöhte die Bundesrepublik ihren Finanzbeitrag für die Infrastruktur (technische Anlagen, Ölleitungen, Verkehrswege, Flugplätze, Depots usw.) derart, daß sie mit den USA zusammen nun 50 % der Gesamtkosten trägt.

Außerdem erklärte sie sich bereit, in Zukunft die bisher von den USA getragene Militärhilfe für Griechenland und die Türkei in Höhe von 1,3 Milliarden DM pro Jahr zu übernehmen, so daß diese Länder damit in eine militärische Abhängigkeit von der Bundesrepublik geraten. Für 740 Mill. DM soll die Türkei bis zum Jahre 1962 Munition an die Bundesrepublik liefern. 255 Mill. DM hat Bonn bereits vor mehr als einem Jahr als Vorauszahlung bezahlt und zusätzlich die dafür notwendigen Maschinen im Werte von 50 Mill. DM geliefert. Doch bevor die erste Patrone in der Bundesrepublik ankam, bat die Türkei um eine weitere Vorauszahlung von 200 Mill. DM. Diese zusätzliche Verschuldung macht natürlich Ankara noch abhängiger von Bonn.

Mit Norwegen wurde vereinbart, daß dieses Land bei der Durchführung seines Modernisierungsprogramms für die Marine auf westdeutsche Lieferungen zurückzugreifen habe.

Für militärische Anlagen hat die Bundeswehr bisher in der Bundesrepublik rd. 570 qkm in Anspruch genommen, ohne daß die großen Truppenübungs- und Schießplätze in dieser Zahl enthalten sind. Allein 60 Vorratslager mit Arzneimitteln, die in den nächsten 2 Jahren auf 100 erhöht werden sollen, enthalten medizinische Vorräte im Werte von 150 Mill. DM. Zusätzlich wird nun nochmals ein Bedarf von 298 qkm angemeldet. (Auf 72 qkm beziffern sich die Forderungen der alliierten Streitkräfte.) Trotzdem benötigt Bonn wegen der „Enge des Raumes" noch weitere militärische Nachschublager für 2,1 Mill. to im Ausland, wie die Hamburger Zeitung „Die Zeit" schreibt. 100 000 to sind bereits in Westeuropa untergebracht, davon die Hälfte in Frankreich. Auch in Belgien, im Gebiet zwischen Sambre und Maas sowie in der belgischen Provinz Luxemburg, sind Nachschublager angelegt.

Und wo Bundeswehrdepots errichtet werden, da sind auch bald die dazugehörigen Soldaten! Um nur einige Beispiele herauszugreifen: 3000 Panzergrenadiere „robbten" 3 Wochen im Manövergelände der Champagne, Bomberverbände übten Zielwurf nahe der französischen Stadt Reims, Düsenflugzeugpiloten werden auf Korsika ausgebildet; der Bundesluftwaffe stehen außerdem die Flugplätze Cognac, Montpellier sowie Marseille zur Verfügung, und im Sommer werden deutsche Panzergrenadiere mit ihren Panzern auf der britischen Insel in der Grafschaft Cambridge in Südwales fahren.

Während Bonn in Verbindung mit Italien, Holland und Belgien 1000 amerikanische Düsenjagdbomber „Starfighter F-104", auch geeignet als Atombombenträger, für 6,3 Milliarden DM baut, von denen die Bundeswehr 600 übernimmt, verhandelt Minister Strauß bereits mit Frankreich über die Entwicklung eines

senkrecht startenden Flugzeuges als Nachfolger dieses „Starfighter F-104". Und in deutsch-britischer Gemeinschaftsentwicklung soll ein ebenfalls senkrecht startendes leichtes Kampf- und Aufklärungsflugzeug gebaut werden, welches die Aufgaben übernehmen soll, die bei der Bundeswehr jetzt Flugzeuge des italienischen Typs „Fiat G-91" erfüllen.

Nur mit größter Besorgnis kann man diese Entwicklung verfolgen, da man sich darüber klar sein muß, daß das Verwirtschaften von Milliardensummen für Projekte, die in kürzester Zeit veralten, die Rüstungslasten immer mehr erhöhen und unweigerlich erhebliche Steuererhöhungen nach sich ziehen muß. So wird der Rüstungsetat im Jahre 1961 eine neue Rekordhöhe erreichen, besonders hinsichtlich der neuen Forderungen der Amerikaner, die der Ansicht sind, daß die Rüstungskosten der Bundesrepublik jährlich um 1,5 Milliarden DM erhöht werden sollten. Vor dem „Economic-Club" in New York erklärte Minister Strauß am 16. Januar, in Anbetracht der auf ihn zukommenden neuen Lasten und um die Vorstellung vom reichen Wirtschaftswunderland in den Köpfen der Amerikaner zu revidieren, daß die Bundesrepublik von 1950—1960 einschließlich der Stationierungskosten für die Besatzungstruppen 91,656 Milliarden DM gezahlt habe. Erinnern wir uns bei dieser enormen Summe, daß Hitlers Aufrüstungskosten bis 1939 die Höhe von 90 Milliarden RM erreicht hatten!

Wirtschaftliche Vorherrschaft

Damit kommen wir auf ein besonderes Merkmal der gegenwärtigen wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik, das zeigt, wie auch die westdeutsche Industrie bestrebt ist, Westeuropa unter ihre Herrschaft zu bringen und die englischen und französischen Konkurrenten zurückzudrängen. Das militärische Wirtschaftspotential der Bundesrepublik innerhalb der Nato spielt nämlich eine erhebliche Rolle, da 1959 die westdeutsche Industrie doppelt soviel als die französische und ein Viertel mehr als die englische produzierte. In der industriellen Produktion Westeuropas nimmt die Bundesrepublik mit 9,8 % den ersten, England mit 7,9 % den zweiten und Frankreich mit 5 % den dritten Platz ein. So schreibt die französische Zeitung „Combat" besorgt, Westdeutschland strebe danach, „ein mehr oder minder homogenes, aber von ihm beherrschtes Kontinentaleuropa zu schaffen". ⅔ aller Rüstungsaufträge der Bundesrepublik werden im Inland vergeben, so daß die westdeutsche Industrie natürlich an einer weiteren verstärkten Militarisierung des gesamten Wirtschaftslebens nur das größte Interesse haben kann. Entsprechend folgert in diesem Zusammenhang die „Welt": „... unaufhaltsam wird die Bundesrepublik zur stärksten Militärmacht des festländischen westlichen Europas aufrücken."

Aber je stärker die wirtschaftlichen Positionen, desto anmaßender wird das außenpolitische Handeln! Haben wir nicht einen ähnlichen Prozeß schon einmal beobachten können, als die Großindustrie — gespickt mit Rüstungsaufträgen — Hitler rückhaltlos unterstützte und ihn dann drängte, die Frage der „Neuordnung Europas" unter dem Schlagwort „Gleichberechtigung" und „Selbstbestimmung" in ihrem ganzen verheerenden Umfang aufzurollen?

Die wirtschaftliche Vorherrschaft der Bundesrepublik in der EWG soll nun auch auf die neugegründete OECD ausgedehnt werden. Aus militärpolitischer Sicht erklärte Minister Strauß erst kürzlich, daß die Nato-Staaten ihre Wirtschaft besser koordinieren müßten, um dem Osten gegenüber Wirtschaftssanktionen verhängen zu können. Also Wirtschaftskrieg mit den Natoinstrumenten EWG und OECD gegen den Osten, auch wenn dabei durch erhöhte Agrarimporte die eigene westdeutsche Landwirtschaft an den Rand des Ruins gebracht wird!

Politische Führungsrolle

Aus der gesteigerten militärischen und wirtschaftlichen Stellung der Bundesrepublik innerhalb der Nato ergibt sich auch ihre führende Rolle in der Diplomatie Westeuropas. Zu den Besprechungen zwischen dem Bundeskanzler mit Mc-Millan und de Gaulle schrieb sehr bezeichnend die Schweizer Zeitung „Die Tat", daß der Kanzler bestrebt gewesen sei, „London und Paris unter einen Hut zu bringen, einen Hut, der made in Germany wäre," was soviel heißt, daß der Bundeskanzler als Führer der westlichen Diplomatie betrachtet werden möchte. Zu dieser Führungsrolle gehört die Forderung Adenauers, die Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen auszurüsten, die der Bundeskanzler neuerdings verharmlosend „moderne Waffen" nennt. Wer sich dagegen wende, ereiferte er sich vor der Bundestagsfraktion der CDU am 27. 9. 60, sei „ein Narr oder noch viel böser".

Da aber de Gaulle nicht gewillt ist, die zweite Geige zu spielen, und seine eigene Atomrüstung, die force de frappe, nicht der Nato unterstellen will, weil Frankreich sonst kein souveräner Staat mehr sei, sondern lediglich ein „integrierter Satellit", kam Bonn der Plan General Norstads, die Nato zur 4. Atommacht zu machen, sehr gelegen und fand sofort seine uneingeschränkte Zustimmung. Um noch einmal den „Combat" zu zitieren: „Man kann wetten, daß sich Deutschland nicht zu sehr bitten lassen wird, um sich damit einverstanden zu erklären, daß es offiziell das Pulvermagazin des alten Kontinents wird. Als Bank Europas tritt es schon in Erscheinung."

Die günstige Gelegenheit erkennend, auf diese Weise in den Besitz von Atomwaffen zu kommen, schlug Admiral Heye auf der Nato-Parlamentarierkonferenz in Paris für die Bundesrepublik vor (um damit künftige politische Fesseln von vornherein abzustreifen!), daß der Kreis der Verfügungsberechtigten über die Nato-Atomwaffen klein gehalten sein müsse, damit schnelle Entscheidungen getroffen werden könnten. Statt „15 Finger am Abzug" zu haben, sollte man sich auf 3 beschränken. Da nun die Bundesrepublik sich an der geplanten atomaren „Nato-Feuerwehr" mit einem Fallschirmjägerkontingent von 1200 Mann beteiligt, würde sie zu den drei Mächten gehören, die ein Mitspracherecht beim Einsatz von Kernwaffen haben sollen!

Die Grundvoraussetzung allerdings wäre, daß der Kongreß der USA die Mac-Mahon-Bill ändert, ein Gesetz, welches die Weitergabe von Atomgeheimnissen an andere Staaten einschränkt. Die Eisenhower-Regierung hatte der Nato diese Zusicherung gegeben. Fraglich ist, ob der neue Präsident Kennedy ebenfalls dazu bereit ist. Vor vollendete Tatsachen, die die Eisenhower-Regierung sicherlich beabsichtigt hatte, wird er sich wohl nicht stellen lassen.

„So undeutlich dieser Plan noch ist", schreibt die „Süddeutsche Zeitung" am 21. 10. 60, „schon jetzt ist klar, daß seine Bedeutung gerade für die Bundesrepublik fundamental sein muß. Deutschland würde im Rahmen der Nato nun die Hand mit ans Atomschwert legen können." Und das Amsterdamer „Algemeen Handelsblad" warnt: „Von dem Tage an, wo sie (die Bundeswehrgenerale) selbständig über Kernwaffen verfügen können, ist der dritte Weltkrieg nicht mehr zu vermeiden."

Wie gefährlich sich die Lage entwickeln kann, erläuterte am 1. 12. 1960 General Norstad vor der WEU, indem er sagte, die „Nato-Feuerwehr" könne „dazu benutzt werden, den politischen Willen der Nato überall zur Geltung zu bringen und jeder Situation auf jedem Gebiet, vor allem an den Flanken des Nato-Schutzbereichs, eine internationale Färbung zu geben." Wer denkt dabei nicht unwillkürlich an die Zonengrenze, Berlin und andere neuralgische Punkte?

Und wenn wir dazu die Generalsdenkschrift zitieren: „Die Zugehörigkeit zur Nato ermöglicht der Bundeswehr die notwendige Tiefenstaffelung ihrer Kampf- und Hilfsmittel und sichert Einfluß auf Art und Raum der Verteidigung", dann erkennt man die Absicht der Bundesregierung und ihrer Generale, den westlichen Ländern ihre Strategie und Taktik aufzuzwingen und sie zur Verwirklichung ihrer eigenen Pläne zu benutzen, ja eventuell zu einer direkten Beteiligung zu zwingen. Der britische Labourabgeordnete Anthony Greenwood schrieb im Hinblick auf diese Möglichkeit im „Observer" am 27. 11. 1960: „Deutschland könnte einen Zug nach den verlorenen Gebieten starten, in den seine Nato-Verbündeten nolens volens verwickelt würden." Eine Befürchtung, die um so berechtigter ist, als Strauß jetzt vor dem „Economic-Club" erklärt hat, die Nato müsse zu einer „Gemeinschaft für den Sieg im Kalten Krieg werden."

Eine neue Ära

Diese gefährliche Entwicklung wäre unmöglich gewesen, wenn sie nicht stets die wohlwollende Duldung der Westmächte, vor allem der USA, erfahren hätte. Die Zuspitzung der internationalen Lage hat Bonn immer wieder die Möglichkeit gegeben, unter irgendwelchen Vorwänden neue Forderungen nach verstärkter Rüstung Westdeutschlands zu stellen. Doch nun ist die Ära Eisenhower-Dulles zu Ende. An der Spitze der USA steht ein neuer Präsident, John F. Kennedy, der aus einer jüngeren Generation unseres Jahrhunderts stammt. Sein außenpolitischer Chefberater sagte zu seinem Amtsantritt: „Wir haben das Ende der Nachkriegspolitik erreicht, wir stehen am Anfang einer neuen Ära."

Inzwischen haben der neue Präsident der USA und der Ministerpräsident der UdSSR ihre Bereitschaft zur Verständigung erklärt und der Hoffnung Ausdruck gegeben, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern möchten sich 1961 verbessern.

So ist zu erwarten, daß endlich Mittel und Wege gefunden werden, die das politische Klima in Europa und in der Welt ändern und die internationale Lage normalisieren könnten, um so zu einer schrittweisen totalen Abrüstung und friedlichen Koexistenz zu kommen. Denn die Alternative hieße sonst nur: atomare Vernichtung. Die Staatsmänner der beiden Weltmächte wissen nämlich genau — und sind sich ihrer Verantwortung deshalb bewußt —, daß die Begriffe, die zu Atomwaffen gehören, nicht Verteidigung oder Abwehr heißen, sondern Massenmord und Selbstmord, Vergiftung und Verkrüppelung der Menschheit bis ins 4. und 5. Glied.

Was in einer Ära der Verständigung die Bundesrepublik zu erwarten hat, das deutete vorausahnend das „Pfälzer Tageblatt" vom 9. 10. 1960 an:

„Die Bundesrepublik ist ein Kind des Kalten Krieges. Je kälter der Kalte Krieg zwischen Ost und West wurde, um so wärmer wurde der auf Westdeutschland ruhende Blick der führenden Männer — und Militärs — des Westens.

Nun aber stehen wir an einer Wende. Wenn es zu einer Kompromißlösung zwischen Ost und West in Europa kommt, dann wandelt sich das westliche Interesse an der Bundesrepublik ... Das Kind des Kalten Krieges wird aller Voraussicht nach bald seinen Vater verlieren —, und es wird dann als Waise in dieser kalten, klirrenden Welt stehen."

General a. D. Dr. Franz Beyer

Abschreckung und ihre Gefahren

Durch die ganze Welt, insbesondere durch die westliche, und da wiederum am meisten durch die Bundesrepublik, geistert das meist unklar verstandene Schlagwort von der Abschreckung — und sogar der bundesdeutsche Soldat soll nach dem Willen seines Verteidigungsministers nicht mehr wie seine Väter für das Kriegshandwerk „gedrillt", sondern für die Abschreckung „erzogen" werden.

Was versteht man eigentlich unter „Abschreckung" bzw. dem damit eng verwandten Begriff „Risiko"?

Vom Geschimpfe homerischer Helden vor der Schlacht über das hysterische Gekreisch von der „Streichung des Reichs der Sowjetunion von der Landkarte durch den Westen", über Drohungen in Reden und Noten durch Staatsmänner und in der Presse, in Funk und Fernsehen, über offene oder versteckte Ultimaten, Abbruch der diplomatischen Beziehungen, politische, wirtschaftliche und militärische Sanktionen, ja sogar Flotten- und Luftdemonstrationen und militärische Aufmärsche — dies alles gilt als „Abschreckung"! Auch das Überfliegen „abzuschreckenden" Gebiets gehört dazu, ja selbst die bewaffnete Intervention wird darin einbezogen, offenbar weil sie völkerrechtlich sowohl durch das allgemeine Völkerrecht, als auch durch das spezielle Recht der Charta der Vereinten Nationen geregelt ist. Auch wir wollen bei dieser Betrachtung die Intervention als eine Art der Abschreckung einbeziehen.

Aber ganz entschieden wehren wir uns dagegen, nun auch noch den „Begrenzten oder Kleinen Krieg" mit unter den Begriff der Abschreckung zu rechnen, besonders dann, wenn er im Sinne von Henry Kissinger, in seinem angekündigten Buch „The Necessity for Choice, Prospects of American Foreign Policy", mit der nuklearen Rüstung der kleinen Staaten als Abschreckung propagiert wird. Denn wenn schon jeder Krieg expansive Tendenzen in sich birgt, die zu begrenzen in der Geschichte nur ganz ausnahmsweise genialen Staatsmännern gelungen ist, so wird ein Krieg, hinter dem die Atomrüstung steht, praktisch niemals mehr einschränkbar. Denn entweder wird die sich unterlegen fühlende Partei eine der Atom-Großmächte zu Hilfe rufen und damit den nuklearen Weltkrieg entfesseln, oder umgekehrt wird dann eine andere Atom-Großmacht bestrebt sein, dem nuklearen Gernegroß baldmöglichst sein gefährliches nukleares Spielzeug aus der Hand zu schlagen — und damit wahrscheinlich ebenfalls den Atom-Weltkrieg einleiten. Es scheint uns also der „begrenzte oder kleine Krieg" keineswegs mehr eine Art der Abschreckung vor dem Kriege zu sein, sondern im Gegenteil das sicherste Mittel, ihn herbeizuführen.

Ebenso abwegig ist die dabei geäußerte Ansicht, der „kleine oder begrenzte Krieg" würde in der Regel nur mit den sog. „konventionellen" Waffen ausgetragen werden. Wer wirksame Waffen hat, der wird sie sicherlich dann anwenden, wenn er in tödliche Not gerät. Und das hier meist angeführte Beispiel der Nichtanwendung von Giftgasen im zweiten Weltkrieg trifft insofern daneben, als man das Abblasen von Gas einerseits deshalb unterließ, weil immer die Möglichkeit des Umschlagens der Windrichtung und damit die Gefährdung der eigenen Truppe bestand, andererseits die Wahrscheinlichkeit, daß der Feind mit noch größeren Mengen und stärkerer Konzentration antworten und damit die Operationen des „klassischen" Krieges lahmlegen würde.

Darüber sollte sich die Regierung der Bundesrepublik klar sein, ehe sie die nukleare Bewaffnung der Bundesrepublik fortsetzt — wird die Bundesrepublik nuklear aufgerüstet, so rüsten auch Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn und Bul-

garien, vielleicht auch Israel und die Nahost-Länder nuklear auf, — und bei den überall in der Welt vorhandenen Spannungen hat sich dann die Gefahr eines unsere Erde vernichtenden atomaren Weltkrieges verhundertfacht.

Mit vollem Recht also verwerfen a priori verantwortungsbewußte Staatsmänner in den USA, der UdSSR und auch im neutralen Lager eine Erweiterung der nuklearen Rüstung über den bisherigen Rahmen hinaus. Auch die prominenten Führer des Neutralismus haben das immer wieder betont, insbesondere Nehru; Schweden, in Europa ein Urbild des erfolgreichen Neutralismus, hat erneut eine sofortige nukleare Aufrüstung abgelehnt.

Besondere Gefahren wittern nun viele Menschen in dem makabren Plan, die Nato als vierte Atommacht aufzurüsten. Wenn das geschieht, sehen auch wir darin ein höchst gefährliches Experiment, weil es die atomare Vernichtung des europäischen Westens einschl. unseres Deutschlands heraufbeschwören würde. Allerdings glauben wir noch nicht an die Aktualität dieser Gefahr. Denn einmal erkennen auch die westeuropäischen Politiker, daß das den Anfang des militärischen Rückzugs der Amerikaner aus Europa bedeuten würde. Und da Großbritannien sowieso dem Atomklub bereits angehört, Frankreich eine nukleare Extratour tanzt, so belasten die Kosten für die Unterhaltung der Nato-Atomrüstung praktisch „die Kleinen". Und „wer soll das bezahlen, wer hat soviel Geld?"

Ehe wir nun an geschichtlichen Beispielen die Erfolge und die Mißerfolge der Abschreckung aufzuzeigen versuchen, sei vorerst eine Definition des Begriffs der Abschreckung gegeben, wie wir ihn gebrauchen:

Abschreckung ist die außenpolitische oder innenpolitische Androhung von Gewaltanwendung oder von Unterlassung einer dem Bedrohten gegenüber bisher angewandten Haltung gegenüber einer oder mehreren anderen Mächten.

Diese — rechtlich und politisch — zulässige Abschreckung muß in einem angemessenen Verhältnis zu dem zu erreichenden Zweck stehen und darf nur von einer Macht angewendet werden, die wirklich über die angedrohten Mittel verfügt. Sonst wirkt sie unglaubhaft und kann sogar beim Bedrohten den Willen zu noch stärkerer Gegen-Abschreckung hervorrufen.

Daher liegt in jeder Abschreckung die immanente Gefahr, nicht — wie beabsichtigt — dem Frieden zu dienen, sondern gegen den eigenen Willen den Ausbruch des Krieges zu erleichtern. Die Abschreckung ist nur solange ein erlaubtes und wirksames Mittel der Politik, solange sich die Kontrahenten als Gegner und nicht als Partner betrachten. Im Zeitalter wirklicher Koexistenz ist sie überflüssig.

Auf jeden Fall muß in jedem Fall von Abschreckung auf die gefährliche Wirkung allein schon der Abschreckungspropaganda hingewiesen werden, wie sie gerade jetzt in der Bundesrepublik im Schwange ist. Denn die Völker, die allesamt den Krieg hassen und einen Dauerfrieden herbeisehnen, glauben nun aufatmend daran, daß die Weisheit ihrer Staatsmänner die Gefahr des Krieges gebannt und in der Abschreckung ein brauchbares Ersatzmittel für den Krieg gefunden habe. Nunmehr würde man sich mit schriftlichen und mündlichen Schimpfkanonaden begnügen, anstatt an der Front und in der Heimat Blut und Gut des Volkes und die Heimat selbst aufs Spiel zu setzen. Und besonders unter der makabren Drohung des A-B-C-Krieges lassen sich die Menschen nur zu gern in die einschläfernde Überzeugung einlullen, mit der Abschreckung das weitaus kleinere Übel zu wählen. Hat doch die berühmte Verge-of-war-Politik des ehemaligen amerikanischen Außenministers Dulles, d. h. die „bis an den Rand des Krieges" führende „Abschreckung" angeblich Erfolg gehabt und den Frieden bewahrt. In Wirklichkeit ist sie politisch gescheitert, und der Friede wurde gesichert nicht etwa durch sie, sondern durch das von ihr wider Willen geförderte

Anwachsen der Erkenntnis der furchtbaren Folgen eines A-B-C-Krieges in der ganzen Welt. Und nicht nur diese Erkenntnis, verbunden mit der immer deutlicher werdenden Klarheit über die erbbiologischen Folgen auf Generationen hinaus, breitet sich in der ganzen Welt aus, sondern auch die noch schrecklichere Erkenntnis, wie leicht und ungewollt in unserem Zeitalter übernervöser Spannungen und der offenen oder latenten Angst der nukleare Krieg ausgelöst werden kann. Das Versehen oder der Mutwille eines Atom-Fliegers oder eines Atom-U-Bootskommandanten, der Irrtum eines „eingedusselten" Raketenschützen oder sogar ein physikalischer Vorgang, wie etwa der Fall von Meteoriten, vermögen den Weltuntergang einzuleiten. Und diese Gefahr wächst mit der immer mehr wachsenden Zahl von kleinen und kleinsten Staaten, die nun auch „ihre" Atomwaffe haben wollen, um damit bei ihren kleinen und kleinsten Querelen „abzuschrecken" oder sie „nuklear zu bereinigen", wie heute eine „beruhigen" wollende Bürokratie zynisch sagt.

Und zu diesen atomaren Gernegroßen gehört natürlich auch unsere Bundesrepublik, die ja auch auf diesem Gebiet nicht deutsche Politik betreibt, sondern ein aktiver Mitläufer der USA und der Nato ist!

Dabei führt man gern als militärische Begründung ins Treffen, daß bei einer atomwaffenlosen Bundeswehr der Angreifer aus dem Osten natürlich die Verteidigungsfront der Nato dort durchbrechen würde, wo keine Atomwaffen seien. Als ob ein Feldherr seine wirksamste Waffe von vornherein festlegen und nicht als seine wichtigste Reserve hinter der Front zurückhalten und sie erst dann einsetzen würde, wenn sich der Schwerpunkt des Angriffs deutlich abgezeichnet hat, oder wenn der Entschluß zu einem Gegenangriff gefaßt ist!

Man kann nun den Begriff der Abschreckung und ihrer Folgen nicht nur an der gegenwärtigen Lage klären, sondern auch — und wahrscheinlich noch besser — an geschichtlichen Beispielen. Wir haben dafür Beispiele aus der jüngsten Geschichte ausgewählt, sowohl für erfolgreiche, als auch für erfolglose Abschreckung, die uns typisch erscheinen und deshalb kritisch betrachtet sein sollen.

Dabei wäre noch allgemein vorauszuschicken, daß auch das Instrument der Abschreckung wie die meisten politischen Begriffe in der Praxis der Geschichte nur ganz selten rein und absolut auftritt, sondern meist mit einer anderen politischen Aktion und auch mit anderen als reinen Abschreckungszwecken verbunden ist, also als kombinierte Abschreckung erscheint.

Als geradezu klassisches Beispiel des Risiko-Gedankens und damit der Abschreckung führt man immer die Tirpitz'sche Flottenpolitik vor dem ersten Weltkriege an. Hier wollte man durch die Schaffung der deutschen Flotte — noch dazu auf Kosten der, wie sich an der Marne zeigte, dringend notwendigen Heeresvermehrung — die Engländer davor abschrecken, Deutschland anzugreifen und seine Küste zu blockieren. Und diese Abschreckung scheiterte, weil der Zweck nicht dem Mittel entsprach: England wollte gar nicht angreifen, sondern Deutschland aushungern. Und dazu brauchte es keine enge Blockade der deutschen Flußmündungen, sondern nur seine gegebene geographische Lage, die zusammen mit ganz geringem Einsatz seiner Seemacht einen Ausbruch Deutschlands ins Weltmeer verhinderte.

Dagegen sind ein ebenso klassisches Beispiel für die Abschreckung, und diesmal ein erfolgreiches, darüber hinaus auch ein typisches Beispiel für die Abschreckung durch das Mittel von Verträgen, die Rückversicherungsverträge Bismarcks. Sie sollten den Westen (Frankreich) vor dem Angriff gegen Deutschland abschrecken durch die Bündnispflicht des Ostens (Rußlands) und umgekehrt. Und gleichzeitig, insbesondere wenn die Abschreckungs-

wirkung versagte oder aufhörte, leiteten sie — der jeweiligen Lage entsprechend — in Militärallianzen über. Dieses geniale politische Meisterwerk hat tadellos funktioniert, solange es in Kraft war. Als aber die Rückversicherungsverträge deutscherseits nicht mehr erneuert wurden, war der erste Schritt zu den beiden Weltkriegen getan, war Deutschland nicht mehr abschreckungs-glaubwürdig.

War bei den Rückversicherungsverträgen der Abschluß von Verträgen das Drohmittel der Abschreckung, so ist als Gegenstück dazu die Ankündigung bzw. Nichterneuerung eines Vertrages bei den gegenwärtigen Handelsvertragsverhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik bzw. der Sowjetunion ein Beispiel erfolgloser politischer Abschreckung. Hier mußte, und zwar auf Drängen der eigenen Wirtschaft und des eigenen Wirtschaftsministers, die Abschreckung schleunigst eingestellt und in das Gegenteil verkehrt werden!

Als Beispiel des Versagens wirtschaftlicher Sanktionen als Abschreckungsmittel sei an die Verweigerung bereits zugesagter Anleihen für den Bau des Assuan-Dammes durch die USA und Großbritannien erinnert, um Ägypten von seinen großarabischen Tendenzen abzuschrecken. Diese auf ein falsches Ziel gerichtete Abschreckung löste letztlich die Suez-Krise aus — und brachte Rußland im Mittelmeer ins Spiel!

Ähnliche Gefahren wirtschaftspolitisch falsch gezielter Abschreckung scheinen uns auch in der Entwicklungshilfe zu drohen, nämlich dann, wenn sie in erster Linie zu militärischen Zwecken gewährt wird, um bisher nach beiden Seiten neutrale Staaten von der anderen Seite „abzuschrecken".

Da wir, wie oben dargelegt, die Intervention als erlaubtes Mittel der Abschreckung ansehen, sei hier als Beispiel einer erfolgreichen Abschreckungs-Intervention die deutsche Intervention 1918 in Finnland erwähnt. Diese, rechtmäßig auf Ersuchen der legitimen Regierung unternommen und nach interventionsrechtlichen Regeln durchgeführt, diente letztlich der Abschreckung aller jener Kräfte, die die gerade gewonnene staatliche Selbständigkeit Finnlands wieder beseitigen und dieses Land erneut dem Russischen Reich einverleiben wollten. Und das waren keineswegs nur die Russen, sondern in erster Linie England und Frankreich, die durch diese Morgengabe Rußland weiter im Kriege zu halten bzw. es dahin zurückzuführen bestrebt waren.

Diese Abschreckung war erfolgreich — und hat Deutschland herzliche und dauerhafte Sympathien des befreiten Landes eingebracht.

Aber solche erlaubter und nützlicher Abschreckung dienende Interventionen sind selten. Meist sind Interventionen Ausfluß brutaler Machtpolitik, die sich politische, wirtschaftliche oder militärische Vorteile verschaffen will, die sie auf andere Weise nicht erlangen kann.

Man denke in dieser Hinsicht an die amerikanisch-britischen Flotten-Interventionen im Libanon und in Jordanien, die angeblich die Revolutionäre in beiden Ländern und im Irak abschrecken sollten, tatsächlich aber in erster Linie die Ölinteressen amerikanischer und britischer Ölgesellschaften im Auge hatten. Auch sie scheiterten, weil die angewandten Mittel in keinem Verhältnis standen zu dem wirklichen Zweck. Vorher aber haben sie die ganze Welt in Aufregung versetzt und sogar einen regelrechten militärischen Aufmarsch von Ost und West gegeneinander veranlaßt.

Abschließend sei nun noch auf eine erfolgreiche Abschreckung mit dem schärfsten Mittel, nämlich der Drohung des nuklearen Krieges, hingewiesen, bei der die Mittel tatsächlich vorhanden waren, und der Zweck, nämlich die Friedenserhaltung, dem Einsatz entsprach. Wir meinen den berühmten Brief Bulganins im November 1956 nach Ausbruch des Suez-Krieges, in dem er die Anwendung

von Atomwaffen gegen England und Frankreich androhte — und damit a tempo die Einstellung der Feindseligkeiten erreichte und höchstwahrscheinlich auch den Ausbruch des dritten Weltkrieges damals verhinderte.

Aus diesen wenigen geschichtlichen Beispielen, die sich beliebig vermehren ließen, und aus den angestellten Erwägungen geht aber nun eindeutig hervor, daß die „Abschreckung" ein durchaus zweischneidiges Schwert ist, das man nur den besten und geübtesten politischen Fechtern in die Hand geben sollte. Besser scheint es uns, hinsichtlich der außenpolitischen Abschreckung zwei Forderungen zu erfüllen:

1. Die machtpolitischen Mittel außenpolitischer Abschreckung, insbesondere Ultimatum, Sanktion, bewaffnete Intervention, bedürfen einer noch besseren völkerrechtlichen Regelung, und zwar für a l l e dafür in Frage kommenden Staaten.
2. Die Durchführung einer Abschreckung mit Machtmitteln darf ausschließlich durch die Vereinten Nationen erfolgen, die dazu entsprechend auszustatten sind, z. B. mit einer ständigen internationalen Polizeitruppe.

Dr. V i c t o r K a d a l i e

Das algerische Drama

Ein Vorfall am Nachmittag des 30. April 1827 löste Folgen aus, die heute in Algerien ihre tragische Endphase gefunden haben. Damals empfing der Bey von Algerien in seinem Palast den französischen Generalkonsul D e v a l zu einer Unterredung. Es ging um die Bezahlung von Getreidelieferungen, die Algerien während der Französischen Revolution geliefert hatte. Unstimmigkeiten wegen des Preises führten zu einem langjährigen Rechtsstreit, der nunmehr in dieser persönlichen Aussprache Klärung finden sollte.

Zu dieser Zeit unterhielt Algerien eine Flotte, die von den Mittelmeerländern gefürchtet war. Viele leisteten Tributzahlungen, um unbehindert von Algeriens kühnen Piraten ihrer Seefahrt nachgehen zu können.

Ungehalten lauschte der Bey an jenem Apriltag des Jahres 1827 den langatmigen Ausführungen des Franzosen. Der berühmt gewordene Fliegenwedel in der Hand des Herrschers schwang auf und nieder. Ein leise klatschendes Geräusch. Das Ungeheuerliche war geschehen: der französische Generalkonsul hatte einen leichten Schlag auf der Wange verspürt.

Frankreich legte gegen diese Brüskierung Protest ein. Der Bey verweigerte eine Genugtuung. Die Kriegserklärung folgte. Einige Wochen später wehte auf dem Fort der Stadt Algier die Trikolore. Das Experiment der Kolonisation begann.

Dem Vordringen der Franzosen in das Landinnere setzten die Araber heftigen Widerstand entgegen. Zwölf Jahre lang kämpften sie unter ihrem legendären Führer A b d - e l - K a d r gegen die französische Herrschaft. Als er 1847 gefangen genommen werden konnte und auch die aufständischen Kabylenstämme an der Küste bezwungen worden waren, trat Ruhe ein. Die Eroberung war abgeschlossen. Europäische Einwanderer strömten in das Land. Auf Staatskosten erhielten sie Landkonzessionen, Ackergeräte und Vieh. Verfassungsmäßig wurde Algerien in den folgenden Jahren zu einem „integrierenden Bestandteil" des

französischen Territoriums erklärt und genau wie das Mutterland in Departments eingeteilt. Das Projekt, Pariser Arbeitslose anzusiedeln und vor allem private Gesellschaften bei diesem Siedlungsvorhaben einzuschalten, schlug fehl. Deshalb übernahm der Staat 1858 wieder die Kolonisation. Algerien unterstand nunmehr direkt dem Kolonialministerium in Paris.

Das Experimentieren ging weiter und nahm — je nachdem ob in Frankreich gerade die Militärpartei oder die Zivilisten den größten innenpolitischen Einfluß besaß — diese oder jene Form an. So wurde die neue Verwaltungsreform bald wieder rückgängig gemacht und der Generalgouverneur in Algerien 1860 wieder in sein Amt eingesetzt.

Eine Reise Napoleons III. durch Algerien hatte tiefgreifende Folgen. Der Kaiser sah die Moscheen und Paläste der Moslems und erkannte, daß hier eine eigene Kultur von beachtlicher Höhe bestand. So kam er zu dem Schluß, daß Algerien eigentlich keine Kolonie, sondern ein arabisches Königreich sei. Mithin hätten die Eingeborenen das gleiche Recht auf seinen kaiserlichen Schutz wie die Kolonisten. Napoleon III. stellte ein neues Kolonisationsprogramm auf, wonach die Araber nicht unterdrückt und ausgebeutet werden sollten; die Wohltaten der Zivilisation sollten ihnen zugute kommen. Er schrieb wörtlich: „Die erste Bedingung einer zivilisierten Gesellschaft ist aber die Achtung vor den Rechten eines jeden. Wir müssen mit allen Mitteln dahin streben, diese intelligente, stolze, kriegerische und landwirtschaftliche Rasse, die Araber, mit uns zu versöhnen." Er schlug eine Arbeitsteilung zwischen Arabern und Kolonisten vor, um das Land aufzubauen. Die Regierung sollte sich um das Aufbringen europäischen Kapitals bemühen, ohne aber direkt als Unternehmer der Kolonisation tätig zu werden. Unterstützung mittelloser Einwanderer durch Gratis-Konzessionen sollten künftig wegfallen. Napoleon III. erließ auch ein Gesetz, mit dem den Eingeborenen die Möglichkeit gegeben wurde, sich als französische Bürger naturalisieren zu lassen.

Die Kolonisten waren empört. Die Begünstigung der Eingeborenen rief ihren Widerstand wach. Schritt für Schritt mußte das Mutterland in den folgenden Jahrzehnten unter dem Druck der Kolonisten zur ursprünglichen Kolonialpolitik zurückkehren, und das bedeutete: Vorrangstellung der Europäer mit allen damit verbundenen Privilegien politischer, wirtschaftlicher und sozialer Art.

Eisenbahnlinien wurden gebaut, Sümpfe ausgetrocknet, moderne Bewässerungsanlagen geschaffen. Der Anbau von Wein, Oliven und Tabak zeigte gute Erfolge. Moderne Städte entstanden. Algerien ging einer wirtschaftlichen Blütezeit entgegen. Die Araber bezahlten dafür mit Menschenleben. Im deutsch-französischen Krieg 1870/71 wurde zum ersten Mal für einen europäischen Bruderkrieg das farbige Menschenreservoir ausgeschöpft.

Die afrikanische Freiheitsbewegung

Nach dem zweiten Weltkrieg brandeten die Wogen eines neu erwachten Nationalbewußtseins über den asiatischen und afrikanischen Kontinent. Die nationale Bewegung — über 50 Jahre lang von kleinen Gruppen afro-asiatischer Intellektueller gehegt und zur Entfaltung gebracht — griff auf die Massen über. Das Ziel hieß: Freiheit von Fremdherrschaft. Die algerische Nationale Befreiungsfront, bekannt unter dem Namen FLN, ist ein Teil dieses allumfassenden nationalen Aufstandes der farbigen Welt gegen die europäischen Kolonialmächte.

Algerien mit einer weißen seßhaften Bevölkerung von 1 Million und Südafrika mit 3 Millionen Weißen bilden nicht nur das blutige Endkapitel der Kolonialgeschichte. Die tiefgreifende Bedeutung der Situation dieser beiden Län-

der im Norden und Süden des afrikanischen Kontinents liegt vielmehr darin, daß hier nahezu jede Hoffnung auf ein künftiges friedliches Zusammenleben von Weißen und Arabern, von Weißen und Afrikanern als eine demokratische Gesellschaft zerstört worden ist. Rassenhaß und Apartheidpolitik in der Südafrikanischen Union werden von den Weißen mit verschärften Maßnahmen vorangetrieben; der Krieg in Algerien tritt in das 7. Jahr ein. Er hat bisher rund 13 000 Franzosen und 145 000 Moslems das Leben gekostet!

Als de Gaulle 1958 die Führung der V. Republik übernahm, hoffte die Weltöffentlichkeit auf eine Stabilisierung der französischen Regierungspolitik und auf die konkrete Durchführung seines Versprechens, eine befriedigende Lösung in der Algerien-Frage zu finden. Die Ultras verhalfen ihm zur Macht, weil er ihnen die Erfüllung ihres Wunsches, ein „französisches Algerien", versprach. Doch schon wenige Monate nach seinem Regierungsantritt kam es zur ersten Vertrauenskrise zwischen den rechtsradikalen Gaullisten und dem Präsidenten der V. Republik.

Der Anlaß war eine Rundfunkrede de Gaulles an das französische Volk. Der General sprach wie üblich davon, daß Algerien selbstverständlich „seine eigene Persönlichkeit" entwickeln und ausprägen könne und dabei einen besonderen Platz zwischen Frankreich und den Staaten der französischen Gemeinschaft erhalten solle. Doch der Präsident hatte die Parolen der französischen Nationalisten „Algérie française" und „Integration" peinlichst vermieden. Seine diplomatischen Redewendungen ließen deutlich werden, daß der Präsident nicht daran dachte, Algerien dem französischen Mutterland einzuverleiben, sondern es als ein selbständiges und gleichberechtigtes Mitglied der französischen Völkergemeinschaft ansehen wollte.

Hatten die Kolonisten schon kurz nach dem Regierungsantritt des Generals Beschwerden über die sehr laue und vage Art de Gaulles verlauten lassen, mit der er ihre Interessen handhabte und das Ziel „Algérie française" konkretisierte, so kam es nach dieser doppeldeutig formulierten Rundfunkrede zu offenen Mißfallenskundgebungen. Damals fiel schon in Kreisen der Nationalisten hier und da das Wort, das später ohne Scheu ausgesprochen wurde: De Gaulle ist ein Verräter!

Er war derjenige gewesen, der immer die Größe und Einheit der französischen Nation zu verkörpern schien und am eindruckvollsten von der Bedeutung der Communautè zu reden verstand. Gleichzeitig aber hat er durch die Aufweichung des kolonialistischen Zugriffs am meisten dazu beigetragen, die Macht Frankreichs zu schwächen. Unter de Gaulle erhielten 14 ehemalige französische Kolonien ihre Unabhängigkeit. Diese — in den Augen französischer Rechtsradikaler — „verräterischen" Tendenzen des Präsidenten sind nichts anderes als eine allmähliche Anpassung der französischen Außenpolitik an die Realität des afro-asiatischen Nationalismus. De Gaulle sah sich genau wie Macmillan in einer Lage, in der er im Interesse des Mutterlandes gezwungen war, global zu denken. Das brachte ihn und ebenso den britischen Premier in Gegensatz zu den französischen bzw. britischen Siedlern in den jeweiligen Kolonialgebieten, die auf ihrem engbegrenzten, deshalb extremen und von sentimentalen Gefühlen mitbestimmten Standpunkt verharren.

Deshalb schien für de Gaulle dasselbe Schicksal bereit zu stehen wie seinerzeit für Mendes-France, Todd (den früheren Premierminister von Südrhodesien) oder auch wie für General Smuts (den Vorgänger Malans) in der Südafrikanischen Union. Sie alle erkannten die Unaufhaltbarkeit des afrikanischen Nationalismus, die Sinnlosigkeit des Versuchs, sich ihm entgegenstemmen zu wollen. Sie versuchten Kompromisse zu schließen, sich in ihren Entscheidun-

gen der neuen Realität anzupassen, um die weißen Siedler in den Kolonien vor dem Schicksal eines blutigen Untergangs zu bewahren. Sie alle wurden bisher von denen, die sie retten wollten, ob ihrer liberalen Politik als „Verräter" niedergeschrien. Sie mußten dem Druck der fanatischen Siedler weichen.

Bei der Beurteilung der algerischen Frage gibt es keinen anderen Ausgangspunkt als den, daß der Geist der FLN, seine Bestrebungen, Forderungen und Zielsetzungen Bestandteil der farbigen Welt sind, die 1/3 der Menschheit umfaßt. Wie in Asien und in den übrigen Ländern auf dem afrikanischen Kontinent gilt auch für die Araber Algeriens: Jeder soll sich selbst regieren. Algerien ist algerisch!

Als Guinea, trotz des Abbruchs der Beziehungen von seiten des Mutterlandes und der damit verbundenen enormen wirtschaftlichen Verluste, die volle Autonomie wählte und sich nicht scheute, umfassende Hilfe aus den Ostblockstaaten anzunehmen, erkannte de Gaulle die Notwendigkeit, den Begriff und die bisherigen Prinzipien der Communauté zu reformieren. Das brachte den Wendepunkt in den Beziehungen zwischen Frankreich und seinen Überseegebieten und verursachte auch die Verschiebung der de Gaull'schen Ideen von einem „französischen Algerien" zu einem „algerischen Algerien".

Der Kampf der algerischen Nationalen Befreiungsfront gegen die Herrschaft der weißen Siedler wird mit Hilfe der moralischen und finanziellen Unterstützung der afro-asiatischen Staaten geführt. Die Entwicklung unserer Zeitgeschichte verläuft zugunsten der farbigen Welt, und es kann keinen Zweifel geben, daß — wie selbst ein weißer Professor aus der Südafrikanischen Union es ausdrückte — im Jahre 2000 Afrika in Händen der Afrikaner sein wird. Für Algerien, Südafrika, Ost- und Zentralafrika sollte das eigentliche Problem darin bestehen, die Machtübernahme durch die Eingeborenen so zu gestalten, daß eine gute und reibungslose Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen rassischen Bevölkerungsgruppen möglich wird.

Stattdessen versuchen die weißen Siedler in diesen Gebieten ständig die Hauptforderung der Araber und Afrikaner zu negieren und verwirken damit die Chance, in Zukunft als rassische Minderheit gesichert und in Frieden in diesen Ländern zu leben, von denen sie doch behaupten, sie seien ihre eigentliche Heimat.

Die Kolonisten in Algerien versprechen größere Investitionen, Verbesserungen der sozialen Lage und dergleichen mehr, aber sie wollen die politische Macht in Händen halten, ein Vorhaben, das dem Geschichtstrend entgegensteht und schon allein aus diesem Grunde — ganz unabhängig von allen möglichen Argumenten eines Für und Wider der Aufrechterhaltung der weißen Herrschaftsmacht — zum Scheitern verurteilt ist.

Denn wo immer die Europäer in den Kolonien die Herrschaft antraten, bedeutete es für die Eingeborenen ein Leben der Unterdrückung, Diskriminierung, wirtschaftlich-sozialen Ausbeutung. Selbst wenn man die guten Taten des Kolonialismus in die Waagschale wirft, die Errichtung von Schulen und Krankenhäusern, Bekämpfung von Seuchen, die Einführung zivilisatorisch-technischer Errungenschaften, die wirtschaftliche Erschließung des Landes, Ausbau der Infrastruktur und vieles mehr, so wird dadurch die objektive Schuld eines Mißbrauches der Herrschaftsmacht durch die Kolonialisten nicht aufgehoben. Die Entwicklung heute hat mit der Korrektur der ungleichen Machtverhältnisse der Vergangenheit begonnen. Die Überlebensschancen der weißen Siedler in den Kolonialgebieten, ihre gesicherte Position für die Zukunft, sind gebunden an ihre Bereitschaft, entsprechend dem geschichtlichen Trend auf ihren Herrschaftsanspruch zu verzichten.

Vom „Algérie française" zum „Algérie algérienne"

Der algerische Krieg ist in das siebte Jahr eingetreten; eine lange Zeit, die angefüllt war mit Haß und Grausamkeiten und für die davon betroffenen Menschen nur Elend, Tränen und Tod bedeutete. Es gab den offenen Aufruhr der Spitzen des Militärs gegen die Regierung in Paris, der Zusammenbruch der IV. Republik folgte. De Gaulle trat auf als der neue Retter. Die Hoffnung schien sich zu erfüllen, als sich Anfang 1959 Verhandlungen mit der FLN anbahnten. Doch das Gespräch zwischen dem Präsidenten und Ferhat Abbas fand nicht statt. Es scheiterte an der Forderung de Gaulles, daß die Armee der Algerischen Nationalen Befreiungsfront die Waffen niederzulegen habe. Das kam einer Kapitulation gleich. Die FLN weigerte sich, diese einseitige Bedingung zu erfüllen, weil die politischen Sicherheiten dafür fehlten. Den waffenlosen Algeriern hätten Kampftruppen, die bewaffnete französische Armee und die ebenfalls waffentragenden Siedler gegenübergestanden. Die zunehmende Stärke des Ultras unterhöhlte die Machtposition de Gaulles. Seine Freunde verließen ihn, einer nach dem anderen. Selbst die 50-jährige Freundschaft mit General Juin zerbrach, als dieser sich auf die Seite der Rechtsradikalen stellte. Die politische Haltung des Präsidenten in der Algerien-Frage konnte plötzlich so interpretiert werden, daß man sie in die Linie der Linksradikalen abgleiten sah. Und die Reise de Gaulles nach Algerien Anfang Dezember 1960 schien die Ausweglosigkeit und Hoffnungslosigkeit der ganzen Situation zu bestätigen. Er versuchte die beiden extremen Richtungen, Ultras und FLN, zu ignorieren und seinen Appell an die Volksmassen zu richten, so wie er es auch in Frankreich selbst getan hatte. Doch die Ultras traten ihm als Front entgegen und schrien ihn nieder. Und: ein ungewöhnlich starkes Aufgebot der Moslems trat ihm ebenfalls gegenüber und schrie ihn nieder! Die Unruhen nahmen Ausmaße an — zum ersten Mal schossen Franzosen auf Franzosen —, daß de Gaulle seine Reise vorzeitig abbrechen mußte. Die Bilanz schien vernichtend und eine Bestätigung dessen zu sein, worin Ultras und FLN sich einig waren: De Gaulle ist nicht Frankreich!

Daneben aber erbrachte diese Reise ein Ergebnis, das zusammen mit dem Resultat der Wahlen vom 9. Januar einen ganz entscheidenden Wendepunkt für die Lösungsmöglichkeiten des Algerienproblems bringen sollte. Die bis dahin feste Überzeugung de Gaulles, daß die Mehrheit der Moslems nicht hinter der Nationalen Befreiungsfront, der FLN, steht, sondern eine enge Bindung mit Frankreich will, wurde auf dieser Reise im Dezember erschüttert. Zum ersten Male zeigte sich in ganzem Umfang die Gefolgschaft, die die FLN unter den Moslems besitzt. Sie strömten in Massen aus der Kasbah, um auf den Straßen unter den Augen de Gaulles zu demonstrieren: Algerien ist algerisch! Und die Wahlen am 8. Januar bewiesen, daß hinter diesem Vorgang mehr als nur eine spontane Massenkundgebung im Sinne der Nationalen Befreiungsfront stand. Nur 5 % der 9 Millionen Moslems wählte, d. h. die Mehrheit befolgte die Aufforderung der FLN, den Wahlurnen fern zu bleiben.

Der zweite entscheidende Wendepunkt lag darin, daß das Wahlergebnis insgesamt etwas über 75 % betrug. Es zeigte: De Gaulle kann heute im Namen Frankreichs sprechen, wenn er daran geht, konkrete Lösungsmöglichkeiten für Algerien zu unterbreiten. Und noch etwas anderes wurde sichtbar. Die Ja-Stimmen von $^2/_3$ der europäischen Bevölkerung Algeriens bewiesen deutlich, daß man die Macht der Ultras bei weitem überschätzt hatte.

Im ganzen gesehen sind schon jetzt zum gegenwärtigen Zeitpunkt zwei der wichtigsten Hindernisse gefallen, die früher einer Verhandlung mit der Nationalen Befreiungsfront im Wege standen. Das war die Nicht-Anerkennung der FLN als einziger legaler Vertreter der Moslembevölkerung und damit auch die Weige-

rung, zu akzeptieren, daß sie der einzige infragekommende Verhandlungspartner ist. Zum anderen wurde der Begriff Algérie française desavouiert, der sich unter de Gaulle allmählich zu einem Algérie algérienne verwandelt hat!

Die FLN versteht unter einem algerischen Algerien die vollständige Autonomie ohne Vorbehalt, und auf der Basis dieses unabhängigen Status soll dann später eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Frankreich erfolgen. Die Nationale Befreiungsfront will ein Algerien arabischer Prägung, mit Arabisch als der Hauptsprache des Landes und mit der Freiheit, möglicherweise später eine Föderation mit Tunesien und Marokko einzugehen. Diese Bestrebung entspricht nicht nur dem allumfassenden nationalen Gefühl auf dem afrikanischen Kontinent und der pan-arabischen Idee, sondern sie ist zugleich eine Reaktion auf die verächtliche Haltung, die die Siedler der arabischen Bevölkerung gegenüber stets zum Ausdruck gebracht haben. Die FLN garantiert den Siedlern bei einer Machtübernahme die vollen Bürgerrechte, natürlich unter Fortfall der bisherigen Privilegien. Die Konzeption der FLN ist klar und eindeutig.

Was aber versteht de Gaulle unter einem Algérie algérienne? Selbst als er das Referendum ausrief und noch während die Wahlen im Gange waren, wußte das niemand genau. Noch vor einiger Zeit waren die Vermutungen dahin gegangen, daß er Selbstbestimmung und innere Autonomie wollte, bei gleichzeitiger fester Bindung an das Mutterland. Dann wieder schien die andere Vermutung sicher, daß er gewillt war, die Forderungen der FLN weitgehend zu erfüllen. Aber hatte der Präsident den Siedlern nicht auch versprochen, sie nicht im Stich zu lassen? Als möglichen dritten Weg — entsprechend der Konzeption S o u s t e l l e s — gab es noch die Berufung eines Exekutivrates mit franzosenfreundlichen Moslems. Damit wäre jedoch ein unüberbrückbarer Gegensatz zur FLN geschaffen, der Kompromisse irgendwelcher Art von vornherein ausgeschlossen hätte.

Es scheint, als ob die Vagheit des de Gaull'schen Algérie algérienne eine bewußt angewandte Strategie des Präsidenten gewesen ist, um die Opposition seiner Gegner abzufangen; denn wie vermochten sie wirkungsvolle Kritik üben, wenn es kein eigentliches Objekt gab, gegen das sie sich richten konnte?

Die 75% Ja-Stimmen zum Referendum müssen als ein Ausdruck des Wunsches der französischen Bevölkerung in Frankreich und Algerien gesehen werden, diesen Krieg irgendwie zu beenden. Jeder, der sich für den Präsidenten entschied, hatte wohl diese letzte Hoffnung, daß de Gaulle die Lösung finden würde.

Und diese Hoffnung scheint in Erfüllung zu gehen. Schon sechs Tage nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses lag der Weltöffentlichkeit ein Angebot de Gaulles an die FLN vor und eine Antwort der FLN auf diesen ersten Schritt hin zum Frieden.

Der Präsident der V. Republik macht die Konzession, daß kein Exekutivrat von franzosenfreundlichen Moslems einberufen würde. Er unterbreitete diese Konzession wohl in dem Bewußtsein, daß ein solches Vorhaben nicht mehr durchführbar ist, nachdem sich herausgestellt hat, wie stark die Treue der Moslems zur Nationalen Algerischen Befreiungsfront ist.

Das von der FLN veröffentlichte Kommunique zeigt die Bereitschaft, in Verhandlungen mit Frankreich einzutreten und eine neue Phase einzuleiten. Ihre Konzessionen bestanden darin, daß die FLN wohl nicht unbedingt darauf bestehen wird, als Regierung anerkannt zu werden. Sie hat sich für die freie Wahlen ausgesprochen und wird auch auf die Einschaltung der UNO verzichten. Damit ist die Möglichkeit zweiseitiger Verhandlungen angedeutet, als ein Weg, um die Feindseligkeiten zu beenden.

Nach sechs Jahren Krieg die erste positive Annäherung zwischen der Regierung in Paris und der Exilregierung der Algerier! Die Weltöffentlichkeit atmet auf

und erwartet nun mit Spannung den nächsten Schritt de Gaulles. Trotz der Bekundung des guten Willens auf beiden Seiten steht zwischen ihnen noch immer ein schwerwiegendes Hindernis, wenn es darum gehen wird, über die Bedingungen der Selbstbestimmung zu verhandeln. Das Hindernis ist die Frage der Waffenniederlegung. Für de Gaulle werden freie Wahlen bei gleichzeitigem Bewaffnetbleiben der algerischen Armee keine freien Wahlen im eigentlichen Sinne sein. Vom Standpunkt der FLN gibt es keine Garantien für die politische Sicherheit, solange das französische Militär im Lande bleibt, die Siedler bewaffnet sind und die Moslems einseitig entwaffnet und damit schutzlos werden.

Eine allgemeine Entwaffnung, der Abzug des französischen Militärs und die Einschaltung der UNO, um die Wahlen zu kontrollieren, wäre vielleicht ein Ausweg; aber Frankreich will die Mitwirkung der UNO nicht, und die jüngsten Ereignisse im Kongo sind nicht dazu angetan, diesen Plan allzu ermutigend zu finden. Andererseits ist anzunehmen, daß die freien Wahlen zugunsten der FLN ausfallen werden, und wie — so muß man sich jetzt schon fragen — wird dann die Reaktion der Siedler sein?

An demselben Tag, als das Kommunique der FLN veröffentlicht wurde, am 16. Januar, erklärte der nach Madrid geflüchtete ehemalige Abgeordnete Pierre Lagaillarde: „Ich habe in Algier und Oran 80 000 entschlossene Männer... Die Wähler haben auf mich gehört, denn in meinem Wahlkreis haben beim Referendum alle mit Nein gestimmt. In Algerien bin ich der Chef."

Es bleibt die Hoffnung, daß diese Erklärung nicht das Anzeichen für einen status quo des Algerien-Problems ist, sondern nur ein letzter Widerstand der Siedler, der mit Geschick und Umsicht in gemeinsamer Arbeit von der Regierung in Paris und der FLN überwunden werden muß. Die künftigen Verhandlungen haben jetzt eine günstigere Ausgangsbasis. Das persönliche Gespräch zwischen de Gaulle und Ferhart Abbas wird entgegen der früheren Überzeugung beider Verhandlungspartner nunmehr in dem Bewußtsein stattfinden, daß der eine wie der andere jetzt als vollgültiger Vertreter des französischen Volkes beziehungsweise der Moslem-Bevölkerung gilt. Die Beschlüsse werden dadurch mehr Aussicht haben als früher, mit einer gewissen Verbindlichkeit durchgesetzt zu werden.

Dipl.-Volkswirt Alfons V o g e l

Aber die Probleme blieben!

Eine belgische Bilanz

Krähenfüße, Nägel und Glassplitter lauerten den Reifen der Kraftwagen auf den Straßen Belgiens nicht mehr auf. Mitte Januar war es durchaus kein Abenteuer mehr, von Aachen nach Brüssel zu fahren, in die Hauptstadt unseres Nachbarlandes, das mitten im Winter nun bereits in der vierten Woche von den Eruptionen des größten Streiks seiner heute 130jährigen Geschichte erschüttert wurde. Die Atmosphäre in den Dörfern und Städten am Wege war zwar nicht mehr durchglüht von dem heißen Atem der ersten Kampfwochen. Aber unverkennbar brütete noch überall spürbar eine dumpfe Spannung über dem Land. Die Gesichter der Menschen dieses sonst so lebensfrohen Volkes blickten ernst, sehr ernst.

Nein, das war kein Tag wie jeder andere. Und nichts von der Stimmung in der Bevölkerung, die offenbar bürgerliches Wunschdenken auf den Titelseiten deutscher Zeitungen allzu voreilig in solche irreführenden Schlagzeilen verkleidete wie „Belgier des Streiks überdrüssig". Hier, an Ort und Stelle, sah und hörte sich das ganz anders an. „E y s k e n s soll abtreten!" war das mindeste, womit der angesprochene Mann auf der Straße seinem Groll Luft machte, — überdrüssig nicht des Streiks, sondern der Regierung. Gewiß, die Straßenbahnen in den Städten fuhren wieder. Hier und da, wenn auch noch ohne Plan, fuhren auf den Bahnhöfen Züge ab und kamen an. Die Hausfrauen gingen wieder einkaufen. Das tägliche Leben drängt sich schrittweise durch die Sperrzonen des großen Streits wieder nach vorn. Dennoch, in den Caféhäusern von Brüssel, am Grande Place und an den splendiden Boulevards, öden sich die Kellner meist noch vor ungewohnt leeren Tischen. In dem kleinen sauberen Hotel nahe beim historischen Marktplatz und im Zentrum der Stadt bin ich der einzige Nachtgast, allein mit Wirtin, Kellner und dem Hausdiener (einem aus Deutschland vertriebenen Juden, wie er dem deutschen Gast in seiner Muttersprache, mit unverkennbaren Frankfurter Zwischentönen, nach einem gewissen Zögern erklärt).

Es ist früher Abend. Für den Großstädter die Stunde des Ausgehens. Aber auch hier bleibt der große Gastraum des Hotels ungemütlich leer. Auch die Stammkundschaft hat noch nicht den Weg zurück gefunden. Ein letzter einsamer Apéritif. Um neun Uhr schließt la patronne resigniert die Türe ab und löscht die melancholische Sparbeleuchtung. Brüssel schläft um diese Stunde noch nicht; aber draußen ist es vorzeitig und unnatürlich still geworden. Nachtleben findet nicht statt.

Nun, inzwischen ist der Streik beendet. Die äußere Ruhe ist — nicht zuletzt mit Hilfe der Schlagstöcke und Wasserwerfer der Polizei — wiederhergestellt, jene Ruhe, die als „des Bürgers erste Pflicht" von kritikempfindlichen Regierenden aus gutem Grunde schon immer so geschätzt wurde. Der Streik ruht, aber nicht der Streit. Niemand in Belgien glaubt daran, daß das letzte Wort in dieser Sache schon gesprochen wäre. Man wartet in Belgien weiter auf irgend etwas Besonderes, etwas fundamental, vielleicht umwälzend Veränderndes, und man hält im stillen weiter den Atem an.

Das belgische Rätsel

Was kümmert uns Deutsche schon der verflossene Streik in Belgien? Das gibt keinen Stoff mehr für nervenkitzelnde Sensationsreportagen und Schnappschüsse von Tumulten inmitten umgestürzter camions her. Der Rest ist eine belgische Angelegenheit, innerpolitische Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition. Auf der anderen Seite unseres Schlagbaums. Nehmen wir nicht ohnehin schon wärmsten Anteil am Leben unserer Nachbarn? Haben wir nicht im Bildschirm unseres Fernsehens, in allen deutschen Illustrierten, unlängst erst das Erlebnis der pompös-souveränen Königshochzeit am belgischen Hof mitgenossen und das „Brautpaar des Jahres", die Spanierin Donna Fabiola mit dem jungen Monarchen Baudouin, unter den gebührenden Schauern ehrfürchtig-hingerissener Bewunderung gefeiert. Und erst das Heer unserer deutschen „Lies'chen Müllers" (beiderlei Geschlechts), die sich gar nicht satt genug sehen konnten und sich nach der Fernsehshow nun auch in ihrem Stammkino („Programmwiederholung wegen der großen Nachfrage!") noch ein zweites und drittes Mal das schlichte Fest der Nerze, Orden und Diademe vorführen ließen, weil alles so ergreifend schön war.

Aber Bildröhre und Leinwand sind noch nicht die ganze Wirklichkeit, sondern sie reproduzieren nur deren photogene Ausschnitte, soweit die Optik der Kamera reicht und der Auftrag jeweils vorschreibt, nicht mehr. Für den Beschauer bleibt im Dunkeln, was daneben oder dahinter ist. Oft verbirgt sich gerade hier jedoch das wirkliche Leben, die nüchternen Realitäten, die vielleicht nicht immer photogen, jedenfalls aber lupenreine Wahrheiten sind. So sahen wir auch von drüben — bis zum Streik — nichts anderes als ein jubelnd um die gemeinsame Krone geschartes Volk von Belgiern, wir hörten nichts als das „Vive le roi!" zufriedener Untertanen — und waren maßlos frappiert, daß kaum 24 Stunden später die gleichen Belgier, nun keineswegs im Festgewand und gar nicht jubelnd, sondern mit entschlossenen und bösen Mienen erneut auf die Straße gingen, in Massen und geschlossenen Marschkolonnen, Transparente in ihrer Mitte und Kampfrufe gegen Regierung und König auf den Lippen. Waren das dieselben Belgier? Wieso dieser plötzliche Ausbruch öffentlichen Unwillens? Nun beeilte sich auch ein Teil der deutschen Presse, „erstaunt" zu sein, und notierte das Ganze mit unbefangener Torheit als das unerklärliche Phänomen einer rapiden und jedenfalls unpassenden Sinneswandlung der belgischen Bevölkerung. Dann kam alsbald unisono die sprachgeregelte Lösung des belgischen Rätsels: Die Jubelnden, das waren nach wie vor die loyalen Untertanen, die Gegner des Streiks, und zwar die überwältigende Mehrheit. Die Streikenden, die Demonstrierenden, das war die „Straße", und zwar eine verschwindende Minderheit, natürlich durchsetzt und auch irgendwie ein wenig „ferngelenkt" von Kommunisten. Wenn „Lies'chen Müller" das genügt und sie beruhigt weiter von „der Hochzeit" schwärmt, so ist das — der großen Zahl wegen — bedauerlich genug. Der kritischere Zeitgenosse wird sich mit genormten Weisheiten dieses Schwarz-Weiß-Stils nicht zufrieden geben. Wir Westdeutsche sind heute mit den Staaten der sogenannten westlichen Welt durch wirtschaftliche und politische Bindungen so vielfältig und eng verknüpft (oder auch verheddert), daß deren Schicksal heute oder morgen auch unser Schicksal sein kann. Das gilt auch für das, was drüben in Belgien geschehen ist oder noch geschehen wird. Das geht uns etwas mehr an als die Traumhochzeit auf Schloß Laeken. Mit schöngefärbten, schiefen oder gar falschen Bildern aus einseitig orientierten Tageskommentaren ist niemandem, am allerwenigsten der objektiven Wahrheit gedient.

Erst westlich der schwarz-gelb-roten Grenzpfähle kam man der belgischen Wirklichkeit näher. Die Königsfrage? Das ist nicht das Problem, sagt man. Die Anhänger der Krone sind zweifellos heute noch die Mehrheit. Die Royalisten behaupten: aus echter, tief verwurzelter Treue zum königlichen Haus, zu den unwandelbaren Werten der nationalen Geschichte. Die anderen erklären: aus einer unwägbaren Gefühlsmischung von ererbter Anhänglichkeit, lieber Gewohnheit und einem guten Schuß Laissez-faire. Aber auch die anti-royalistische Seite ist da und war in diesen Wochen unüberhörbar. In den Demonstrationszügen der Streikenden gab es kein „Vive le roi!", wohl aber vielfach Spruchbanddevisen und Sprechchöre „Vive la Republique!" und dazu den Gesang der Marseillaise; immerhin erstaunliche Töne aus dem Munde von Untertanen einer konstitutionellen Monarchie.

In Brüssel lächelte mancher nachsichtig bei der Frage, wie sich dies alles mit der Massenbegeisterung bei der königlichen Hochzeit zusammenreimen lasse. Enfin, die Masse am Straßenrand waren in erster Linie die aufmarschierenden Truppen, dazwischen und dahinter die Schulkinder, die klassenweise das obligate „Vive!" auf alles Königliche einstudiert hatten und unbefangen herauskrähten. Und natürlich auch eine Menge Neugieriger. Nun ja, der belgische Hauptstädter ist im Grunde kein Freund von Traurigkeit; er liebt Schauspiel und Feste und freut sich gern an ihrem Glanz, zumal wenn es nichts kostet. Aber Begeisterung? Nein, das war es hier wohl kaum. „Vielleicht bei euch in Deutschland, chez vous autres", zwinkerte einer verschmitzt.

„Kein zweites Algier!"

Immerhin also, die Königsfrage war nicht das Problem, das die Belgier auf die Barrikaden trieb. Sie hatten ganz andere Sorgen, und haben sie noch. Auch der Verlust des Kongo — dem man hier in Deutschland vielfach die tragende Rolle in der Vorgeschichte des großen Streiks andichtete — war, wie Léon Collard am 28. Streiktag in einem persönlichen Gespräch über die belgische Situation hierzu äußerte, von höchstens zweitrangiger und mehr psychologischer Bedeutung: ein weiteres Symptom für das Versagen der Regierung Eyskens auf der ganzen Linie. Das sei viel mehr eine Sorge der Großkapitalisten, die ihre liebe Not hätten, ihre Finanzen im Kongo rechtzeitig flüssig zu machen und dafür jetzt irgendwoanders im Ausland die gewinnträchtigste Anlage zu suchen. Aber damit gehört diese Frage schon in den Gesamtkomplex des Krankheitsbildes der belgischen Wirtschaft. Jedenfalls, so versichern alle mit Nachdruck, „wollen wir Belgier kein zweites Algier im Kongo!".

Selbst das Einheitsgesetz schließlich, das die Streikenden mit solcher Vehemenz bekämpften, war genau genommen nicht mehr als die Initialzündung, die effektiv am Ende die scharfe Explosion der Volksempörung am 19. Dezember des vergangenen Jahres auslöste. Der Gesetzentwurf der Regierung Eyskens war also nicht die Ursache, aber der äußere Anlaß zum Streik, so drückte Collard es aus. In der Tat sei der Ausstand in diesem Ausmaß und vor allem zu diesem Zeitpunkt von der Arbeiterführung selbst keineswegs geplant und in seinem Beginn organisiert gewesen. Man muß dazu wissen, daß nach einer klassischen Kampfregel große Streiks grundsätzlich in die Sommermonate verlegt werden wegen der saisonal allgemein günstigeren Bedingungen. Dieses Prinzip sei nun zum erstenmal in der langen Geschichte der belgischen Arbeiterbewegung durchbrochen worden, und zwar durch die unmittelbare Reaktion der Volksmassen selbst, ohne jedes Zutun der gewerkschaftlichen Führung, nach deren Terminplan ein größerer Streik gegen die Wirtschafts- und Sozial-

politik Eyskens' erst für die Mitte dieses Jahres, etwa Juni, Juli 1961, vorgesehen war. Beschlossen gewesen sei lediglich nur ein Warnstreik von 24 Stunden und allein begrenzt auf den Sektor der öffentlichen Bediensteten, die damit wegen der Härten der neuen Pensionsbestimmungen gegen den Entwurf des Einheitsgesetzes als die direkt und am fühlbarsten Betroffenen protestieren wollten. Jedoch in diesem Moment sei der Funke auf die Masse der vielen anderen Unzufriedenen übergesprungen. Spontan schlossen sich aus Wirtschaft und Industrie immer neue Gruppen selbständig dem Ausstand an. Von einem befristeten Teilstreik war nun keine Rede mehr. Förmlich über Nacht war die kleine, behütete Flamme eines Warnfeuers zu dem lodernden Brand dieser allgemeinen Volksempörung aufgeschossen, der alsbald ohne Unterschied Wirtschaft und Politik, das ganze öffentliche Leben des Landes erfassen sollte.

Der Ausbruch

„Das Einheitsgesetz war nur der Anlaß", sagte auch ein Brüsseler Redaktionsmitglied des regierungsfreundlichen Organs der Christlich-Sozialen (und demnach durchaus kein Freund der oppositionellen Streikbewegung), „der Streik hatte viele und tiefer liegende Gründe". Es gibt in Belgien ein ganzes Bündel wirtschaftlicher und innerpolitischer Probleme, die im großen und ganzen von den meisten der Unfähigkeit und Mißwirtschaft der seit 1958 amtierenden Regierung Eyskens zugeschrieben werden und zu einer unter der Decke schwelenden Verbitterung der Öffentlichkeit führten; sie griff immer weiter um sich und führte schließlich in den turbulenten Weihnachtstagen zu diesem fast revolutionären Ausbruch.

Ganz abgesehen von den weiteren empfindlichen Steuererhöhungen der neuen Steuervorlage krankte Belgien schon immer an einem Steuersystem von geradezu mittelalterlicher Rückständigkeit. Unter diesen Bedingungen war es, wie eine große französische Zeitung neulich kritisierte, den selbständigen Unternehmern möglich, jährlich 30 bis 66 Prozent der Steuern zu hinterziehen. Die Glaubwürdigkeit dieser Feststellung erhielt inzwischen praktisch ihre amtliche Bestätigung durch einen Bericht der Regierung Eyskens selbst, wonach jährlich 10 bis 12 Milliarden Bfrs an Steuergeldern von den großen Unternehmen dem belgischen Fiskus vorenthalten, tatsächlich also hinterzogen werden. Während also die Masse des Volkes allein die Hauptlast der Staatskosten zu tragen hatte, war es den ohnehin schon enorm verdienenden Großunternehmern erlaubt, sich zusätzlich noch durch systematische Steuerhinterziehungen zu bereichern, — zum Schaden der anderen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, daß die belgische Werbung zum Anreiz für die Ansiedlung ausländischer Industrieunternehmen einen besonders attraktiven Slogan bevorzugt: Sie wies darauf hin, daß in Belgien die Gewinnbesteuerung die geringste in ganz Europa sei.

Kalamitäten, Schulden, Krisen

Unter diesen Umständen ging der belgische Staat, um die klaffenden Lücken seines Budgets zu schließen, immer wieder den Weg des geringsten Widerstandes, indem er Jahr für Jahr beträchtliche Kredite von den großen Finanzgesellschaften in Anspruch nahm. Die Folge war, daß die privaten Banken alsbald die ganze Wirtschaft und Wirtschaftspolitik des Landes kontrollierten.

Indessen verschlechterte sich die finanzielle Situation Belgiens infolge der verfehlten Finanzpolitik der Regierung laufend und nahm inzwischen katastro-

phale Formen an. In den zehn letzten Jahren stieg die Staatsschuld um 135 Milliarden Bfrs (zum Vergleich: Kurs 8,25 DM = 100 Bfrs) und erreichte bis Ende 1960 die erschreckende Höhe von nahezu 400 Milliarden Bfrs. Das reichte selbst den geldgebenden Banken, die wegen ihrer guten Francs in den Händen dieser unsolide wirtschaftenden Regierung nicht unberechtigte Bedenken bekamen. Sie lehnten weitere Staatskredite kurzerhand ab. Stattdessen forderten sie kategorisch, Schluß mit der ewigen Pumpwirtschaft zu machen und zurückzukehren zu den klassischen Prinzipien einer geordneten Finanzpolitik: Keine Staatsausgaben ohne echte Deckung aus dem Steueraufkommen! So wurde aus der schleichenden Finanzkalamität der Ära Eyskens unversehens eine akute Finanzkrise, deren tödlicher Ernst nicht mehr mißzuverstehen war. Premierminister Eyskens fiel in dieser Lage nichts Besseres ein, als durch die rigorosen Steuererhöhungen und Einsparungen insbesondere auf dem Sozialsektor, die sein umstrittenes Spar- und Reformprogramm vorsieht, das riesige Manko der Staatskrise in der Hauptsache auf Kosten des kleinen Mannes zu decken.

Kapital kennt keine Grenzen

Während es nun der Masse des belgischen Volkes zugemutet werden sollte, zu zahlen, wußte jedermann — und die Gewerkschaften versäumten begreiflicherweise nicht, gebührend für Aufklärung zu sorgen —, daß sich das Großkapital herzlich wenig um die brennenden nationalen Finanznöte scherte. Hatten diese Kreise bis zum „malheur du Congo" fleißig ungezählte Milliarden aus den Kolonialbesitzungen gezogen und ihre Gewinne nach dem alleinigen Prinzip des höchstmöglichen Profits in den zinsgünstigsten Gebieten des Auslandes angelegt, so dachten sie auch jetzt nicht daran, der eigenen finanzschwachen Wirtschaft unter die Arme zu greifen. Hierzu schrieb die „Wirtschaftszeitung" neulich: „Wie kaum ein anderes Land leidet Belgien unter der Kapitalflucht. Etwa 20 Prozent des Sparkapitals — 1958 waren es sogar 30 Prozent — werden von den großen privaten Kapitalgesellschaften jährlich im Ausland investiert. Von den 18 Milliarden Bfrs., die nach dem Verlust des Kongo ins belgische Mutterland zurückflossen, sind inzwischen schon wieder 12 Milliarden Bfrs. nach Südamerika, Kanada und in die Bundesrepublik ‚ausgeführt' worden." Mag sein, daß die kapitalflüchtigen belgischen Kapitalisten sich von dem Wort des Weltbürgers Goethe leiten ließen: „Patriotismus verdirbt die Geschichte"; sicher aber dachten sie dabei weniger an Geschichte als an ihre Bilanzen ...

Jedenfalls gingen auf diese Weise bedeutende Milliardenbeträge ständig außer Landes und fehlten damit zur Stützung der in hohem Maße sanierungsbedürftigen nationalen Wirtschaft Belgiens. Die Entwicklungsgeschichte der belgischen Wirtschaft in der Nachkriegszeit ist — das muß hier zum Verständnis der heutigen Situation angemerkt werden — ein bezeichnendes Kapitel augenfälliger Raubbau-Politik, für deren verheerende Folgen die Skrupellosigkeit eines rücksichtslosen Kapitalismus (neben dem Versagen der Verantwortlichen im Kabinett Eyskens) die volle Verantwortung vor dem belgischen Volk auf sich geladen hat.

Die Rechnung

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die belgische Wirtschaft den Zweiten Weltkrieg mit einem relativ intakten Produktionsapparat überstanden hat. Diesem Umstand verdankte das Land in der Zeit des enormen europäischen Nachholbedarfs eine glänzende Aufbaukonjunktur. Aber weder Unternehmer

noch Staat dachten daran, den erforderlichen Anteil der in der konjunkturellen Blüteperiode erzielten Gewinne und Steuern zur Erhaltung, technischen Modernisierung und strukturellen Weiterentwicklung des nationalen Industriepotentials zu verwenden. So blieb alles beim alten, veraltete und verrottete schließlich mehr und mehr. Und als am Ende des ersten großen Nachkriegs-Booms die Grenze der konjunkturellen Entwicklungsmöglichkeiten erreicht war, erhielt Belgiens unsinnige Wirtschaftspolitik prompt die Rechnung, eine gesalzene Rechnung, wie sich bald zeigte: Zwar hatte es auch Belgien seinerzeit sehr eilig, in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft einzusteigen, um auf dem internationalen Markt ‚mitzumischen'. Aber der Leistungsstand der belgischen Industrie blieb mit der Zeit hinter dem der auf diesem Gebiet weitaus agileren europäischen Partnerländer zurück. Zunächst erwies sich die technische Ausrüstung der Schwerindustrie — Kohle und Stahl sind nach wie vor die Schwerpunkte der belgischen Produktion — als völlig veraltet und von der ausländischen Konkurrenz weit überholt. Dies wirkte sich besonders negativ auf den heimischen Kohlenbergbau aus, dessen älteste Reviere im vorwiegend schwerindustriellen, dichtbesiedelten Süden Belgiens liegen. Von der hier eingesessenen wallonischen Bevölkerung ging in den Tagen des Streiks die entscheidende Initiative und die zäheste Energie aus. Das erklärt sich leicht daher, daß man seit 1959 unter dem sanften Druck der europäischen Wirtschaftspartner begann, eine Anzahl von Gruben zu schließen. Weitere Stillegungen sollen auf Beschluß des Ministerrates der Montanunion noch in diesem Jahre folgen. Der spitze Bleistift des kapitalistischen Kalküls hatte inzwischen errechnet, daß sich die Zechen, vor allem in dem klassischen Kohlenbezirk der Borinage, nicht mehr rentieren. Das Objekt bringt keine Dividenden mehr ein, und Investitionen werden sich nicht mehr auszahlen —, also schreibt man die ganze Sache ab und sieht sich nach lohnenderen Projekten um. So ist nun auf Veranlassung der Hohen Behörde vorgesehen, daß für 1961 im belgischen Bergbau die Stillegung von 2 Millionen Tonnen Zechenkapazität in vollem Umfang durchgeführt wird.

Land ohne Zukunft

Wo aber bleiben die zahllosen Kumpels, die generationenlang die Kohle gefördert haben, aber dennoch auch in den besten Zeiten nichts davon zu spüren bekamen, wenn die Börsen hohe und höchste Kurse für die Aktien und Kuxwerte notierten? Nach einer Notiz in der „Welt" werden im Zuge dieses Zechensterbens rund 50 000 Bergleute Walloniens ihre angestammten Arbeitsplätze verlieren. Es ist ein fragwürdiger Trost für die Betroffenen, wenn man amtlich davon spricht, daß man die freigesetzten Arbeitskräfte auf andere Verdienstmöglichkeiten umstellen werde. Die Lage wird noch dadurch zusätzlich kompliziert, daß viele der dortigen Nebenindustrien auf der gleichen Kohlebasis arbeiten, deren Kapazität nun durch das Stillegungsprogramm beträchtlich verkürzt werden soll. Auch ihnen ist damit der Lebensfaden abgeschnitten. Nach derselben oben zitierten Meldung der „Welt" wird demzufolge auf 1000 arbeitslose Bergarbeiter noch einmal etwa die gleiche Zahl von Beschäftigten solcher Nebenindustrien entfallen, die ebenfalls ihre Tore schließen müssen. Léon Collard sagte auf die Frage zu diesen Perspektiven: „Das ist eine Katastrophe. Die Wallonie ist ein Land ohne Zukunft!" Und man erinnert sich betroffen der düsteren Geschichte der Borinage in Emile Zola's „Germinal", in den anklagenden Bildern Vincent van Goghs.

Gegenwärtig schon beträgt Belgiens Arbeitslosenziffer 160 000. Dazu wird also in naher Zukunft dieses neue Heer von Arbeitslosen aus den sterbenden

Kohlengebieten der Wallonie vor den belgischen Stempelstellen antreten. Wahrhaftig, eine böse Bilanz für dieses Land und eine schwere Hypothek für jede kommende Regierung.

Wie nachhaltig die dafür verantwortlichen strukturellen Fehlleistungen und Versäumnisse auf dem Gebiet der Entwicklung der belgischen Wirtschaft deren Wachstum behindert haben, zeigt der nachfolgende statistische Vergleich, der einem neueren Artikel der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" entnommen ist:

	1951	Mitte 1960
Belgien	122	182
Frankreich	134	239
Bundesrepublik	112	239
Niederlande	146	275
England	152	208
Vereinigte Staaten	251	334

Hier wird der durch die blinde Raubbaumanier des Kapitals verschuldete Rückstand der belgischen Wirtschaft eklatant, der den Sozialisten Collard anläßlich eines Interviews im französischen Fernsehen am 3. Januar zu der resignierten Feststellung inspirierte: „Belgien ist tatsächlich der kranke Mann des Gemeinsamen Marktes".

Inzwischen ist der Ruf nach grundlegenden wirtschaftlichen Strukturänderungen zur Überwindung der belgischen Misere von allen Seiten laut geworden. Daß sich dabei die Auffassungen vielfach überschneiden und oft unversöhnlich gegenüberstehen, liegt nicht zuletzt an dem — besonders für den Außenstehenden — äußerst komplizierten Phänomen einer Vielfalt von gegeneinander orientierten Interessengruppierungen. Ein ganzes Spektrum von teilweise bereits traditionellen Gegensätzen wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und last not least politischer Herkunft trennt die Parteien und bestimmt die Standorte. Mehr als ein Graben läuft daher quer durch das Volk der Belgier. Ein grelles Licht fiel nun wiederum im Verlaufe des großen Konflikts um das ominöse Einheitsgesetz der Regierung Eyskens auf diese Tatsache, als sich die Fronten formierten und in verbissener Entschlossenheit gegenüberstanden.

Das Gesetz Eyskens oder: das Opfer des kleinen Mannes

Für die Initiative und leitende Idee dieses brisanten Gesetzentwurfes, der bereits im November des vergangenen Jahres geboren wurde, zeichnet der gegenwärtige Ministerpräsident des christlich-sozial-liberalen Koalitionskabinetts in der Rue de Loi verantwortlich. Gaston Eyskens, aus den katholischen Gewerkschaften hervorgegangen, an der Universität Löwen Professor der Nationalökonomie, hat damit dem Gesetz seinen Namen gegeben. Ob er sich mit diesem Gesetzeswerk auch einen Namen — und welchen — in der belgischen Geschichte und in den Annalen der Nationalökonomie machen wird, ist eine Frage, die allein das belgische Volk und die Zukunft entscheiden werden.

Der dezidierte Sinn dieses Gesetzes ist es nach Eyskens, durch einschneidende Reformen, Strukturveränderungen und Sparmaßnahmen auf den Gebieten der Wirtschaft, der öffentlichen Finanzen, der Steuern und der Sozialpolitik die notleidende Wirtschaft Belgiens aus der Sackgasse wieder herauszuführen. Dieses Projekt, durch das von der Regierung alle Steuer-, Spar- und Reformvorschläge in einem einzigen Gesetzentwurf dem Parlament vorgelegt wurden mit der Bedingung „à prendre ou à laisser!" (nur als Ganzes anzunehmen oder abzuleh-

nen, daher „Einheits-Gesetz"), ist ein Wälzer von nicht weniger als 7 Einzelgesetzen und 133 Artikeln. Ein pfiffiges, wenn auch in der Sache nicht unbedingt überzeugendes Argument hatte darum der Minister für öffentliche Arbeiten, Omer V a n a u d e n h o v e , vom liberalen Flügel der Regierung, gegen die Opposition zur Hand, indem er behauptete, die Arbeiter seien nur aufgehetzt von ihren Führern, denn Tatsache sei, daß das Volk dieses Gesetz gar nicht kenne. Nun ja, wenn man an die 7 Gesetze und 133 Artikel denkt, mag der Minister recht haben. Fragt sich jetzt nur, wieviele oder wer überhaupt von den Abgeordneten im Parlament, die inzwischen ihr fraktions-diszipliniertes ‚Ja' zu dieser Vorlage abgegeben haben, diese erschöpfende Gesetzeskenntnis hat.

Was aber das Einheits- und Spargesetz besagt und an wirklich unleugbaren Härten in erster Linie für die Masse der Bevölkerung bereithält, konnte man nicht nur in den Wandelgängen der Kammer erfahren. Man konnte recht deutlich überall, auf der Straße, beim Einzelhändler und in den Bistros, die Leute sehr detailliert leidenschaftlich darüber diskutieren hören. Die Belgier wußten schon, warum sie streikten und demonstrierten: Zu der geplanten Sanierung und Umordnung der belgischen Wirtschaft, zur Restaurierung der Staatsfinanzen und zum Abbremsen der anhaltend wachsenden Verschuldung sollen auf dem Wege über dieses Spargesetz rund 10 Milliarden Bfrs. durch Einsparungen am Staatshaushalt und weitere ca. 10 Milliarden Bfrs. aus Steuererhöhungen — von denen 9 Milliarden Bfrs. auf die indirekten Steuern entfallen! — eingebracht werden.

Die Masse der belgischen Angestellten und Arbeiter sehen nun in diesem ‚loi unique' einen miserablen Anschlag auf ihre wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen. Sie verweisen darauf, daß die Einsparungen nach dem Einheitsgesetz die Heraufsetzung des Pensionsalters für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes von 55 auf 60, bzw. von 60 auf 65 Jahre vorsehen, die Steigerung des Rentenbeitrages der Arbeitnehmer von 6 auf 7,5 Prozent vom Lohn und zugleich die Kürzung der Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung. Böses Blut machte zudem unter den Arbeitern die mindestens psychologisch, wenn nicht auch in ihrem praktischen Nutzwert, fragwürdige Einführung einer verschärften Arbeitslosen-Hauskontrolle. Auch die geplanten Steuererhöhungen, von denen mindestens 80 Prozent die indirekten Steuern betreffen, fühlt der kleine Mann auf seine Tasche gerichtet, da sie auf dem Umweg über die nachfolgende Erhöhung der Preise auf Waren und Dienstleistungen am Ende zu einer weiteren Verteuerung seiner Lebenshaltung sowie zu einer Gefährdung der Währung führen müssen. Das gleiche gilt von der Heraufsetzung der Umsatzsteuer von 5 auf 6 Prozent. Tatsächlich sah sich also die Masse des Volkes klar der Tatsache gegenüber, daß sie selbst die Zeche des verlorenen (an die Freiheit verlorenen!) Kongo, der verfehlten Wirtschaftspolitik und der finanzpolitischen Mißwirtschaft fast in der gesamten Höhe zahlen soll, und erbittert stellten die so Geneppten fest, daß die dünne Schicht der Millionäre ihre einstigen Riesengewinne aus dem Kongo ohne gesetzliches und erst recht ohne moralisches Handicap vergnügt weiter ins profitablere Ausland tragen.

Man sieht also, daß die einfachen Menschen sehr wohl wußten, worauf es in diesem Spargesetz ankam und worum es für sie alle ging. Ganz so naiv und gutgläubig — wie Minister Vanaudenhove zu wissen glaubte — schienen die Streikenden ihren Führern doch wohl nicht gefolgt zu sein. Um so verständlicher wird unter diesem Gesichtswinkel jetzt auch der rapide Ausbruch der Massenstreiks, Demonstrationen und Tumulte in dem Augenblick, als das Spargesetz zur Diskussion kam. Die öffentliche Meinung war nun am Ende mit ihrer Ge-

duld. „Le Peuple", das Organ der Sozialisten, schrieb in den Tagen des Kampfes: „Diese Regierung von Unfähigen muß endlich abtreten!"

Eine Nation voller Gegensätze

Erwiesenermaßen, das zeigte schließlich ja der Ausgang des Streiks, hatte auch die Regierung ihre Parteigänger; auf der parlamentarischen Ebene waren sie sogar eindeutig in der Mehrheit. Wie anomal diese ganze Situation und das Kräftespiel rund um das Einheitsgesetz im Grunde ist, wurde in einem Gespräch mit einem Senator der Sozialistischen Partei Belgiens (PSB), dem früheren Minister Léon Troclet, deutlich, der das weitläufige Problem auf die kurze Formel brachte: „Im Parlament sind zwei Drittel dafür, im Volk zwei Drittel dagegen."

Der Schlüssel zu diesem mit schlicht-demokratischem Verstand nicht zu ergründenden Geheimnis liegt in eben jener weiter oben bereits festgestellten latenten Interessenkollision vielseitig verschachtelter und querverbundener Mächtegruppen. Schon äußerlich und jedem Fremden erkennbar ist Belgien in zwei große, unterschiedliche Teile gegliedert, um nicht zu sagen, getrennt: in der nördlichen Hälfte des gemeinsamen Königreichs liegt Flandern, das große Gebiet der ehemals den Niederlanden abgerungenen Provinzen, in Südbelgien die Wallonie. Rein zahlenmäßig ist das Verhältnis zwischen beiden Bevölkerungsgruppen, die Flamen mit 5 Millionen und die Wallonen mit 4 Millionen, annähernd ausgewogen. Aber andere, schwerwiegendere Unterschiede trennen und haben auch oft genug in kritischen Lebensfragen zum beiderseitigen Schaden die einen und die andern auseinandergerissen, es sind Unterschiede der Lebensart und Kultur, der sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen und letzten Endes auch der politischen Reife und des politischen Standpunktes. Das vorwiegend bäuerliche Volk der Flamen in den weiten, flachen, meist agrarisch genutzten Landstrichen Flanderns, das lange und zäh (bis 1958) um das Recht seiner eigenen Sprache gekämpft hat — heute ist das Flämische neben dem Französischen gleichberechtigte Parlamentssprache —, dieses schwerblütige Volk aus niederländischem Stamm ist konservativ, royalistisch, katholisch. Im landschaftlich abwechslungsreicheren Süden des Landes lebt und arbeitet die Mehrzahl der dortigen wallonischen Bevölkerung auf engem Raum zusammen schon seit Generationen in den bekannten (oder mindestens durch den Streik bekannt gewordenen) Zentren der belgischen Schwerindustrie, im Bereich der Linie Lüttich, Namur, Charleroi, Le Centre, Mons und Borinage. Das französisch geimpfte Temperament der Wallonen bestimmt auch ihre ganze Haltung im und zum Leben: fortschrittsfreudig, bewußt demokratisch, frei im Denken und Handeln.

Diese Kriterien bestimmten denn auch weitgehend die Positionen und Frontstellungen beider Volksteile im Ablauf der Streikbewegung. In Flandern war es die konservative Königstreue, verbunden mit dem nachdrücklichen Zuspruch der Kirche, die maßgebenden Einfluß auf das Ja zu Regierung und Einheitsgesetz ausübte. Die Wallonen dagegen, mit ihrem kritischen und beweglicheren Sinn für Realitäten, obwohl gut christlich, doch von klerikaler Seite kaum zu beeinflussen, selbstbewußt als Klasse in der Standesorganisation ihrer Gewerkschaft (der sozialistischen natürlich) marschierend, sagten als erste in Belgien entschieden Nein zu diesem Gesetz und dieser Regierung — und griffen zur sozialistisch roten Fahne oder zum Banner der Wallonie. Es wäre nun aber falsch, aus den dargestellten Gegebenheiten in den beiden Volksräumen schließen zu wollen, daß sich die Frontlinie der „Für" und „Wider" im Streit um das Einheitsgesetz mit dem Verlauf der flämisch-wallonischen Sprachgrenze säuberlich gedeckt habe. Keines-

wegs. Wie sich vielmehr aus örtlichen und zentralen Streikberichten, aus Presseberichten des Landes, aus Gesprächen mit Wallonen hüben und Flamen drüben heraushören ließ, war die Front — im regionalen Sinne! — nie starr, sondern im Gegenteil ständig im Fluß. Gegenüber einer Minderheit von Parteigängern des Regierungskurses im wallonischen Süden (was sich aus der sozial- und parteipolitischen Zusammensetzung der dortigen Bevölkerung mit einer eindeutigen Mehrheit von Arbeitnehmern und gewerkschaftlich Organisierten bzw. sozialistisch Orientierten leicht erklärt), war umgekehrt im Flandrischen von starken Sympathien für die Streikbewegung die Rede. Dies vor allem natürlich auch überwiegend in den Kreisen der vom Gesetz Eyskens direkt Betroffenen, unter denen wiederum die Arbeitnehmer in der Mehrzahl sind. Ja, es hatte zeitweise den für die Regierung in Brüssel bedrohlichen Anschein, daß die flämischen Arbeiter, dem Zuge ihres unwillkürlichen Gefühls der krassen sozialen Benachteiligung folgend, sich geschlossen mit der von Lüttich ausstrahlenden Streikbewegung vereinigen würden. Immerhin hatte auch in nicht wenigen flämischen Industrieorten der Streik schon Fuß gefaßt. Aber der Zusammenschluß der flämischen und der wallonischen Gewerkschaften — das heißt praktisch der in Flandern dominierenden katholischen und der in der Wallonie maßgebenden sozialistischen Gewerkschaften — hätte den Generalstreik bedeutet. Das wäre nicht nur das sofortige Ende des Spargesetzplanes gewesen, sondern der Tod des Kabinetts Eyskens. Diese Gefahr erkannten offensichtlich auch die Regierungsverantwortlichen in Brüssel. Freilich war die Position Eyskens' innerhalb des Parlaments durch die überlegene Stimmenmehrheit der beiden Koalitionsparteien für die Opposition unangreifbar. Das war das schon erwähnte Zwei-Drittel-Mehrheitsverhältnis für die Gesetzesvorlage.

Aber hier ging es direkt um das Volk. Man darf darum — ohne sich auf das Gebiet der Spekulation begeben zu müssen — wohl vermuten, daß es nicht ganz von ungefähr geschehen war, wenn sich alsbald eine deutliche Gewichtsverschiebung bemerkbar machte. Der Streik verlor in Flandern an Boden. Während der sozialistische Gewerschaftsführer, André Renard, mit Sitz im maison du peuple von Lüttich, das Heft der Streikbewegung fest in der Hand hatte, lehnten die christlichen Gewerkschaften, deren Domäne der flämische Norden ist, unter ihrem regierungsfreundlichen Vorsitzenden Pierre August Cool nach Verhandlungen mit Brüssel jede Beteiligung am Streik offiziell ab. Eine Schlacht für Eyskens war gewonnen. Flamen waren gegen Wallonen, katholische Gewerkschaftler gegen christlich-soziale Gewerkschaftler. Die alten Wunden der vielen innerbelgischen Gegensätze waren wieder aufgerissen und bluteten aufs neue. Die Flamen fürchteten, von den Wallonen politisch überspielt zu werden, wenn die Regierung Eyskens gehen müßte, und erhofften sich auf der anderen Seite von dem wirtschaftlichen Expansionsplan des neuen Gesetzes wirtschaftliche Vorteil für ihre Gebiete. Die Wallonen fühlten sich dagegen von den Flamen unerträglich majorisiert. Tatsächlich begünstigt das Stimmenverhältnis im Parlament die Flamen ausgesprochen: von den insgesamt 212 Abgeordnetensitzen sind allein 104 durch die Vertreter der flämischen Provinzen besetzt; den wallonischen Provinzen stehen 76 Sitze zur Verfügung; die restlichen 32 Sitze haben die Abgeordneten des flämisch-wallonisch gemischten Gebietes Brüssel inne.

Hie Flamen — hie Wallonen

Aus diesen scharf kontrastierenden Tendenzen ergab sich dann zwangsläufig ein neues, wesentlich politisches Moment: der Kampf um die Autonomie, der in eigener Sache sowohl auf flämischer wie auf wallonischer Seite aufgegriffen

wurde. Es muß allerdings gesagt werden, daß die Wallonen in der Verfechtung ihres Wunsches nach völkischer Selbständigkeit wesentlich entschiedener und klarer waren und auch weitergingen, während sich die Flamen etwas mehr Gewehr-bei-Fuß verhielten, weil sie — nach entsprechenden Äußerungen zu urteilen — offenbar nachteilige Konsequenzen glaubten fürchten zu müssen, wenn der Austritt der Wallonie aus dem gemeinsamen national-wirtschaftlichen Verband akut werden sollte. Immerhin ist das wallonische Industrierevier noch das „Ruhrgebiet Belgiens". Übrigens dachten auch die Wallonen — als deren Wortführer in der Sache der Autonomieforderungen vor allem die Sozialisten André Renard und Léon Collard hervortraten — nicht an eine Spaltung oder gar Auflösung der staatlichen Einheit. Auch für sie war es betontermaßen lediglich eine volkstumsbedingte Frage, die von der alten Devise des belgischen Zwei-Völker-Staates mit der Forderung charakterisiert wird: Flandern den Flamen! Die Wallonie den Wallonen! Politisch präzisierten die wallonischen Autonomisten ihr Ziel als einen Bundesstaat, etwa nach dem Muster der Schweiz, mit weitgehender Selbständigkeit in Verwaltung, Kultur, Wirtschaft und Finanzen in bezug auf das belgische Innenverhältnis und mit Beschränkung der bundesstaatlichen Souveränität möglichst nur auf die gemeinsame Außenpolitik. Auch um diese Bewegung ist es nach dem Ende des Streiks wieder stiller geworden, soweit ein ausländischer Betrachter diese inneren Dinge verfolgen kann. Aber die starke Verwurzelung dieses besonderen Problems erlaubt unschwer die Vermutung, daß es nicht tot, sondern allenfalls scheintot ist. Um eine Nation derart heterogener Bevölkerungsgruppen wirklich organisch zusammenzuschweißen, bedarf es einer staatlichen Führung von gewiß anderen Qualitäten, als sie beispielsweise die Regierung des Premierminister Eyskens anhand ihrer bisherigen Politik bis zur jüngsten Staatskrise und in ihrer Reaktion auf den Streik dem belgischen Volk gezeigt hat.

Die „Straße"

Man fand es immer wieder in den Streiktagen durch die Äußerungen der aufgebrachten Männer und Frauen aus allen Schichten des sozialen Bevölkerungsaufbaus bestätigt, daß Eyskens allzuviel Öl ins Feuer der allgemeinen Empörung geschüttet hatte, indem er zu wiederholten Malen die Teilnehmer und Sympathisierenden der oppositionellen Streikbewegung als „die Straße" apostrophierte. So mußte sich jedermann in Belgien, der nicht stramm regierungstreu ist und aus gegebenem Anlaß von dem verfassungsgemäß verbrieften Recht auf Streik und Demonstration Gebrauch zu machen wünschte, sich als Mob diffamiert fühlen. Das kam begreiflicherweise sehr schlecht an bei den kleinen Angestellten und Arbeitern, die sich in ihrem eigenen Staat nicht als Bürger letzter Ordnung und als Schlimmeres behandelt wissen möchten. Die „Straße", das mußten auch viele kleinere Geschäftsleute, Lehrer, Rechtsanwälte und Notare auf sich beziehen. Denn auch sie lehnten das Spargesetz ab, weil sie nicht für die Sünden der Regierung und des Großkapitals zahlen wollen. Auch viele von ihnen hatten zum Ausdruck der Sympathie mit den Streikenden die Schaufensterläden dicht gemacht, die Schulkinder nach Hause geschickt, ihre Anwalts- und Notariatskanzleien demonstrativ geschlossen. War das alles „Straße" und „Mob"? Durfte man denn diese Bürger — nur weil sie mit bestimmten Regierungsmaßnahmen nicht einverstanden waren und daraus kein Hehl machten — mit den „blouses noires" in einen Topf werfen, die Halbstarken, die dort wie überall sich ungerufen einfinden, wenn sie hoffen, im Trüben fischen und auf Krawall machen zu können? (Aber den Bundesdeutschen werden ja dieser Ton, solche Denunziation nicht ganz neu sein. Manche von ihnen haben ihn kennen gelernt, wenn sie so oder so gegen

Wiederaufrüstung, NATO-Politik, Atomrüstung oder auch für Verständigungsbereitschaft zwischen den Völkern geschrieben, gesprochen oder gar demonstriert haben!)

Für belgische Abrüstung

Es war aber nicht nur diese erstaunliche Ähnlichkeit des Umgangstones der Brüsseler wie der Bonner Regierung im Verkehr mit ihren jeweiligen opponierenden Bürgern, die dem Bundesdeutschen in Belgien auffiel. An der Streikfront kam neben den zahlreichen intern-belgischen Problemen auch ein völlig andersartiges Problem zur Sprache, das nicht nur dem Gegenstand, sondern mehr noch wegen der Art der Erörterung durch die Streikenden und wegen ihrer Stellungnahme der größten Aufmerksamkeit weit über Belgiens Grenzen hinaus sicher sein dürfte. Schon im Dezember 1960 konnte man einen Bericht der „Neuen Zürcher Zeitung" über die innenpolitische Lage Belgiens lesen, der vom Parteikongreß der belgischen Sozialisten u. a. folgendes zu melden hatte: „... Die Diskussion über außenpolitische Probleme nahm oft tumultuösen Charakter an ... Es wurden Reden zugunsten des Austritts aus der NATO, für eine einseitige Abrüstung Belgiens und eine neutralistische Politik gehalten ..." Nach derselben Meldung war eine Resolution im Kongreß angenommen worden, mit einem Zusatzantrag, der sich „gegen die Errichtung deutscher Militärbasen in Belgien" ausspricht.

Sicher nicht nur aus platonisch nachbarlicher Teilnahme an den Sorgen der Belgier schenkten die großen bundesdeutschen Tageszeitungen diesem belgischen Streikthema größte Beachtung, nicht ohne offensichtlich besorgt die Stirn zu runzeln, was wiederum den Kanzler in Röhndorf als zuverlässiges Attest unerschütterlicher NATO-Treue gefreut haben wird. In der „Stuttgarter Zeitung" von Ende Dezember 1960 befaßt sich ein Leitartikel unter der Überschrift „Der Streik" mit den Äußerungen entschiedener Rüstungsfeindlichkeit der Sozialisten auf ihrem Parteikongreß in Brüssel, und dies noch besorgter. Auch er wußte zu berichten, daß sich „eine sehr starke antimilitaristische und pazifistische Strömung geltend gemacht" habe. Auch er erwähnte die von sozialistischer Seite gestellten Forderungen nach Austritt aus der NATO, Kontaktaufnahme mit dem Osten zur Beschränkung der Atombewaffnung, Anerkennung Chinas und Herabsetzung der belgischen Streitkräfte auf ein Minimum. Das wäre noch kein Anlaß, diesen Leitartikel zu zitieren, wenn nicht der Verfasser mit Bezug auf die Vertreter solcher Forderungen in den Reihen der belgischen Sozialisten vom „Geist des Radikalismus" gesprochen hätte. Wie interessant! Menschen, die in ihrem eigenen Hause, europäische Sozialisten, die auf ihrem eigenen Parteitag das Verlangen nach Abrüstung, Entmilitarisierung, friedlichen Völkerbeziehungen äußern, sind eben dieser Äußerungen wegen in den Augen dieses Leitartiklers „Radikalinskis", also politisch höchst suspekte Individuen.

Daß so etwas in der Bundesrepublik eigentlich nicht mehr überraschen kann, ist ein böses Zeichen für den Mißerfolg der uns Deutschen nach dem letzten Krieg so dringend nahegelegten Demokratisierung. Aber das ist unser deutsches Problem. Oder zeigt sich an dieser Stelle nicht der Berührungspunkt unserer Sorgen mit denen unserer belgischen Nachbarn? Auch dort wird NATO-Politik gemacht. Auch dort beschimpft man den politischen Gegner, wenn er die Frage der Demokratie einmal unmißverständlich stellt; und auch dort spricht man von „Opfern", die der Bürger für den Wohlstand und die „Freiheit der Arbeit" — wie Eyskens sagte — bringen soll, während er in Wirklichkeit für die politischen und wirtschaftlichen Fehler einer Regierung bezahlen soll, die sich außerdem aber seine Kritik praktisch verbittet.

Die unheilige Allianz

Die Fahnen des belgischen Streiks sind wieder eingerollt. Die vier Toten dieses heißen Konflikts zwischen der Brüsseler Regierung und ihren Gegnern sind inzwischen bestattet. Gaston Eyskens hat sein Gesetz selbst ein „hartes" und ein „mutiges" Gesetz genannt. Daß dieses Gesetz, wie es in der Öffentlichkeit diskutiert wurde, hart ist, wird wohl nur von ganz wenigen Belgiern bezweifelt werden. Und Mut gehörte tatsächlich auch dazu, es dem Volk vorzulegen. Aber die allgemeine Stimmung im Lande spricht dafür, daß man es dort eher einen traurigen Mut nennen würde.

Die Regierung Eyskens hat — bis zum gegenwärtigen Stand der Dinge wenigstens — triumphiert. Sie hat sich von den schweren Bedenken der Volksmehrheit weder umstimmen noch zwingen lassen, das Spargesetz zurückzuziehen. Aus der sozialdemokratischen „Stockholms Tidningen" stammt die Feststellung: „Die unheilige Allianz zwischen Thron, Altar und Geldbeutel ist in Belgien immer noch Wirklichkeit." Sicher sind diese Mächte im Rücken einer Regierung einige Bataillone Fallschirmjäger wert, und Premierminister Eyskens wird ihnen Dank schulden, sofern „Stockholms Tidningen" mit ihrem Urteil recht hat. Belgiens Premier mag gesiegt haben; aber Belgiens Demokratie hat eine Schlacht verloren. Nichts hat sich geändert. Das Leben in Belgien geht irgendwie weiter. Aber die Probleme blieben.

Dr. Harald von Waldheim

Mut und Demut vor der Wirklichkeit

Politik ist Ringen um die Wirklichkeit. Alle denkenden Menschen in der Welt und zumal in Deutschland schworen sich im Jahre 1945, daß es mit den „Ismen" nun Schluß sein solle. Die Worte waren abgenutzt. Die Menschen waren nüchtern geworden. Unübertrefflich in ihrem nüchternen und dennoch nicht lieblosen Witz — echtem politischem Witz — waren, wie immer, die Berliner.

Ein guter Witz ist ja stets Ringen des Geistes um realistische Erkenntnis. Und so nannten denn die Berliner die Amerikaner: die Russen mit der Bügelfalte, ohne ihnen damit das geringste „anhängen" zu wollen. In diesem Erkennen lag zugleich ein tiefer Willen nach Frieden: kein idealistischer „Neutralismus", sondern sehr einfach die bewußte Feststellung, daß sich dort, im Berlin von 1945, zwei große Völker begegneten, an denen man genau so gut das Gemeinsame realistisch erfassen, wie das Trennende bewußt suchen kann, um sich aus diesen Unterschieden einen neuen Popanz zu machen.

Wir behaupten in tiefstem Ernst, daß die Haltung hinter diesem Witz christlich war. Ein Christ geht nicht durch die Welt und erzählt jedem, daß er in einem unvereinbaren Gegensatz zu seinem Nächsten steht. Die Menschen und auch die Völker sind ohnehin verschieden. Aber der, der umgeht, um das Verschiedene zu suchen, zu betonen, als unversöhnlichen Gegensatz fordernd herauszustellen,

der sät Haß. Aber der, der mit ein wenig Humor den Gegensatz zwischen zwei Wesen so ausdrückt, daß ihr Gemeinsames und Menschliches betont wird, der sät Liebe. Damals — ja damals! — wollten wir ja mit dem übrigen Gerümpel auch das mechanische Denken in „Erbfeinden" aus dem Fenster werfen.

Wer Geschichte kennt, muß ja aus ihr eine Lehre ziehen: Erbfeinde, und vor allem Erbfeindschaften aus weltanschaulichen Gründen, gibt es in der Politik überhaupt nicht. Um die Glaubensfragen der Reformation war ganz Europa bis auf den Grund zerstritten. Aber im Dreißigjährigen Kriege verbündeten sich Protestanten mit Katholiken, Katholiken mit Protestanten, bis keiner mehr wußte, was „Weltanschauung" war.

Und bis heute ist dieser „große, unversöhnliche Gegensatz" ungelöst. Fast dürfte man sagen: er interessiert im Grunde herzlich wenig. Millionen und Millionen protestantischer Amerikaner haben für einen katholischen Präsidenten gestimmt.

Und so sind auch Millionen und Millionen von Russen in zwei Weltkriegen, unter zwei völlig verschiedenen Regimen, unter anderem auch dafür gefallen, daß die USA wieder Frieden hatten.

Realisten stellen angesichts einer Kriegsgefahr immer die gleiche (und immer die gleich unangenehme) Frage: „Ach bitte, erzählen Sie uns doch, wie dieser Krieg e n d e n soll? Bitte erzählen Sie uns von Ihrem Kriegs z i e l, und nicht von Ihrem Streit." Diese Frage nach dem Z i e l e i n e s d r i t t e n W e l t k r i e g e s ist eine sehr unangenehme, streng verpönte. Warum? Weil jeder weiß, daß am Ende eines solchen Krieges die beiden mächtigsten Kontinentalrepubliken der Erde — Frieden schließen müßten. Vielleicht sähen dann ihre Regime — ihre Regierungssysteme — etwas anders aus als heute. Aber warum bei einem solchen Friedensschluß die Polen oder die Tschechoslowaken die Prügelknaben sein sollten — das, ja das hat noch kein deutscher Politiker uns erklären können. Ganz im Gegenteil: jede, aber auch jede realistische Vermutung spricht dafür, daß sie die guten Kinder bei einer solchen Friedenskonferenz sein würden — „so oder so", wie Herr H i t l e r immer brüllte. Warum also dann nicht — wenn schon nicht Christen, dann jedenfalls die richtige Intention, die friedliche und ordentliche Gesinnung, hinter dem Berliner Witz von 1945 realistisch erkennen? Am Ende eines dritten Weltkrieges wäre Deutschland eine Trümmerwüste unter Giftschwaden; die Flamme der Freiheit, die seit 1914 nur noch flackert, wäre erloschen, und zwei große Völker, die den Sieg der Technik auf ihre Fahnen geschrieben haben, würden den Frieden der Ärzte und Ingenieure schließen.

Auch sollten wir einsehen, daß mit jedem Monat des „kalten Krieges" die Realität der Bügelfalte schrumpft. Ein liberales Wirtschaftssystem ist nur in einer Atmosphäre des Friedens haltbar. Schon in einem kalten Kriege muß der amerikanische Staatshaushalt riesige Teile des Sozialprodukts, gewaltige Kräfte an menschlicher Leistung, an sich binden. Ein großer kalter Krieg fordert Planwirtschaft auf allen Gebieten, und dauert dieser kalte Krieg sehr, sehr lange, so gewöhnt sich jedermann an diese Planwirtschaft. Auch hier gelten Worte nichts. Der Herr vom Finanzamt an der einen Türe, und Vater Staat als Auftraggeber an der anderen Türe sind in allen Ländern des kalten Krieges harte Realitäten. Die Großen planen mit — ob sie nun wollen oder nicht. Und die Kleinen werden verplant, ob sie nun wollen oder nicht. Es ist diese unheimliche Ähnlichkeit, ja wesentliche Gleichheit der technischen Lebensform auf dem gesamten Erdball, die das echte Zeichen unserer Epoche ist.

*

Über uns Deutschen hängt ein seltsamer Stern. Erst haben wir, deutsche Philosophen und Sozialhistoriker, den „Marxismus" sozusagen erfunden. Dann haben

wir Lenin im versiegelten Waggon in seine Heimat geschickt. Dann hat der Nationalsozialismus mit jedem Mittel der Politik und des Krieges die Randstaaten zwischen der UdSSR und uns kurz und klein geschlagen. Schließlich haben wir mit der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und der Hallstein-Doktrin diese neuentstandenen Randstaaten mit jedem Mittel in den Bannkreis der russischen Politik erneut hineingetrieben. Und während dies alles geschah, haben wir — auf beiden Seiten der Elbe-Linie — immer feste geblasen, auf daß sich das freie Wirtschaftssystem zu einer Rüstungswirtschaft entwickelte, das Licht einer wirklich sinnvollen Friedenswirtschaft aber zu erlöschen droht.

Es ist eine lange, lange Liste echter deutscher Narrheit, für die wir doch eigentlich ein Denkmal haben müssen: Michel, der „Idealist", als „Politiker", der stets genau das Gegenteil von dem tut, was er angeblich will: den immerhin stets prekären Frieden in einer geographischen Mittellage ohne feste natürliche Grenzen, in einem gewaltigen Spannungsfeld der Völker seit eh und je, zu erringen.

Die zwei Hälften Deutschlands kann man mit zwei Fahrern vergleichen, die gemeinsam einen schweren, mit Dynamit geladenen „Brummer" über nächtliche und holprige Landstraßen lenken sollen. Ihr Leben und das Leben der Dörfer und Städte, die sie durchfahren, hängt von der Vorsicht ab, mit der sie ihre Aufgabe erfüllen. Was tun sie? Sie zanken sich. Der eine schwenkt den Geldsack und die Bibel, der andere eine Doktrin, von der die über die Kurve gegangene Technik der Vernichtung überholt wurde. Der eine brüllt, zerschlägt die Fensterscheiben, verbrennt dem anderen die Jacke und behauptet, er wäre ein Demokrat, während er ja mit diesen Manieren nur außen weiß, innen aber braun ist; und der andere hat Zuchthaus und Gefängnis für jeden bereit, der einen falschen Zungenschlag hat.

Und schon, lieber Leser, haben Sie über diesem letzten Satz das Bild der Wirklichkeit vergessen, nicht wahr? Schon denken auch Sie nur noch an den Streit der Doktrinen und nicht mehr an diese furchtbar ernste Aufgabe der Fahrer! Ja, wir — wir Deutschen — müssen tatsächlich klarer denken als die Menschen weitab von der Landstraße. Es war unser Krieg, und seine Folgen sind unser Kreuz: darum geht's und sonst um nichts mehr. Entsetzliches ist seit 1933 geschehen. Die braune Welle war ein Aufstand gegen alle Wurzeln der Menschheit; ihr Rückstoß war harte Vergeltung derer, die diese Welle am meisten getroffen hatte.

Angenommen, wir wären Kanadier gewesen oder Mexikaner und hätten diesen Krieg gegen die Polen, Russen, Ukrainer, Tschechen, Slowaken und sonstige Menschen in den USA geführt: ja, glaubt denn ein Mensch, sie wären dann freundlicher gewesen als die Völker des Ostens mit uns? Die Amerikaner sind vor allem ein hartes, männliches Volk. Sie hätten uns eine Lektion erteilt, die durch die Weltgeschichte gehallt hätte, daß wir das Wiederkommen auf immer vergäßen, eine Lektion nach allen Regeln des Alten und nicht des Neuen Testaments.

Aber dennoch sollten wir diesen beiden Fahrern nicht mit hämischer Kritik allein begegnen. Wir in der Bundesrepublik sollten uns jeden Tag klar machen, daß die Menschen in der DDR gewaltige Reparationen gezahlt und nicht, wie wir, erhalten haben. Hätten wir alle die Apfelsinenkisten und Kaffeesäcke und Sektflaschen und Autos, wenn wir (dreimal so groß, also dreimal soviel) neunzig Milliarden DM hätten blechen müssen? Welche Regierungsform hätten wir dann — denn niemand ist ja gerne arm? Und umgekehrt: das Bild von dem Geldsack und der Bibel ist nicht das ganze Bild. Auch wir haben die Vorzüge unserer Fehler! Mit amerikanischer Hilfe und der Technik an unserer Seite haben wir unser Haus materiell vorerst in Ordnung bringen können — selbst der „Meckerer" lebt bei uns (materiell) gut. Freilich: Wer bei uns denkt, ist über uns selbst entsetzt! Aber Ihr werdet schon wissen, was bei uns besser ist, und sei es auch

nur das Faktum, daß ich diesen Aufsatz bei Euch nicht schreiben und drucken lassen könnte, ohne (heute oder morgen) für den politischen Prozeß vorgemerkt zu sein. Es ist besser, ohne Furcht vielleicht falsch zu denken und die magere Frucht des Erkennens offen formulieren zu können, als ängstlich nach der „Linie" schielen zu müssen!

Es gibt Mut, Demut und Hochmut (auch Arroganz genannt). Wessen sind die Fahrer anzuklagen? Was mangelt ihnen beiden? Frieden, so sagt das Neue Testament, ist Mut und Demut. Ist es nicht wahr, daß diese streitenden Brüder ein Übermaß an Hochmut und einen gefährlichen Mangel an Mut und Demut aufweisen? Hinter einer Doktrin läßt sich das eigene Machtgelüst so wunderbar verstecken.

Mut und Demut des realistischen Erkennens gehören dazu, in unsere Geschichte zu blicken. Die Geschichte unserer inneren Wanderungen ist seit ungefähr 1830 ein einziges, unaufhörliches tägliches Abströmen der Menschen von Osten nach Westen. Dort, wo die Rohstoffe knapp sind, das Klima härter ist und keine großen Ströme und Wege zu den Weltmeeren führen, ist das Leben immer schwerer. Immer mangelte es dort mehr an Gelegenheiten. Immer lockte der große Arbeitsmarkt, das riesige Siedlungsgebiet um die Zentren der westlichen deutschen Industrie. Das eigentliche materielle Problem Deutschlands war und ist seit langer Zeit diese Industrialisierung mit ihrem Strom nach Westen. Wieder stellt sich eine realistische Frage: Der Potsdamer Vertrag hat diesen stetigen Abstrom in einen reißenden Fluß verwandelt — wäre das nun a n d e r s gewesen, o h n e die Teilung? Würde es anders sein, wenn die Wiedervereinigung käme? Oder würde ein freigewählter Bundestag aller Deutschen sagen: „Halt, das wollen wir nicht!" Wollte er diesen Abstrom nicht, was würde er zu beschließen haben? Ein Republik-Flucht-Gesetz, als Zuzugsgenehmigung in den Westen getarnt? Industrielle Hilfe, also Planung der Betriebe, für das Gebiet der DDR? Bodenreform, um dem Durchstrom der Vertriebenen Einhalt zu gebieten? Vorläufig, unter dem Triumphgeschrei des besseren Systems, haben wir diese freie Tendenz zur Ballung extremster Art mit jedem Mittel gefördert. Die Motive der Wanderung würden wechseln, aber die Tendenz selbst würde bleiben, es sei denn, wir würden uns ihr entgegenwerfen. Ist sie falsch? Die Fahrer sollten eine Pause machen und sich mit Mut und Demut darüber unterhalten.

Und genau so, genau so realistisch heißt es über Demokratie nachdenken. Wir gehen einem Einparteiensystem entgegen. Vielleicht haben wir es schon. Warum? Weil wir das Kind mit dem Bade ausschütteten. Das Listenwahlsystem hat schon den Reichstag der Weimarer Republik unterminiert, die Abgeordneten zu Apparatschiks der Partei-Zentrale gemacht, den Interessentenhaufen grünes Licht gegeben. Es ist vermutlich für uns musikalische Deutsche mit ihrem ewigen Streben nach Harmonie und nach dem großen Dirigenten besonders verderblich. Der Partei-Apparat selbst ist stets der „Große Bruder" — in Ost und West, auf dem gesamten Erdball.

Die Fahrer sollten eine Pause machen und sich fragen, ob Demokratie nicht restlos neuer Formen bedarf, um überhaupt noch Realität zu sein. Sie haben die gefährlichste Fahrt aller Völker durchzuführen. Also müssen sie auch mehr erkennen und mehr denken als die übrigen Fahrer. Wir haben die Nazi-Erfahrungen hinter uns — das Extrem des Parteiapparates mit dem großen Dirigenten und dem Personenkult um ihn. So also geht es nicht. Konformismus und Personenkult sind wieder da. Sie steigern sich. Notstandsgesetze liegen in den Schubladen, die dieses ganze System so festigen werden, daß alle Demokratien im Namen des „Schutzes der Demokratie" kurz und klein gehobelt werden. Was also dann? Was wollen wir? Von unserer maßlosen Wiederaufrüstung ist hier

noch gar nicht gesprochen worden! Wie fahren wir auf den Frieden zu und erobern der Demokratie und echter Freiheit auf dieser Fahrt eine neue Lebensform?

Vorläufig sind wir zehn bis zwanzig Jahre hinter dem Mond. Wir reden, als wäre es 1950, oder gar 1940. Wir müssen also vor den Mond kommen — um unseretwillen und der anderen Menschen willen. Wir haben eine Mission als Deutsche: die Mission des Mutes und der Demut vor der Wirklichkeit. Wer Frieden und echte Demokratie will, wird im Ringen um die Minimalforderungen beider Seiten eine neue Existenzform für ein Volk von siebzig Millionen Menschen an einer der Brandstellen des Erdballs finden. Auf eine Formel können wir uns einigen: Die Technik und die Naturwissenschaften als Umwelt-bestimmende Faktoren sind „aus der Kurve gesprungen", rasen auf den Tod zu. Jetzt bestimmt der W i l l e des Menschen zum F r i e d e n seine Existenz, denn nur, wenn dieser Wille der Maschine Herr wird (also gerade die umweltbestimmenden Faktoren überwinde), dann können wir den Frieden in beiderseitiger Demut mutig erringen. Das ist die neue Tatsache — und es gibt keinen Zweifel, daß die Russen und die Amerikaner diese Tatsache gemeinsam und im Wettbewerb herbeigeführt haben.

J o h a n n e s W e i d e n h e i m

Erbauungsliteratur für Selbstmörder

Gesetzt, man wäre Arzt mit eigener Praxis: da hätte man dann in neuester Zeit neben den zahlreichen Werbeprospekten für — als Lebenstonika oder dergleichen getarnte — libidinöse Stimulantia unter seiner Post zur Abwechslung einmal auch etwas anderes finden können:

„Bundesluftschutzverband, Ortsstelle . . . Sehr geehrter Herr/Frau Dr. . . . Der Bundesluftschutzverband ist vom Bundesministerium des Innern mit dem Aufbau des Selbstschutzes im Zivilen Bevölkerungsschutz beauftragt. Dazu kommt noch u. a. die Aufklärung und Unterrichtung der Bevölkerung über selbstschutzmäßiges Verhalten im Gefahrenfalle. Anliegend übersenden wir Ihnen einiges Aufklärungsmaterial mit der Bitte, es in Ihrem Wartezimmer als Lesestoff auszulegen. Sendung ist kostenfrei. In der Hoffnung, daß Sie unserer caritativen Aufgabe diese kleine Hilfe nicht versagen, grüßen wir hochachtungsvoll, . . . Ortsstellenleiter."

Nun, Arzt ist unsereiner zwar nicht, aber eine „eigene Praxis" hat schließlich auch der Schriftsteller, und so landete denn besagtes kostenfreies „Aufklärungsmaterial" auch bei mir, und da ich kein Wartezimmer habe, wo ich es als Lesestoff auslegen könnte, muß ich mich auf andere Weise damit beschäftigen. Was ich umso lieber tue, als es mir schon immer ein Bedürfnis war, „caritativen Aufgaben" hinter die Fassade zu leuchten.

So „kostenfrei", wie oben zur allgemeinen Beruhigung versichert wird, dürfte dieses Material übrigens gar nicht sein: erstens kostet es einen Teil unserer Steuergelder, und zweitens kostet es einen jeden, der ihm auf den Leim geht, seinen klaren Verstand.

Gemeint ist vor allem die vom „Bundesluftschutzverband" herausgegebene, recht aufwändig ausgestattete Subventions-Illustrierte „ZB" („Ziviler Bevölke-

rungsschutz"), — „ZB am Abend", möchte man da gleich in Umkehrung einer Berliner Presse-Assoziation sagen, und das hätte sogar mehr als nur einen kabarettistischen Sinn, denn gerade Berlin hat aus dem Zweiten Weltkrieg ungezählte Beispiele dafür überliefert, wie tapfer der Mensch den Kräften des technischen Krieges gegenüber sein kann, wie bitter wenig aber auch alle seine Tapferkeit etwas nützt, wenn es wirklich ernst wird.

Seit der „Bundesluftschutzverband" (BLSV) im Oktober vergangenen Jahres („. . . ein stolzer Tag") in eine „bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts" umgebildet und damit praktisch zu einem Patenkind des Bundesinnenministeriums befördert wurde, ist auf den Bundesbürger eine weitere Großoffensive im Gange: Zur Waffen- und Moralischen soll nun noch die Feuerpatschen-Aufrüstung kommen, um uns vollends einzuwiegen in den Schlummer einer Sicherheit, von der jeder schlichte Zeitungsleser wissen sollte, daß es sie gar nicht geben kann.

Hier gilt es jedoch nicht, zu höhnen, — zumindest nicht darüber, daß man sich über die Möglichkeiten des Bevölkerungsschutzes in einem kommenden Kriege Gedanken und sich auch Mühe macht, die Menschen gewisse Schutztechniken zu lehren. Denn schließlich ist das nur folgerichtig: Wer aufrüstet, muß auch an den Zweck der Aufrüstung denken, und das war bisher immer und überall nur der K r i e g. Nimmt man die Dinge „an sich", so leuchtet einem beim Lesen dieser Werbeschriften durchaus manches ein: Notvorräte, Erste Hilfe, Brandbekämpfung, Nachbarschaftshilfe, — das und ähnliches mehr hat seine alte, eigengesetzliche Vernünftigkeit, und unser Mensch, — gewohnt, bedroht zu werden und zu bedrohen — ist eben noch nicht so weit, daß er es vorzöge, die Ursachen von Katastrophen zu bekämpfen, statt sich, wenn diese eingetreten sind, mutig gegen ihre Wirkungen zu wehren.

Hier sehen wir aber schon, daß wir die Dinge eben n i c h t „an sich" betrachten können: Das Einrichten auf eine Katastrophe steht immer mit dieser selbst in engstem Zusammenhang. Noch mehr: es erhält seinen Sinn erst aus der Relation zu ihr. Einen Blitzableiter auf dem Dach zu haben, ist bei Gewitter gut, bei Hochwasser nur lächerlich. Luftschutz u m s e i n e r s e l b s t w i l l e n ist eine Schimäre.

Die Mystifikationen des BLSV nehmen damit ihren Anfang, daß er dauernd von „Selbstschutz", „Zivilschutz", „Luftschutz" redet, wo er ehrlicherweise und konsequent von „A t o m schutz" reden müßte. Denn er weiß selber ganz gut, daß der nächste Krieg ein Atomkrieg sein wird. Diesem gegenüber nun zu behaupten und das Volk glauben machen zu wollen, „erkannte Gefahr ist nur halbe Gefahr", stellt die Dinge sogleich auf den Kopf: Hier ist erkannte Gefahr d o p p e l t e Gefahr — wie andererseits von den Mittelchen und Maßnahmchen, die der BLSV „bis in die kleinste Straße, bis in jedes Haus" in Form einer Volksbewegung praktiziert und befolgt sehen möchte, sich nur der einen ernsthaften Schutz versprechen kann, der die Gefahr noch n i c h t erkannt hat.

Diese ist in aller Welt — auch in dieser Zeitschrift — von berufenen Kennern, frei von Ideologie, so detailliert und so oft geschildert worden, daß man annehmen sollte, auch der BLSV müsse sich ihrer bewußt sein. Ist er es — wie will er dann so freche Behauptungen verantworten wie: „Wir alle haben die Möglichkeit, Katastrophen, die wir nicht wollen, aber wenn sie kommen, zu überstehen", oder: „Selbst die Atombombe ist weder die totale Vernichtung noch der Weltuntergang", oder: „Wer die ‚Chancen des Überlebens' kennt, weiß sie wahrzunehmen"? Haben diese Leute nie etwas davon gehört, daß nicht einmal zwei Dutzend schwere H-Bomben nötig wären, um die Bundesrepublik total zu verwüsten, und daß der vorhandene Gesamtvorrat an diesen Massen-

vertilgungsmitteln — vor denen der Mensch zum Ungeziefer wird — die Erdkugel mehrere Male in einen Zustand wie vor der Schöpfung verwandeln könnte?

Demgegenüber von „reellen Chancen des Überlebens" zu fantasieren — ohne zugleich hinzuzufügen, daß solche natürlich nur dort gegeben wären, wo der Ernstfall eben nicht vollständig ernst wäre —, ist eine ebensolche Abenteurerei wie unsere gesamte Atomrüstungs-„Politik" — mit der denn ja auch die BLSV-Bewegung in direktem Zusammenhang steht:

Wir sollen daran gewöhnt werden, daß Adenauers Wort „Wenn wir in NATO sind, werden wir nicht Kriegsschauplatz, wenn wir nicht in NATO sind, werden wir Kriegsschauplatz" — wie manches andere seiner Worte auch — nicht unbedingt buchstäblich gemeint war, sondern daß wir sehr wohl Kriegsschauplatz werden können, wenn wir „in NATO sind", aber das wäre dann eben „Schicksal" (oder zumindest nicht unsere Schuld), und wenn dann nur ein jeder rechtzeitig in volle Deckung geht, „hinterläßt auch diese Bombe, gleichgültig, in welcher Größe sie sich darbietet, zahllose Überlebende, wie Hiroshima es lehrte . . ."

Dieses Zitat aus einer „ZB" zeigt, wie weit verdummende Unverschämtheit und zynische Geschmacklosigkeit sich bei uns schon wieder vorwagen dürfen: Ausgerechnet Hiroshima als Vorbild zum Mutmachen! Wer das wagt, wagt es dann natürlich auch, ausgerechnet Mediziner — die über die Spätfolgen radioaktiver Verseuchung genau unterrichtet sind — zu Helfershelfern machen zu wollen.

Freilich kann der BLSV es sich nicht leisten, dauernd so patzig daherzukommen; die Tatsache, daß doch schon viele Menschen bei uns vieles wissen, zwingt ihn, hier und dort auch die Gefahr zu Wort kommen zu lassen, — was er dann allerdings (getreu seinem Auftrag, uns Mut zu machen) ebenfalls nicht abschreckend meint, sondern auch wiederum nur anfeuernd: Es soll jedem einzelnen Menschen bei uns eingebleut werden, wie rechtzeitig, wie umfassend, wie detailliert und wie eingedrillt seine diversen Vorkehrungen zu sein haben, wenn er überleben will. Dennoch schlüpft da ungewollt manches Eingeständnis zu Tage. Liest man zum Beispiel, was auf die Bauern nach einem Atomschlag (ohnehin dürfte es kein ganz großer sein) alles an „Maßnahmen" zukäme, bis sie ihr Vieh, ihr Futter und ihren Acker möglicherweise wieder entgiftet hätten, so braucht man seine Informationen gar nicht erst von Linus Pauling oder von den „Pugwash"-Wissenschaftlern zu beziehen: man weiß dann auch so, daß unser Land bestenfalls in einem Zustand zurückbliebe, der nur mit demjenigen nach dem Dreißigjährigen Krieg zu vergleichen wäre.

Und die Menschen in der Stadt? „Stollen, tief in den Felsen getrieben, oder Bunker aus Stahlbeton versprechen zweifellos den vollkommensten Schutz gegenüber den modernen Waffen. Leider wird ihr Bau auf Einzelfälle beschränkt bleiben müssen: Die Höhe der Baukosten, die Länge der Bauzeiten, der Mangel an Baugelände in den Städten und anderes mehr lassen eine Massenerzeugung solcher ‚Idealschutzbauten' scheitern." Nun wissen wir's also: „. . . auf Einzelfälle beschränkt . . ." (Für wen wohl?) Wirklich, hier muß man dem BLSV — den man ja wohl offiziös nennen darf — dankbar sein für seine Offenheit. Letzten Endes macht er uns nämlich gar nichts vor: Unsere Regierung hält zwar Atomwaffen für unerläßlich, teilt uns aber auf Umwegen zugleich mit, daß ein wirksamer Schutz gegen sie „auf Einzelfälle beschränkt" bleiben wird! Die vielen anderen müssen sich selber helfen — weshalb denn ja auch „Selbstschutz" das eigentliche Evangelium des BLSV ist: Helft euch selbst, Leute, — und wenn ihr das nicht wollt, dürft ihr euch nachher bei niemandem

beklagen! Wie der Verbraucher bei uns letzten Endes bei Preissteigerungen immer den Schwarzen Peter zugeschoben bekommt, so bekommt der kleine Mann jetzt schon den Schwarzen Peter im Atomschutz zugeschoben: Wenn es ernst wird, muß jeder sehen, wo er bleibt, — wir da oben können „nur in Einzelfällen" etwas für euch tun, — sorgt selbst . . .

Zu den Tips, die man dann diesbezüglich zu hören bekommt, gehört zum Beispiel folgender, gemünzt auf Menschen, die sich im „Ernstfall" gerade in einem „Gebäude" befinden (und das werden sehr viele sein): „Sich sofort in einer Zimmerecke der Fensterwand auf den Boden werfen! Möglichst Deckung unter einem festen Tisch, einem Schreibtisch, einer Werkbank, einem Bett oder hinter anderen Möbelstücken (Sessel) suchen! Seitwärts von Fenstern und Glastüren bleiben! Gesicht und Augen schützen!" Entlarvt sich in diesem kindischen Vorschlag, sich, wenn's knallt, zu verhalten wie die sieben Geißlein, als der Wolf den Kopf zur Stalltür hereinsteckte, — entlarvt sich da nicht die vollendete Hilflosigkeit? Und wie sollte das auch anders sein einer Energie gegenüber, vor der es eben nur e i n e n Schutz gibt: sie als Waffe zu ächten und abzuschaffen!

D a s freilich darf der BLSV nicht sagen: Er ist ein Instrument einer Politik, die uns zumutet, uns an die Existenz von Selbstmördern zu gewöhnen; und damit uns das leichter fällt, läßt sie uns die entsprechende Erbauungsliteratur in die Hand drücken.

Erbauung an den Mann bringen kann man aber — hier wie überall — nur, wenn man es mit der Wahrheit nicht sehr genau nimmt und wenn man sich nicht auf Einzelheiten einläßt. Die stärkste und wichtigste Einzelheit wäre hier, daß man den Menschen sagte: Habt ihr den Atomschlag überlebt, befindet ihr euch in einem Raum, in den radioaktive Strahlen nicht eindringen können, und habt ihr zudem für mindestens zwei Wochen Nahrung und sauberes Wasser bei euch, so könnt ihr euch immer noch nicht gratulieren, denn das quälende Problem beginnt erst, wenn ihr wieder an's Tageslicht kommt, denn ihr müßt selbstverständlich damit rechnen, daß ihr euch doch noch strahlenvergiftet und euer ferneres Leben Siechtum und euer nächstes Kind eine Mißgeburt sein wird . . . Aber wie könnte eine Institution, deren hintergründiger Zweck es ist, nihilistischen Optimismus zu verbreiten, sich auf solche Perspektiven einlassen? Ja, wie könnte man ausgerechnet von einem BLSV erwarten, daß er einmal die Frage untersucht, wieso wohl in allen bisherigen Kriegen die Mittel der Zerstörung denen der Abwehr bedeutend überlegen waren, und wieso das ausgerechnet in einem Atomkrieg anders sein sollte.

Statt dessen wird, um das Selbstvertrauen zu heben und den Leuten Appetit zu machen, die „Bewährung in der Vergangenheit" beschworen: Schon im Zweiten Weltkrieg habe der Luftschutz in Deutschland Großes geleistet — und so weiter. Der Verfasser dieser Zeilen hat das in Hunderten von Fällen gesehen und aktiv erlebt. Gewiß, wir bezwangen unsere Angst, wir krochen zwischen zwei Bombenteppichen aus dem Keller, wir löschten, bargen, so gut es ging, und mancher wurde so dem Tod entrissen. Aber kann man deswegen behaupten, der deutsche Luftschutz im Zweiten Weltkrieg habe sich „bewährt?" Hat er nicht vielmehr jämmerlich versagt? Hätte eine Bewährung nicht damit beginnen müssen, daß die Bomberpulks — die im Vergleich zu den Raketen von heute im Schneckentempo daherkamen — gar nicht erst bis zum Ziel durchgelassen wurden? Und was heißt es schon, wenn der BLSV heute zur Stütze seiner Existenzberechtigung und in einem peinlichen Drang nach Anciennität immer wieder darauf verweist, dank des Luftschutzes sei nur 1 % der deutschen Zivilbevölkerung bei den Bombenangriffen umgekommen? Das ist diabolische Verführung — und es ist auch Fälschung: denn wo bleiben außer den Toten die

Krüppel; wo bleibt, ehrlichkeitshalber, der, wenn auch nur kleinlaute Hinweis, daß diese 1 % erheblich weniger dem Luftschutz als vielmehr dem Umstand zuzuschreiben sind, daß, auf's Ganze gesehen, im Zweiten Weltkrieg Bomben eben doch nur an einzelnen, verhältnismäßig wenigen Punkten fielen (wo es dann meistens nicht bei 1 % blieb); und wo bleibt vor allem die nur allzu begründete Befürchtung, daß einer „Bewährung" der Luftschutzhelfer beim Fall einer A- oder gar H-Bombe allein schon psychologisch unendlich viel mehr Schwierigkeiten im Wege stehen dürften als in der vergleichsweise guten alten Zeit, die eine jahrelange Gewöhnung an einen Schrecken gewährte, der sich bei aller Wucht doch immer noch in den Grenzen überlieferter Vorstellungen hielt?

Auf solche Untiefen läßt der BLSV sich nicht ein, und darum ist seine Behauptung, er strebe die Aufklärung der Bevölkerung an, ein plumper Schwindel. Es ist unverantwortlich, mit Hilfe halbwahrer Worte und ausgesucht ansprechender Fotos unserem schon so oft irregeführten Volk zu suggerieren, ziviler Luftschutz gestern und ziviler Luftschutz morgen, das sei im Prinzip gar nicht so verschieden, — während sich in Wahrheit die Kategorien hier gegenüberstehen wie Speer und Feuerwaffe. Und es kann sich für unser ganzes Volk existenzbedrohend auswirken, daß hier mit einer breit angelegten Beruhigungskampagne versucht wird, den Blick weitester Kreise vom notwendigen politischen Kampf gegen die Atombombe abzulenken. Ist die nämlich erst einmal auf uns gefallen, dann wird es für das biologische wie nationale Schicksal unseres Volkes wenig ausmachen, ob wir noch 10 oder noch 13 Millionen Überlebende zählen. Es wird für alle kein Leben mehr sein, das diesen Namen noch verdient. Denn Freiheit wird es dann nur noch in den Sternen geben; auf Erden gibt es sie nur im Frieden.

Wenn der BLSV diesen, wie er versichert, wirklich wünscht, soll er seine Anhänger doch gelegentlich zu einer massierten Anti-Atom-Kundgebung zusammentrommeln. Schon damit wir mal sehen, wie viele es sind. Es hat nämlich den Anschein, daß es gar nicht sehr viele sind, und das wäre ja auch nur allzu verständlich. Besonders der Anteil an Frauen würde uns interessieren, denn auf diese hat man es in erster Linie abgesehen: „. . . der Selbstschutz wird auch in Zukunft im wesentlichen von Frauen getragen werden müssen. Wer dies anzweifelt, gibt sich einem gefährlichen Selbstbetrug hin . . ." In einer nicht mehr erträglichen Mischung von Heroinenkult und Spekulation auf politischen Unverstand wird wieder einmal um die deutsche Frau geworben — als wollte man ihr klarmachen: Dein Prozentsatz an Wählerstimmen für Adenauer liegt erwiesenermaßen höher als beim deutschen Mann, — nun sag gefälligst auch B, wenn Du schon A gesagt hast!

In der Tat: von unseren Frauen hängt vieles ab. Eigentlich sollten gerade sie den letzten Krieg noch nicht vergessen haben.

Hans von Uslar

Über die Werbung von Glaubensrekruten für den Kalten Krieg

L'empire c'est la paix; l'empire c'est l'épée

Die Behauptung, daß der Antagonismus unserer westlichen und jener östlichen Welt als Glaubenskrieg des schlechthin Guten gegen das schlechthin Böse zu interpretieren sei, ist die petitio principii, die als der Faden — ich zögere zu schreiben: der „rote" Faden — den „man nicht herauswinden kann, ohne alles aufzulösen", die drei politischen aus dem Schock hier herausgegriffenen Bücher dogmatisch „verbindet und das Ganze bezeichnet". „Das Ganze": wir wissen es, es ist die fable convenue, daß die westliche „die freie Welt" als solche sei, in der allein zu leben, für die deshalb zu sterben sich verlohne. Proselytenmacherei für den Glaubenskrieg, Werbung von Glaubensrekruten: das ist der Teil des Ganzen, dem sich diese Bücher verpflichten.

Das Urteil eines Ungläubigen über einen Gläubigen und umgekehrt zählt nicht. Wir wissen es. Glaube ist die petitio principii per definitionem. Auch das wissen wir. Wovon wir (die wir die ketzerische Freiheit uns nehmen, unsere Freiheit nach eigenem Ermessen zu definieren) nichts wissen wollen, ist dies: daß theologische Praktiken in die Praxis der Politik (deren Klienten auch wir sind) sich einschmuggeln, indem theologisch maskierte Bankiers, Journalisten und Generäle ihren politischen Analysen als Beweisgrund einen unbewiesenen und niemals beweisbaren Glaubenssatz voraussetzen, den sie freilich benötigen und folglich beanspruchen, um einen politischen und existentiellen Notstand darauf zu gründen und eine atomisierende Not-Wehr zu ordinieren.

Das theologisch-politische Quidproquo ist Demagogie. Daß der christliche Frühling der ecclesia militans und der Kreuzzüge bona fide im Winter der Atomchristenheit keine grünen Knospen mehr zu treiben vermag, daß Theologie im Vexierspiegel atomarer Drohpolitik das Christentum zur Fratze macht, Gott weiß es. Seine kriegerischen Propheten wüßten es nicht? Um den Friedensgläubigen ihr „para bellum" zu insinuieren, fällt den christlichen Travestiten keine zeitgemäßere List ein, als das Christentum zu profanieren und die Theologie zu säkularisieren — mit dem Religionsstreiter Luther haben sie nichts als die Angst gemein, kraft der ein Tintenfaß gegen die Wand fliegt — und wollen uns Winterchristen glauben machen, auch sie brauchten nur ihr Tintenfaß gegen die Wand zu schmeißen, damit wir den Teufel dort erblicken? Und wüßten nicht, daß von ihren Teufeln nur ein Tintenklecks übrig bleibt?

Mögen sie sich das Mißvergnügen machen, tintenklecksend gegen den Teufel sich zu empören! Uns könnte es Vergnügen machen, über ihre Tintenteufel uns zu mokieren. Belästigte uns nicht nur diese vertrackte Haltung gewohnheitsmäßiger Empörung, die an der Tagesordnung ist! Kein Tintenteufel-Seher, der nicht dasselbe Empörungsprogramm wiederkaut, dieselbe Fabel kolportiert! Und das „fabula docet" dieser Anti-Teufelstraktätchen ist so verschieden voneinander wie eine taube Nuß von einer leeren . . . Angesichts der Einförmigkeit solcher Tintenkuli-Empörung bescheiden wir uns deshalb, ausgewählte Bücher vorzustellen, die das Empörungsprogramm des literarischen Varieté abendländischer Exorzismen um drei bundesrepublikanische Nummern bereichern; drei für alle:

I.

PROBLEME DER VERTEIDIGUNG DER BUNDESREPUBLIK. Ihre Betrachtung unter Berücksichtigung wirtschaftlicher und technischer Belange. (Verlag E. S. Mittler & Sohn, Berlin). Druck: Graph. Werkstätten GmbH., Lübeck. Autor: das Triumvirat Dr. Heinrich Dräger, Lübeck; Vizeadmiral a. D. Hellmuth Heye; Landrat Franz Sackmann. Ergänzt durch ein „Mitarbeiterkollektiv" der Generäle, Obersten, Admirale, Ingenieure etc. Prominentenbeiträger: Bundesbankpräsident Karl Blessing, Bundesverteidigungsminister Dr. h. c. Franz Joseph Strauß.

Ein Quodlibet aus dem Quodlibet: „Die Zeiten, da man von der freiheitlichen Marktwirtschaft eine Verelendung der Massen, eine Zusammenballung der wirtschaftlichen Macht in einigen Großbetrieben, einen Untergang des Mittelstandes und ein Versinken im Materialismus befürchtete, gehen ihrem Ende entgegen. Während im Osten der Mittelstand vernichtet wird, weil er nicht in das gesellschaftspolitische Konzept des Kommunismus paßt, wächst in den Vereinigten Staaten trotz oder wegen des industriellen Konzentrationsprozesses ein neuer Mittelstand heran, der Träger des Privateigentums und der Freiheit ist. Man denke nur an die Autoreparaturwerkstätten, die Zulieferunternehmungen und die vielen neuen Handels- und Dienstleistungsbetriebe. Die mehr und mehr in Anwendung kommende Automation befreit den Menschen in zunehmendem Maße von dem monotonen Rhythmus des Fließbandes und macht ihn frei für die intelligentere und individuellere Tätigkeit der Maschinenüberwachung und der Reparatur. . . . So gesehen hat der Kommunismus in der westlichen Welt wenig Chancen. Die westliche Welt kann sich auf ihre bisherigen Erfolge in der Steigerung des Massenwohlstandes berufen und braucht nicht, wie der Osten, auf die Zukunft zu vertrösten."

Dies sind nicht Sätze aus dem Programm der „Lach- und Schießgesellschaft", sondern aus dem Tintenkuli des Bundesbankpräsidenten Karl Blessing — und geraten eben so, wenn der Generalmanager eines Margarinetrusts und der Bundesbankpräsident konvertierbar sind und der Konvertit sich soziologische Gedanken macht, die er noch dazu drucken läßt.

Wenden wir das Blatt, wendet sich das Blatt kaum: „Obgleich es unter bestimmten Voraussetzungen technisch gesehen sehr weitgehende Schutzmöglichkeiten (für das Gebiet der Zivilverteidigung) gibt . . . (hat) der totale Kernwaffeneinsatz — mit einer anderen Einsatzmethode dürfte nicht zu rechnen sein — mit großer Wahrscheinlichkeit — fast mit Sicherheit — das Ende aller höher entwickelten Lebewesen zur Folge. Indessen erfordert die gegenwärtige Machtkonstellation volle Bereitschaft und Vorbereitung für eine evtl. kriegerische Auseinandersetzung. Das alte Wort: „Si vis pacem, para bellum" hat heute mehr denn je in der Menschheitsgeschichte Gültigkeit . . . Die Verfasser schlagen zunächst . . . einen Einheitsschutz für die gesamte zivile Bevölkerung vor. Als Maßstab dient der Kostensatz von 220,– DM pro Person nach heutiger Kaufkraft (und nicht etwa ca. 1000,— DM je Kopf, der sich gemäß den Richtlinien des Bundesministers für Wohnungsbau vom Juli 1955 ergeben könnte) und die Forderung, daß für Alt- und Neubauten annähernd der gleiche Schutzumfang erreicht wird. Die mit diesen Mitteln zu erstellenden Schutzräume sind im wesentlichen charakterisiert durch ihren — mit Rücksicht auf den Daueraufenthalt — vergrößerten Luftraum und die Trümmersicherheit ihrer Decken. Die Größe dieser Räume erlaubt es, daß die Bevölkerung im Ernstfall in ihnen wohnen, schlafen und kochen kann. Ein Rettungsweg sorgt dafür, daß die Räume im Fall der Verschüttung verlassen werden können. Ein

Teil der Räume kann gasdicht verschlossen und künstlich belüftet werden. Ein sehr wesentliches Merkmal dieser Räume ist ihre volle friedensmäßige Nutzbarkeit."

Muß man aus Besorgnis, trivial zu sein, paradox werden? Es scheint so: aus Besorgnis vielleicht, das platte Bekenntnis zum Profit könne allzu trivial sein! Der Rezensent hat, ohne ein Wort zu verändern oder hinzuzufügen, hierzu im folgenden sich lediglich einige Textstraffungen erlaubt, um die Böswilligkeit der Aussagen, die für das Buch symptomatisch ist, in eine verkürzte Reihe zu bringen und plastischer vorzuheben. Sperrungen stammen vom Rezensenten. Er könnte Zitate wie Widersprüche beliebig mehren, ohne daß der Leser eines besseren über dieses Buch belehrt würde. Ob es die Absicht der Verfasser sein mochte, die apokalyptischen Visionen Orwells durch den eigenen Entwurf eines wirklichkeitsgetreuen Zukunftsbildes zu überbieten oder den Leser mit Auswirkungen von Schizophrenie resp. dementia paralytica auf das politische Schrifttum vertraut zu machen: das möge der Leser selber entscheiden.

Der Rezensent plädiert für dementia commercialis. Die „Tabelle", die Gipfelpunkt aller von den Verfassern vermittelten Analysen ist und die Auskunft gibt „über rund 50 Milliarden DM Einsparungen gegenüber den vor zwei Jahren geltenden offiziellen Planungen durch (von den Verfassern!) neu vorgeschlagenes Schutzraumprogramm vom 2. 10. 1958" — beglaubigt des Rezensenten Diagnose. Der bizarre Nachsatz allerdings: „Diese Einsparung wird dadurch erreicht, daß man das baut, was wirtschaftlich realisierbar ist und ausreichend Schutz bietet, und nicht das, was technisch vielleicht als wünschenswert erscheint", er dürfte nicht nur das Unterscheidungsvermögen eines Rezensenten überfordern. Ist technisch nicht wünschenswert, was ausreichend Schutz bietet? Bietet womöglich nicht ausreichend Schutz, was technisch trotzdem wünschenswert wäre? Oder ist, was ausreichend Schutz bietet, technisch nicht wünschenswert? Ist vielleicht, was wirtschaftlich nicht realisierbar ist, technisch nicht wünschenswert? Oder ist gar wirtschaftlich nicht realisierbar, was ausreichend Schutz bietet? Wer käme hinter den Sinn eines solchen Rösselsprungs — und dahinter, ob mangelndes Ausdrucksvermögen oder Profitgier die Sprache der Verfasser verwirrt? Beherzigt man die Kernsentenz des Buches, entscheidet man sich leichthin für das letzte: „Wollte man die Maßnahmen, die für die Verteidigung der Bundesrepublik, als Gesamtproblem gesehen, erforderlich sind, prozentual auf die in Frage kommenden Sektoren verteilen, d. h. wollte man sie ihrer Wichtigkeit entsprechend durch Prozentsätze kennzeichnen, so würde man etwa zu folgendem Ergebnis kommen können, wobei die militärischen Belange und die Zivilverteidigung bewußt niedrig eingeschätzt sind:

50 Prozent für die Schaffung eines guten Lebensstandards für die breiten Massen mit dem Bestreben, auch sonst in sozialer Beziehung in allem, was der Osten bietet, weit überlegen zu sein.

25 Prozent für die militärische Verteidigung gegen den Einbruch fremder Streitkräfte von außen her.

22,5 Prozent für den Schutz gegen gewaltsame oder nicht gewaltsame Versuche der Strukturwandlung durch Untergrundbewegungen in Richtung „Diktatur" von innen heraus, ganz gleich, ob diese die „Diktatur des Proletariats" nach Moskauer Muster oder ein rechtsorientiertes autoritäres System vorsehen.

2,5 Prozent für den Bevölkerungsschutz (Zivilverteidigung), aber einschließlich der Gelder, die außerhalb der staatlichen und kommunalen

Etats die Zivilbevölkerung für Zwecke der Zivilverteidigung evtl. selbst aufwendet."

„Ihrer Wichtigkeit entsprechend" soll heißen: zugunsten des größtmöglichen Profits für die bundesdeutsche Wirtschaft. Die Verfasser lassen, wie ersichtlich, die Katze bereitwillig aus dem Sack und belohnen die Geduld des Lesers mit der Belehrung, daß der Wunsch der sogenannten Wirtschaft, den Gesamtprofit der „Verteidigung" aufzuteilen, bei diesem Buche Gevatter steht; der Wunsch, derart aufzuteilen selbstverständlich, daß ihr, der Wirtschaft, nicht womöglich nur wenig Profit am „Gesamtprogramm der Verteidigung" zufällt, sondern der meiste, nicht zu sagen: der „gesamte". Gegenüber dem Wunsch steht die heillose Furcht der Wirtschaft, daß ihr Anspruch auf Profit nicht gebührend anerkannt, daß die Erfüllung dieses Anspruchs vernachlässigt werden könnte; ferner, daß sie durch staatlichen Machtdruck (im Falle wirtschaftlicher Autarkie, totalitärer Gesetzgebung, der Verringerung des „Konsumentenpotentials", der Minderung des Exportes etc.) sowie durch staatliche Überbeanspruchung der „wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik" ihrem Profitgegner „Staat" gegenüber den kürzeren ziehen könnte. Daß freilich der Profitgegner „Bolschewismus" der übelste aller üblen ist, versteht sich von selbst. Nicht umsonst ist er der Musaget dieses Oeuvre.

Und ein weiteres hat es mit diesem Buche nicht auf sich: — der Name seines offiziellen Herausgebers: STUDIENGESELLSCHAFT FÜR GELD- UND KREDITWIRTSCHAFT — bürgt dafür. Möglich zwar, daß der Erstverfasser des Buches, Dr. Heinrich Dräger (Dräger-Werke, Lübeck), die Sicherheit als sein Privileg erachtet, indem er mehr daran interessiert ist, billige „nahtreffsichere Kellerschutzräume mit Notausstieg und Trümmersicherheit" etc. zu bauen, als „höherwertige Atomschutzbunker" infolge ihrer „Unbezahlbarkeit" überhaupt nicht zu bauen. Aber was besagt das schon? Doch nur, daß es ein Einfall ist, einmal ein Buch mit einer ehrgeizigen Firmenreklame zu finanzieren statt einer Illustrierten. Böse Zungen auch hörten wir sagen, das Hexeneinmaleins des „zivilen Luftschutzes", das uns in diesem Buche vorgerechnet wird, diene der psychologischen Appretur noch nicht kriegsfester Bundesdeutscher. Ich glaube es nicht: so macchiavellistisch denken Prokuristen der „Firma Deutschland" doch nicht? Oder? Je nun — vor den Schafen im Wolfspelz sollten wir uns vor allem hüten: sie könnten törichteres Unheil anrichten, als die Welt je erlitt. Dieses ist nur das Buch eines ominösen wishfull thinking: — aber wir leben im Wirtschaftswunder-, nicht im Traumwunderland des Ritters Zendelwald, der „es nicht über sich brachte, den ersten Schritt zu einer Verwirklichung zu tun", wenn „sein Geist und sein Herz" sich eines Dinges schon „bemächtigt hatten". Hierorts wird Wunsch über Nacht — zum Befehl.

II.

Winfried Martini: FREIHEIT AUF ABRUF (Verlag Kiepenheuer und Witsch, Köln).

Der Titel des Buches ist vielsinnig wie sein Autor. „Freiheit auf Abruf": das beinhaltet:

1.—3. die abendländische (westdeutsche) Freiheit, die im Falle eines bolschewistischen Sieges „abberufen" würde. (Als petitio principii, wie selbstverständlich, daß russischem Siege russischer Angriff, russischem Angriff russische Drohung, die angeblich im Heute und Jetzt bereits offensichtlich, vorausgeht);

4. die Freiheit demokratischer Selbstregierung, die nur eine „Freiheit auf Abruf" sein kann, da der Volkssouverän seine politische Unmündigkeit spätestens in einer Krisenzeit offenbart, weshalb ein verantwortungsbewußter Staat ihm Selbstverantwortung nicht zubilligen darf;

5. a) die Freiheit der westdeutschen Bundesverfassung, die gottlob „Freiheit auf Abruf" ist: gemäß Art. 5, 2 des Deutschlandvertrages („Souveränitätsdefekt"!);

b) allenfalls „Freiheit auf Abruf" durch eine vollsouveräne, d. h. autoritäre Bonner Polizei- und Militärbürokratie (permanentes Notstandsgesetz!) — nach etwaiger Abberufung des Besatzer-Interventionsrechtes aus dem Deutschlandvertrag.

Hieraus folgt: die bundesdeutsche Freiheit ist im Status des „Souveränitätsdefektes" narrenfreier garantiert, weil auf Besatzer mehr Verlaß als auf eigene Ordnungskräfte, selbst wenn sie Schröder oder Strauß hießen.

Der Kommunismus natürlich, der unvermeidliche spiritus rector jeglicher Staatsphilosophie westlicher Observanz, ist als moralischer Schimpf und politischer Popanz der Gedankeneinpeitscher auch wieder des blindwütig diagnostizierenden und receptierenden Martini. Der Kommunismus ist anscheinend deshalb das größte Übel, weil er als Vorwand niemals zu fadenscheinig wird, um alle großen politischen Übel, die unmittelbarer drohen als der Kommunismus, in kleine, kleinste und überhaupt nicht mehr vorhandene abzuwerten. Deshalb will Martini: aufräumen mit dem Tabu „Demokratie"; Bruch oder Aufhebung der parlamentarischen Verfassung (Grundgesetz) als ultimo ratio der „Freiheitsrettung"; diktatorische „Willenskonzentration" statt Verfassungsdemokratie; Inauguration des totalitären Staates, der, da er antikommunistisch sein soll, notwendig faschistisch sein muß; Organisation eines bonn-deutschen Staatsgefühls; Instituierung eines „Vaterlandes" auf „Bundesebene", Ideologisierung, Mythologisierung desselben; Remilitarisierung: Aufrüstung in konventionellen sowie nuklearen Waffen, Wille zu ihrem Einsatz vor allem; Ausnahmerecht, Staatsnotstandsrecht als Regierungsprinzip; Polizierung des Bundesvolkes; Bruderkrieg ohne Gewissensskrupel; Opferung deutschen Blutes und Geldes für die notfalls kriegerische Verteidigung des „status quo" (Berlin); Manipulation der Volksmeinung zum Zwecke der unerläßlichen Rechtsradikalisierung; Bagatellisierung der Ausmaße nuklearer Verheerungen; Suggestion einer ausreichenden Wirksamkeit antiatomarer Schutzmaßnahmen; Unterdrückung der gegen atomare Vernichtungsgefahr und nukleare Aufrüstung gerichteten Aufklärung.

Eine respektable, will sagen: despektable Liste, — die uns zwiefach über die Geduld geht. Die aufgezählten sind aber nur einige der kleineren Übel, die Martini gegenüber dem größeren des Kommunismus dem Leser zur Wahl anbietet. Anzubieten wagt! Nachdem zweieinhalb Jahrzehnte nur zuvor diese kleineren Übel dank der „Herrschaftsfunktionen" Adolf Hitlers das größte Übel der ganzen deutschen Geschichte verursachten. Aber Martini ist beschränkt und guten Willens. Er nennt Tugenden, was wir Übel nennen. Und pflichten wir ihm nicht bei, nennt er uns beschränkt, aber schlechten Willens. Sein Buch erbringt nichts Neueres als den Erweis, daß Verschiedenheit der Meinungen so unversöhnlich wie Verschiedenheit des Verstandes ist. Solange nicht Konvention eine Meinungsgleichheit fixiert. Mag solche Fixierung auch Fiktion sein, so gründet die moralische Einheit des westdeutschen Staatsvolkes unseres Erachtens doch immerhin auf der Meinungskonvention, daß Adolf Hitler ein Übel-Täter war. Martini hebt ungebeten diese Konvention auf, indem er nicht nur jene Übel, die augenscheinlich Adolf Hitlers Übel waren, mutatis mutandis erneut empfiehlt, sondern auch gerade und besonders zu ihrem Tun auffordert. Mag Martini mich des schlechten Willens zeihen, aber aufrichtig, wie ich bin, ich lese aus seinem Buche nichts Neueres heraus als: die Herausforderung notorischer Freiheitsgegner, die Freiheit herauszufordern; die Ermunterung der Faschisten aller Grade zur Faschisierung, so oder so; die Absolution des gewissenlosen Gewissens; die Binsenweisheit überdies, daß der Begriff der „Freiheit" manipulierbar ist. Aller-

dings verstehe ich nicht ganz, warum Martini sich den Anschein gibt, Hitler zu verdammen, da der — ausgenommen, daß er den Krieg verlor — alles so machte, wie es Martini für das beste hält. Soll solcher Anschein auf alle Fälle doch noch den Anschein retten, daß auch er, Martini, die bis dato noch nicht endgültig revidierte Meinungskonvention Adolf Hitler betreffend respektiert? Jedoch der Anschein: — bekanntlich trügt er eben: „ . . . die Legenden, die allesamt den „Feind", die „wirkliche Gefahr" um jeden Preis „rechts" stehen lassen wollen, . . . sollen den Schluß aufdrängen, daß die Bundesrepublik nur durch eine „Renazifizierung", . . . bedroht sei. Indessen steht eine „Renazifizierung", obwohl sie als dialektische Reaktion auf die Denazifizierung erwartet werden könnte, mit absoluter Sicherheit weder jetzt noch später bevor . . . die Vorstellung von einer „Renazifizierung" ist erst recht sinnlos nach dem physischen Untergange nicht nur Hitlers, sondern auch des Dritten Reiches. Freilich, wenn man, wie es bei uns heute auf der Linken nicht selten geschieht, bereits den Versuch, die Bundesrepublik und die Demokratie auch nach außen verteidigungsfähig zu machen, als „Militarismus" definiert und den wiederum mit dem Nationalsozialismus identifiziert, wenn man daher in der bloßen Existenz der Bundeswehr — „Sind wir schon wieder so weit?" — einen bedrohlichen Ansatzpunkt zur „Renazifizierung" sieht: dann könnte diese allerdings bevorstehen. Das wäre dann freilich weniger eine Frage der Sache als der Terminologie!"

Hier kann der Rezensent nicht umhin, Herrn Winfried Martini bei seinem Ausrufungszeichen zu nehmen: — weiß der Interpunkteur, obwohl er Schrift stellt, nicht, daß die „Terminologie" eines Schriftstellers dessen einzig gültige Entscheidung einer Sachfrage ist: seine Antwort nämlich? Wohl weiß er es nicht. Er überschriebe sonst nicht sein Kapitel: DAS BRAUNE GESPENST, und führe nicht fort:

„Eine ‚Renazifizierung' wäre auch dann im Gange, wenn man die Zahl etwa der Beamten, die es schon im Dritten Reich waren und es heute wieder sind, dafür als Beweis nimmt. Doch erstens besagt der Umstand, daß jemand Mitglied der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen war, nichts darüber, ob er damals auch Nationalsozialist war, und erst recht nichts darüber, ob er sich verachtenswert verhalten hat . . . Zweitens geht daraus, daß jemand wirklich Nationalsozialist war, nicht hervor, daß er es auch heute noch ist. Drittens, selbst wenn jemand es noch ist, so könnte er doch heute selbst bei schlechtestem Willen keine entsprechende Politik treiben. Ob jemand früher Nationalsozialist war oder nicht, mag biographisch interessant sein; wie er sich als solcher verhalten hat, ist eine moralische und zuweilen auch strafrechtliche Frage, doch politisch ist beides ohne Belang . . . Wer aber von „Renazifizierung" spricht, meint damit doch einen politischen, einen heute wirksamen, nicht einen biographischen Sachverhalt: und dennoch verwechselt er beides."

Und dennoch — Martini und die Nationalsozalisten mögen es verzeihen! — besteht der Rezensent darauf, den hier unverwechselbar verwechselten Sachverhalt in blanke Münze rückzuwechseln. Sehr möglich, daß für den Politruk die Frage nach dem moralischen und strafrechtlich anfechtbaren Verhalten eines Staatsfunktionärs eine biographische, aber politisch ohne Belang ist. Wir Unpolitischen möchten Amoral und strafgesetzwidriges Verhalten nicht bedingungslos mit Politik verwechselt sehen, solange noch Menschen — Demokraten, wie wir allesamt, Funktionäre der Politik — und nicht Roboter die Regierungspolitik bestimmen. Deshalb fragen wir nicht zuvörderst nach der „Zahl der Beamten, die es schon im Dritten Reich waren und es heute wieder sind", sondern nach deren Biographie: eben nach dieser! Denn: „ERSTENS": falls „der Umstand, daß jemand Mitglied der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen war" nichts

„darüber besagt, ob er d a m a l s a u c h Nationalsozialist war" — so besagt dies, daß er Opportunist und offensichtlich „verachtenswert" war. ZWEITENS": geht daraus, „daß jemand w i r k l i c h Nationalsozialist war": mutato nomine: daß er barbarisch=dumm war, — notwendig hervor, daß er es auch heute noch ist (vom Ochsen kann man nur Rindfleisch verlangen). „DRITTENS": beide, Opportunisten sowohl wie Barbarisch=Dumme — und d e r e n „Zahl" ist zweifellos zuviel! —, beide sind gemeingefährlich, damals wie heute; beider Gemeingefährlichkeit ist damit ein nur allzu p o l i t i s c h e r, ein „h e u t e (eminent) w i r k s a m e r", nicht n u r ein biographischer Sachverhalt.

Weiß man genug über das Buch? Warum eigentlich besprechen wir ein Buch — ein p o l i t i s c h e s Buch? Um seinem Meinungsinhalte beizupflichten oder ihn zu widerlegen? Gefügter Unfug wie dieser ist unwiderlegbar, er spottet seines Autors: „Die Voraussetzung einer „echten" Entspannung bestünde ... darin, daß der Bolschewismus aufhörte, Bolschewismus zu sein ..." (Warum nicht: der Kapitalismus aufhörte, Kapitalismus zu sein!?) „... daß also zumindest seine Treue zur Doktrin über die Bedeutung eines rituellen Lippenbekenntnisses nicht mehr hinausginge."

Eskamotage der UdSSR als conditio sine qua non des Friedens, — Blindekuhspiel oder Kalanag? Mit solchen syllogistischen Plattheiten machte Hitler Demagogie: — der kluge Martini Bücher. Doch versteht er sich auf Abstufungen; roh gegen klug:

„... ist die E i n s i c h t verbreitet, daß gerade ein nuklearer Krieg wegen der mit ihm verbundenen hohen Verluste besonders viele, nicht aber, wie man zunächst geglaubt hatte, besonders wenige ausgebildete Soldaten verlangt ..."

Bieder gegen roh: „... Die Ehre und das Elend des Westens bestehen darin, daß er, wenn er von Freiheit redet, tatsächlich auch die Freiheit — meint!"

Gewissenlos gegen bieder: „Selbst wenn man nicht annimmt, der Verteidigungsminister, wer auch immer er sei ... werde hinreichend von Sinnen sein, um ... im Falle eines entsprechenden Notstandes ... die Verfassung über den Staat, über das Volk und über die Freiheit zu stellen: daß man gleichwohl eben dies von ihm v e r l a n g t — das allein enthüllt auf eine erschütternde Weise, zu welchen Abwegen wir bereit sind, um den Ernstfall dadurch heraufzubeschwören, daß wir seine Möglichkeit leugnen."

Daß wir niemals hinreichend von Sinnen waren, um seine Möglichkeit zu leugnen, vielmehr scharfsinnig genug, um die Unabwendbarkeit des „Ernstfalles" angewidert vorauszusagen, — dies enthüllt auf eine erschütternde Weise die Ungeheuerlichkeit dieser Worte, die Ungeheuerlichkeit, daß sie nun wie je, wiederum wie immer schon, geschrieben werden können: — denn unser, der deutsche „Ernstfall" ist ernster, ist der relevante, ist: die faschistische Diktatur (wie immer die „Führer" hießen, heißen werden: nomen n o n est omen!). Und irrelevant ist es, ob wir für diese, die im Aspekt der Gegenwart steht, allenfalls eine andere Diktatur in den Kauf nehmen müßten, die im Aspekt der Erwartung steht. Ein belangreicher Tausch wäre es nicht: — Teufel gegen Beelzebub! Der Unterschied liegt in den Röcken. Den Rock Beelzebubs kennen wir. Genug, um ihn nicht zu verkennen, wenn er in unserer Türe steht: — auch als Leitartikler gekleidet, der keinen Gedanken hat, obwohl er ihn ausdrücken kann (denn das macht den Leitartikler):

„Der Bolschewismus will die Welt „verändern", er will sie also h a b e n, weil er sie zu diesem Zwecke haben muß. Ob er sie mit militärischen oder „friedlichen" Mitteln bekommt, ist für ihn eine sekundäre Frage, eine Frage der Methodik und der Gelegenheit, eine Frage des Zustandes vor allem, in dem der Gegner sich befindet. Doch daß er die friedliche Methode als das ökonomisch günstigste

Mittel dem Kriege vorziehen würde, wenn sie den gleichen Effekt verspricht, versteht sich von selbst... Es ist diese Rationalität der bolschewistischen Methodik, die unsere Chance ausmacht. Wir kennen die Ziele, wir brauchen sie nur zur Kenntnis und außerdem so ernst wie möglich zu nehmen."

„Versteht sich von selbst: daß er die friedliche Methode dem Kriege vorziehen würde, wenn sie den gleichen Effekt verspricht"? Chrustschow müßte Schlamm im Kopf haben, verstünde sich's nicht. Leider ist's umgekehrt, Schlamm hat Chrustschow und Martini wohl wiederum Schlamm im Kopf: — „wir kennen die Ziele, — wir brauchen sie nur zur Kenntnis zu nehmen": Dann haben wir unsere „Chance": UNSEREN KRIEG.

Journalisten schreiben, weil sie nichts zu sagen haben. Zum Beispiel: der Bolschewismus sei die Chance des Faschismus. Martini schreibt das nicht, er sagt es. Aber daß er's sagt, weiß er nicht. Er ist ja kein Faschist. Er ist Journalist...

... und Journalisten haben etwas zu sagen, weil sie schreiben (446 Druckseiten). Zum Beispiel: Der Faschismus sei die einzig mögliche Alternative zum Bolschewismus. Das aber haben wir auch von vielen anderen sagen hören! Wer weiß, vielleicht haben sie sogar recht? Wir möchten antworten, wie Heinrich Heine geantwortet hatte:

Nicht Glockengeläute, nicht Pfaffengebete,
Nicht hochwohlweise Staatsdekrete,
Auch nicht Kanonen, viel Hundertpfünder,
Sie helfen euch heute, liebe Kinder!
Heut helfen auch nicht die Wortgespinste
Der abgelebten Redekünste,
Man fängt nicht Ratten mit Syllogismen,
Sie springen über die feinsten Sophismen.
Auch nicht Kanonen, sie helfen euch heute...

III.

Joachim Rasmus-Braune: REKRUTEN DER FREIHEIT (Verlag Franz Schneekluth, Darmstadt).

Der Titel erweist wieder einmal, daß er nur eine geteilte „Wahrheit" geben kann. Die Objekte haben den Sinn, mit denen das Subjekt sie bekleidet. Rekruten der Freiheit: für Subjekte von der Art des Autors kann dies nur ein Pleonasmus sein. Denn für etwas anderes — was auch immer es gewesen sein mag! — als für die „Freiheit" ist seit Erscheinen des homo sapiens wahrscheinlich noch nie rekrutiert worden. Für Subjekte meiner Art ist der „Rekrut der Freiheit" ein Paradoxon: ein dienstbeflissen ertrinkender Fisch. Die „Freiheit" ist eben alt und der Despotismus jeder Couleur ist nicht viel neuer. „Immer ruf' ich Vaterland — und Freiheit! Dieser Ruf muß bleiben!", — das hat schon der wackere Arndt gewußt, Ernst Moritz, dem das noch ein „Trost- und Ermunterungslied" war, weil die Parodie damals noch ein Possen des Aberglaubens und nicht der „psychologischen Verteidigung" war.

Der Freiheitsruf, den der wackere Rasmus-Braune in seinem Buch intoniert, kann seinem Ruf unter den Wölfen, mit denen er heult, nur Ehre machen. Daß die Wölfe nach Freiheit schreien, ist begreiflich; wenn allerdings die Schafe in ihr Geschrei einstimmen, so beweisen sie damit nur, daß sie Schafe sind. Aber wackere Leute wie Rasmus-Braune könnten sie dazu bewegen. Wenn ein solcher Autor: „Selbst Soldat der Bundeswehr in verantwortlicher Stellung", Schnulzenroutinier in Uniform (der vermutlich wie sein lupus in fabula Offizier, als a. D. dann „Intellektueller", nun wieder Offizier „wurde"),

kategorischer Wehr-Kraftmoralist, Literatör der aufklärerischen Filmberieselung, Dema-, nein, Pädagoge des elitären Führungsbewußtseins, konstruktiver Reklameingenieur, Seelsorger des soldatischen Treuebekenntnisses, „vorletzter Ritter" und „das ganze Gesichtsfeld voller Russen" („Bleiben liegen, häufen sich zu blutigen Hügeln aus Russenfleisch" . . .), — wenn solch ein Roßtäuscher den Pegasus besteigt, macht er sich auf ihn, meine ich, keine unbegründete Hoffnung.

Rasmus-Braunes Pegasus, aufgeschirrt im rosigen Wortgeklingel problematisch tönender Unterhaltungsschmöker, teils didaktisch auf Spore geritten, teils mit werbendem Schenkeldruck, wird im Stechschritt der Hohen Schule des Gehorsams als Paradepferd der Bundeswehr vorgeführt. Seine bevorzugte Gangart ist der verhaltene Schritt ernster Männergespräche, deren Alltagsthema die Berufsprobleme der militärischen Führungskräfte sind. Aber sein Reiter kann ihm mehr abverlangen: nach einigen munteren Sätzen, angeweht vom heißen Duft eines Liebesfrühlings, bekommt Pegasus die Peitsche des militärischen Imperativs zu spüren: — der feurige Atem des Soldatenethos bläht ihm dann die Nüstern, und er verfällt einem beängstigend-keuchenden Galopp. Öfters allerdings, als es uns lieb sein kann, ist Rasmus-Braune auch so gedankenvoll, daß er sein Steckenpferd mit seinem Pegasus verwechselt, und dieses ist — das genormte Spiel verlangt es wohl so — die westhemisphärische Freiheit natürlich. In militärtheologischer Exegese offensichtlich:

„. . . Sie erhoffen sich von der Armee eine innere Straffung, eine Art Abstützung Ihres angeknaxten Ideals von der Freiheit? . . . Hm . . . das scheint mir eine durchaus richtige Instinkthandlung zu sein . . . Nur meine ich, daß die Armee in ihrem augenblicklichen Zustand noch nicht voll dazu geeignet ist, eine solche Stützung herzugeben. Schon deswegen, weil im Volke noch immer die Meinung verbreitet ist, Soldatsein habe mit Freiheit nichts zu tun, ja, bedeute sogar so etwas wie Opferung von Freiheit. Das hängt natürlich mit dem falschen Freiheitsbegriff zusammen . . . Für mich gibt es kein schöneres Bild, als einen Freien gehorchen zu sehen. Ich glaube, es wird von uns verlangt, daß wir diese Fragen ohne Furcht selbst immer wieder durchdenken und das Produkt unseres Denkens in Erziehung umsetzen. Mit anderen Worten: Der Offizier ist kein unpolitischer Funktionär einer technischen Waffenausbildung, sondern ein von Grund auf politischer Mensch . . . Eine Demokratie überzeugt nicht oder nicht nur durch ihre Ideale . . . sondern sie muß auch des staatlichen Zwanges fähig sein. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus, bedenken Sie das Wort Staatsgewalt. Gewalt! . . . Sie sind ein gefährlicher Idealist . . . in dem Sinne, daß Sie davon ausgehen, daß tausende anständiger Menschen so denken wie Sie und dabei die ganz verständliche menschliche Unzulänglichkeit nicht berücksichtigen, die des psychologischen Zwanges bedarf, um auf den Weg gebracht zu werden, den die Mehrheit des Volkes auf demokratische Weise gewählt hat . . . Demokratie ist eine Sache der gewachsenen Elite, und die Methode, wie Sie sich in den Seelen der Ihnen anvertrauten Soldaten unsterblich machen, ist die der Elite. Nur gehört zur Elite auch der Mut zur Realität, der Mut zur Machtausübung . . . Eine Elite . . . die sich ihres selbstverständlichen Machtanspruchs begibt, ist eine dekadente Clique von Drohnen."

Zweifelsohne, die Methode, um durch selbstverständlichen Machtanspruch in den Seelen der ihr anvertrauten Soldaten sich unsterblich zu machen, wächst selbst einer gewachsenen Offizierselite nicht auf den Bäumen unseres angeknaxten Freiheitsideals. Die Neuinszenierung des Barras bereitet nicht nur dem Muschkoten, sondern auch dem Führungsoffizier, der sein come back feiert, berechtigte Sorge. Die berührt sowohl das durch Hitlertreue erschütterte Gefüge seines Innern wie das inzwischen nun gottlob auch schon erschütterte „Innere Gefüge" des Gra-

fen Baudissin. Aber wo doch nun endlich wieder geführt werden kann, hat soldatische Menschenführung natürlich den Vorzug vor menschlicher Soldatenführung:

„Gläsern und weltenfern richtete sich das künstliche Auge des Majors auf ihn, die Flammen spiegelten sich darin als einziges Leben, es schien ... wie ein Symbol der Macht, ohne die es keine Ordnung und kein Wohlergehen gäbe (:) ... ‚Werden Sie, Herr Major, ... endlich aufräumen mit der Furcht fast aller Vorgesetzten, etwas eindeutig zu befehlen ...? ... Werden Sie dafür sorgen, daß das verfluchte kommerzielle Denken aus den Köpfen unserer Berufssoldaten verschwindet? Daß die Uniform aufhört, ein Arbeitskleid zu sein? ... Unsere Gesetze sind von einer derart erschütternden Weichlichkeit, daß damit ... kaum eine kampfkräftige Armee zu schaffen ist. Wer heute gute Soldaten machen will, die gestandene Männer sind und was aushalten können, der muß das hinter dem Rücken des Gesetzes tun und im übrigen darauf hoffen, daß er nicht erwischt wird! ... Eine normale Truppe muß (auf) ... den Präsentiergriff ... verzichten und dafür ihre Ausbildungszeit auf wichtigere Dinge verwenden, zum Beispiel, wie man bei einem Atomangriff überlebt oder wie man sich in strahlenverseuchtem Gelände bewegt. ... Wir sollen eine Armee machen und keinen Diskutierklub und kein inneres Gewürge ... Werden Ihre Männer ... noch hart bleiben, wenn sie mit gekonnter Propaganda überschüttet werden? Wenn ein geschulter Rädelsführer in einer aussichtslosen Lage lebensrettende Parolen ausstreut? ... Meine Kerle lernen gehorchen, und das ist das beste Rüstzeug für den Soldaten. Ist das vorhanden, kommt alles andere in zweiter Linie ...‘

‚Wenn aber niemand mehr da ist, dem sie gehorchen können? Haben Ihre Männer auch eine innere Befehlsgebung? Eben dieser innere Befehl ist es, den ich in den Soldaten zu wecken versuche. Ich bin nicht so sehr für die ‚Innere Führung‘ als Wissenschaft, die gewisse Herren ausreichend studiert haben, sondern für den inneren Befehl ...‘ “

Der Kant, der moralische Idealist unter den Offizieren — und der ist Rasmus-Braune natürlich — ist nicht so sehr für den kategorischen Imperativ als Wissenschaft, er ist für die Praxis. Wenn niemand mehr da ist, dem sie gehorchen können im strahlenverseuchten Gelände, — dann ist er für den „Inneren Befehl“! Rettet die Freiheit! Mehr Inhalt, wen'ger Kunst als in diesem gefährlichen Hokuspokus, kann selbst die Bundeswehr nicht verlangen. Vergessen wir es nicht: dies ist ein didaktischer Roman! Mit Rückblenden hin und wieder, kursiv gesetzt:

..., „Neben dem Toten liegt ein Junge ... Aber der Leutnant hat keine Zeit, sich um die arme Seele dieses Jungen zu kümmern. ... Der Junge ist noch neben dem Leutnant, als sie in den ersten Graben der Russen einbrechen. Sein Gesicht ist das eines jugendlichen Mörders. ... Der Leutnant war einen Augenblick wie gelähmt, als er den wurfbereiten Russen erblickte. Der Junge hat ihm mit seinem Feuerstoß das Leben gerettet. „Danke!“ schreit er ihm zu, und er sieht in den Augen des Jungen das große, das furchtbare Staunen darüber, wie leicht es ist, einen Feind, einen Menschen auszulöschen. In dieser Sekunde ist wieder einmal aus einem Kind ein Kämpfer geworden.“ ...

Doch solche Kontrastbilder sind nur die pensées fugitives im inneren Monolog eines Bundeswehroffiziers, des Autors selbst zum Beispiel. Das blutige Diorama stört nicht die Didaktik. Im Gegenteil: diese Didaktik ist Didaktik mit Samthandschuhen. Da wird kein Schwarz barbarisch mit Weiß übertüncht und keinem notorischen Drückeberger undemokratisch der Mund verboten! Die allgemeine Stimme der Vernunft sogar läßt man jesuitisch-pfiffig zu Wort kommen: als advo-

catus diaboli. Wenn zwar auch die dialektische Widerlegung mitunter um eine Nuance zu körperhaft gerät:

„Lassen Sie meinen Vater aus dem Spiel . . . Der verfault nämlich in Rußland, wenn Sie's genau wissen wollen" . . .

. . . „Gut . . . lassen wir das aus unserer Diskussion heraus. Obwohl ich Ihnen zeigen könnte, daß gerade Ihr gefallener Vater sehr viel mit der Treue zu tun hat" . . .

. . . „Mein Vater ist wahrscheinlich von einer Granate zerrissen worden, weil ihm irgendein Offizier befohlen hat, sich dort hinzulegen, wo dann die Granate einschlug" . . .

. . . „Und wenn das so gewesen sein sollte, was meinen Sie, warum hat Ihr Vater diesen Befehl ausgeführt?"

„Vermutlich wäre er sonst erschossen oder aufgehängt worden", gab Endriß eisig zurück.

Plötzlich erhob sich hinter dem Gefreiten der Oberfeldwebel Wenggasser . . . „Sie, jetzt langt's mir aber!" dröhnt er mit tiefer Stimme . . . „Was uns veranlaßt hat, unsere Befehle auszuführen, davon verstehen Sie nichts . . . Um uns Frontsoldaten zu beleidigen, dazu sind Sie viel zu jung und dumm! — Verzeihung, Herr Leutnant" . . .

. . . „Schon gut, Herr Wenggasser . . . ich glaube, er wollte niemanden beleidigen. Er weiß es nicht anders, man hat es ihm jahrelang so erzählt" . . .

Demokratie hin, A d e n a u e r her! — die Bundeswehr versteht sich auf das „Schach der Demokratie"! Wie ihr Autor auf chiffrierte Poesie:

. . . „Der Einsatz . . . kann nicht hoch genug sein. Sie wissen, bereits bei der Eröffnung kann sich das Spiel entscheiden. . . . Und für den echten Schachspieler liegt der Sinn des Spielens nicht in Sieg oder Niederlage oder Remis, sondern in der logischen Erfüllung immanenter Gesetzlichkeiten . . . Das Hauptgesetz scheint mir das des Opfers zu sein . . . Man kann alle Figuren opfern, auch die Dame. Nur den König nicht. Der König ist die in Elfenbein geschnitzte Freiheit" . . .

Und die Dame? Ist die Dame . . . Demokratie!

Doch „Demokratie und Gehorsam", widerspricht einer der Offiziere in diesem Buch, „stehen einander nicht feindlich gegenüber, sondern benachbart in einem Parallelogramm der Kräfte. Die resultierende ist Freiheit." Eine tröstliche Freiheit! Eine tröstliche Freiheit unter „einer fröhlichen Flagge", in der „sieben mal sieben Sterne im blauen Feld angeordnet sind", einer Flagge, „an der zwei Kriege zwischen Menschen in gleicher Sprache kleben: ein Unabhängigkeitskrieg u n d e i n B ü r g e r k r i e g. Und dennoch eine fröhliche Flagge, voll Optimismus und Sendungsbewußtsein"! „We will have lots of fun"!

„Rekruten der Freiheit", so läßt der Klappentexter sich vernehmen, „ist ein Zeitroman, der Antwort gibt auf die . . . Fragen: . . . Was ist nun eigentlich das Wesen dieser neuen Armee? . . . Wie denken und handeln ihre Offiziere, ihre Unteroffiziere, denen unsere jungen Leute anvertraut sind?" . . .

(„Es hat sich nicht viel geändert, stellte Wasmuth fest. Es ist wie in der weiland Bendlerstraße, nur ist . . . das Ganze . . . rein äußerlich aus der altpreußisch-muffigen Atmosphäre in die hypermoderne Erhabenheit amerikanischer Konzern-Managertums gerückt. Und findet fünfhundert Kilometer weiter westlich statt.")

. . . „Darüber hinaus begreift der Roman die ganze Problematik des Verteidigungsgedankens in einer modernen Welt in sich ein und zeigt, daß es gerade für einen Soldaten notwendig ist, die eigene Position immer wieder von neuem zu klären . . . bis — ja bis einmal die Welt in einen Zustand eintritt, der den Soldaten überflüssig macht."

Diese Utopie wird solange Utopie bleiben, solange den Propagandisten der systematischen Gewalttätigkeiten ihre Position nicht dahin geklärt wird, daß sie in der menschlichen Gesellschaft überflüssig sind. Bis dahin „möge jeder, der einen Krieg der reinen Prinzipien und der Propaganda hindern konnte und es nicht tat, bedenken, daß das Blut, welches in solchen Kriegen vergossen wird, in seinem Schuldbuch steht; möge ihn der Fluch jedes ehrlichen Soldaten treffen, der für eine Sache stirbt, die er im Herzen verachtet, und möge dieser Fluch schwer auf seiner Seele lasten am Tage des Gerichtes." (B i s m a r c k)

Dr. A c h i m v o n B o r r i e s

Die Saat geht auf

„Die Schande von Marburg" nannte die Süddeutsche Zeitung, was sich am Abend des 13. Januar 1961 vor und in dem ‚Kurhaus' von Marbach bei Marburg/Lahn abgespielt hat. Der Augen- und Ohrenzeuge wird diesen in einem fatalen Sinne denkwürdigen Abend so leicht nicht vergessen. Und wenn er sich neben dem Gefühl für Sitte und Anstand auch sein geschichtliches Erinnerungsvermögen bewahrt hat, dann wird er nicht verschont geblieben sein von bedrückenden Assoziationen. Denn so lange ist es noch nicht her, daß in Deutschland, von der Obrigkeit nicht nur geduldet, sondern ermuntert, die Totschläger durch's Land zogen, um im Namen des „gesunden Volksempfindens" Juden und Katholiken, Sozialisten und Liberale, Kommunisten und ‚ernste Bibelforscher' zu traktieren — daß die Erinnerung daran nicht hätte aufkommen müssen angesichts des vielhundertstimmigen Chores vor den Fenstern des Marburger ‚Kurhauses': „Hängt ihn auf! Hängt ihn auf! Hängt ihn auf!"

Aber nicht an das Gestern allein, auch an das Morgen mußten wir denken. Und wir möchten diese so niederschmetternde unmittelbare Erfahrung von 1961 darum doch nicht missen, weil die Vorgänge von Marburg an diesem schwarzen Freitag der bundesdeutschen Demokratie ein Menetekel sind, das vielleicht doch noch hier und da ein entschiedenes Umdenken fördern kann — ehe es abermals zu spät ist! W i e spät es bereits wieder ist, das hat, als ein im wahrsten Sinne des Wortes „handgreiflicher" Beweis, die Lektion von Marbach deutlich gemacht.

Stundenlang, bis in die Nacht hinein, belagerte eine tobsüchtige, heulende Menge den Saal, in dem der Präsident der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Johannes D i e c k m a n n, auf Einladung des Vorsitzenden der Marburger Gruppe des Liberalen Deutschen Studentenbundes, des vierundzwanzigjährigen Chemie-Studenten Klaus H o r n, über die Möglichkeiten einer deutschen Wiedervereinigung sprechen sollte. Der Gast aus Ostberlin, alter Liberaler, zeitweise Mitarbeiter Stresemanns, ein gebildeter Mann mit ausgesprochen bürgerlichem Habitus, wurde schon bei seinem Eintreffen am Ort der Veranstaltung mit Schmährufen und Drohungen empfangen. Kaum hatte er seinen Vortrag begonnen, da setzten jene Störversuche der vor den Saalfenstern Zusammengekommenen ein, die in dem Rufe „Hängt ihn auf!" gipfelten. Steine und wohl auch Bierflaschen flogen, Fensterscheiben zerbrachen, die Versammlung mußte unterbrochen werden. Erst jetzt schritt, lange Zeit viel zu nachsichtig, die Polizei ein und hinderte die randalierenden Demonstranten daran, den von zweihundert Personen, zumeist Studenten, und zahlreichen Vertretern der in- und ausländischen

Presse, von Rundfunk und Fernsehen besetzten Saal zu stürmen. Als der Vortrag und die ihm folgende Diskussion schließlich zu Ende waren, mußte Dr. Dieckmann von einem Polizei-Auto in sein Hotel zurückgebracht werden, derweil die Demonstranten seinen Wagen zu demolieren versuchten und auch noch die heimkehrenden Besucher der Veranstaltung bedrohten; jene also, die, nichts weniger als Freunde des Herrn Dr. Dieckmann oder gar des Kommunismus, in ihrer Mehrheit angesichts der deutschen Situation doch immerhin bereit gewesen waren, den Volkskammerpräsidenten wenigstens anzuhören und sich mit ihm in der Diskussion mit Argumenten, statt auf der Straße handgreiflich auseinanderzusetzen. Am nächsten Morgen sollte eine zunächst schon für den späten Freitag-Abend vorgesehene Pressekonferenz stattfinden. Doch dazu kam es nicht mehr. Bereits in aller Frühe des Samstag verließ Dr. Dieckmann, der in Marburg einen beachtlichen persönlichen Mut gezeigt hatte, mit seiner Begleitung die Stätte bundesdeutscher antikommunistischer Hysterie, übrigens nicht „fluchtartig", wie vielfach behauptet, sondern auf Anraten des für seine persönliche Sicherheit verantwortlichen Beamten der Polizei.

Kein Wunder, daß der mit Müh und Not der politischen Lynch-„Justiz" entgangene Volkskammerpräsident von der Presse der DDR als Märtyrer gefeiert wurde und daß diese Presse es an triumphierenden Schlagzeilen nicht fehlen ließ: da seht ihr, wie es mit „Freiheit" und „Demokratie" in Westdeutschland steht. Die Rowdies von Marburg, die sich als „Freiheitskämpfer" aufspielten, haben der kommunistischen Propaganda zu einem großen Schlager verholfen. Aber Propaganda hin, Propaganda her — wer wollte nach Marburg noch leichtfertig behaupten, das „Faschisten ante portas" sei eine „Übertreibung"?

So endete also eine Demonstration, von der es in Marburg mit eher peinlich anmutendem lokalpatriotischem Stolze hieß, sie sei „die größte in der Geschichte der Universität" gewesen. Gewiß war sie auch die bornierteste, würdeloseste und beschämendste! Denn wenn diese Demonstranten versuchten, die erste öffentliche Diskussion mit einem maßgeblichen politischen Repräsentanten der DDR auf dem Boden der Bundesrepublik unmöglich zu machen — unmöglich gemacht haben sie in Wirklichkeit sich selbst und ihresgleichen. Herr Dieckmann sollte und wollte über die Möglichkeiten einer Wiedervereinigung sprechen, natürlich im Sinne der DDR. Die ihn daran durch ihre Tätlichkeiten zu hindern bemüht waren, demonstrierten wider Willen, welche Hindernisse der Wiedervereinigung hierzulande im Wege stehen, wie immer man die Position der DDR in dieser Frage beurteilen mag. D a s war die Lektion von Marburg, die es ernst zu nehmen gilt.

Die schon einmal zitierte Süddeutsche Zeitung schließt ihren Kommentar zu den Vorfällen von Marburg mit der „bangen Frage", ob dieser „Anfall kollektiver Raserei ... wirklich nur ein vorübergehender Anfall war". Wir möchten uns mit der Frage nicht begnügen, wo die Antwort sich aufdrängt. Denn so unvermittelt kam und so überraschend ist der Skandal von Marburg nicht, wie post festum selbst eine aufrichtig liberale und darum kritische Presse glauben machen will. Vielmehr: „Marburg" ist ein Symptom, ein besonders alarmierendes, in einer langen Reihe von Symptomen, die a l l e das Schlimmste erwarten lassen!

Einmal mehr hat sich mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt, wohin jener ausschließliche hysterische Antikommunismus führt, der in der Bundesrepublik weithin noch immer als der welt- und national-politischen Weisheit letzter Schluß gilt; dessen geschäftstüchtige Manager sich als „Politiker" und „Verteidiger der Freiheit" aufspielen und ihn zum Kriterium „demokratischer" Gesinnung erklären. Aber von dem „Hängt ihn auf!" der Marburger Demonstranten zu einem allgemeinen „Kommunisten"- („Neutralisten" — etc.) Pogrom ist nur noch ein kleiner Schritt. Und am Ende dieses Weges steht nicht etwa die deutsche Wiedervereini-

gung, sondern — der deutsche Bürgerkrieg, womöglich der von jenen „Verteidigern der Freiheit" ausgelöste dritte Weltkrieg, der Atomkrieg! Die Ausschreitungen vor dem Kurhaus von Marbach haben keinen hellsichtigeren Diagnostiker gefunden als Conrad Ahlers, der in der Frankfurter Rundschau von einem „Vorspiel des deutschen Bürgerkrieges", von einer „Bürgerkriegsübung" Marburger Studenten sprach.

Aber nicht mit diesen Marburger Studenten allein wird man sich zu beschäftigen haben. Von deren Handgreiflichkeiten versuchen sich verbal auch diejenigen zu distanzieren, die als die Einpeitscher jenes hysterischen Antikommunismus in Wirklichkeit die für die Ausschreitungen von Marburg intellektuell Verantwortlichen sind! Die vor dem Kurhaus von Marbach randalierten, waren gewissermaßen nur ihre auswechselbaren Handlanger. Marburg mag für sie ein besonders guter Boden sein. Aber es geht nicht an, den Skandal gewissermaßen zu „lokalisieren" und damit zu verharmlosen. Der Blick auf das beschämende Vorspiel dieses schwarzen Freitag genügt, um die Dimension des Spektakels zu erkennen.

Den Morddrohungen gegenüber Dr. Dieckmann war der Rufmord an seinem Gastgeber, dem Studenten Horn, vorausgegangen! Auf Grund von offenbar nicht ganz unergiebigen freimütigen politischen Gesprächen mit dem Volkskammerpräsidenten und liberaldemokratischen Politikern in Leipzig hatte Horn Dieckmann schon vor längerer Zeit zu einem Vortrag nach Marburg eingeladen. Anfang Januar erhielt Horn, dieser reine Tor der deutschen Politik, die Nachricht, Dr. Dieckmann sei bereit, am 13. Januar in Marburg zu sprechen. Doch sogleich setzte die öffentliche Kampagne gegen den mutigen liberalen Studenten ein, der dabei war, die politischen Parteien der Bundesrepublik zu beschämen, indem er nichts anderes als das politisch im Grunde Selbstverständliche, weil Unumgängliche und Vernünftige tat. Übrigens ohne die ihm angedichteten Illusionen darüber, daß dies Gespräch mit Dr. Dieckmann gar nicht mehr sein konnte als ein erster Versuch, ein Anfang. Aber gerade das wollte „man "nicht, um keinen Preis. Klaus Horn wagte es, das bundesdeutsche nationalpolitische Tabu zu durchbrechen: er ging aus von der faktischen Existenz zweier deutscher Staaten und machte sich ernsthaft Gedanken darüber, wie unter diesen schwierigen Umständen eine Milderung und Überwindung der Spaltung Deutschlands zu erreichen sei. Aber das durfte nicht sein. Schlimm genug, daß überhaupt erst ein einsichtsvoller und mutiger Vierundzwanzigjähriger kommen mußte, um endlich einmal einen Schritt aus dem Teufelskreis der antikommunistischen Hysterie und der bundesdeutschen politischen Tabus zu tun. Schlimmer aber, daß „man" nun, anstatt beschämt zu schweigen, „auftrumpfte", höhnisch, besserwisserisch, um keine Intrige verlegen, vor keiner Diffamierung zurückscheuend. „Man" distanziert sich von diesem „Außenseiter", der im Grunde bei der ganzen Affäre der einzige Normale war, mit einem Eifer, der einer besseren Sache wert gewesen wäre. Die widerwärtige pseudopatriotische Beflissenheit aller Parteien überschlug sich, als es galt, über den Einzelgänger herzufallen. Welch gute Gelegenheit, wieder einmal die eigene antikommunistische Gesinnungstüchtigkeit zu „bewähren" und den gesinnungsgleichen Wahl-Konkurrenten dabei womöglich noch zu übertreffen. Horn wollte ein gutes Beispiel geben — „man" statuierte nun ein Exempel! Den Besuch Dr. Dieckmanns polizeilich zu unterbinden, gelang nicht. So blieb denn nur eine „Demonstration" übrig. Das Ende waren die Rufe „Hängt ihn auf!", die eingeschlagenen Fensterscheiben, die Steine, die dem Auto des DDR-Politikers galten. Die Geister, die die Organisatoren des „Schweigemarsches" gerufen hatten (traurig genug, daß man heute schon sagen muß: selbstverständlich gehörten auch die SPD und der mit ihr verbundene Sozialistische Hochschulbund dazu!), dachten nicht daran, auf ein hand-

festes „antikommunistisches Stoßtrupp-Unternehmen" gegen den Ein-Mann-Feind Dieckmann zu verzichten . . .

Dieselben Leute, die durch ihre planmäßige Hetze in Marburg eine sachliche Auseinandersetzung mit Dr. Dieckmann's Thesen so unmöglich gemacht haben, wie sie seit Jahr und Tag gesamtdeutsche Gespräche unter dem Vorwand unterbinden, unsere Freiheit werde durch solche Gespräche und Kontakte gefährdet — sie behaupten n u n : „Marburg" habe ja gezeigt, wie sinnlos derartige Gespräche seien. Aber das heißt denn doch den Zynismus übertreiben! Wollte man das Marburger Ereignis als gescheitertes Experiment bezeichnen und als Exempel für die angebliche Sinnlosigkeit gesamtdeutscher Kontakte — dann müßte man allerdings konsequent sein und sagen: nicht an Dr. Dieckmann ist „Marburg" gescheitert, sondern an denen, die bewußt eine Pogrom-Atmosphäre geschaffen haben, um die Veranstaltung, so oder so, um jeden Preis zum Scheitern zu bringen.

Es ist den „Rabauken von Marburg" immerhin gelungen, sowohl das Auditorium selbst wie auch die deutsche Öffentlichkeit von den Ausführungen Dr. Dieckmanns selbst abzulenken, über die die Presse der Bundesrepublik denn auch nur noch am Rande berichtet hat. Nur in wenigen Zeitungen ist darauf hingewiesen worden, daß Dr. Dieckmann ausdrücklich eine Gegen-Einladung ausgesprochen, d. h. einen maßgeblichen westdeutschen Politiker eingeladen hat, in einer öffentlichen Versammlung in der DDR den Standpunkt der Bundesregierung zu vertreten.

Bemerkenswert war im übrigen das halb ungläubige, halb betretene Schweigen, als Dr. Dieckmann über die Wiedervereinigungs-Angebote der DDR und deren Vorschlag betr. freie Wahlen in Gesamtdeutschland (von 1952) berichtete. Das Verstummen der sonst unaufhörlich auf den Redner „abgeschossenen", zumeist übrigens törichten Zwischenrufe bei diesen substantiellsten Passagen seines Vortrages ließ erkennen, wie schlecht unterrichtet, ja mehr oder minder ahnungslos, über die politischen Zusammenhänge und Entwicklungen seit 1949 überhaupt nicht informiert die große Mehrheit dieser Studenten war, immerhin aber doch bereit, Dr. Dieckmann gemäß dem „audiatur et altera pars" wenigstens einmal anzuhören. Gerade darum hätte man freilich — selbst wenn man die unzumutbaren äußeren Umstände in Rechnung stellt — auch von diesem selbst weit zusammenhängendere und präzisere, auch weniger polemische Darlegung erwarten müssen, als er sie zu geben vermochte. Zumal seine schulmeisterlichen Antworten auf die Zwischenrufe, zuletzt freilich nur mehr eine Art psychologische Notwehr, trugen zu einer Versachlichung der Auseinandersetzung auch nicht bei. An eine sinnvolle sachliche Diskussion war unter den der Versammlung oktroyierten kollektivpsychologischen Umständen ohnehin nicht mehr zu denken; was dem Vortrag folgte, war durchweg Polemik hüben und Polemik drüben. Aber wohlgemerkt, um Mißverständnisse auszuschließen: die Ausschreitungen des lautstarken akademischen Pöbels außerhalb des Saales waren nicht etwa eine Reaktion auf die Ausführungen des Volkskammerpräsidenten, sondern eine Aktion, die diese von vornherein stören sollte.

Weit davon entfernt, die Unmöglichkeit oder Sinnlosigkeit gesamtdeutscher Gespräche zu exemplifizieren, hat „Marburg" vielmehr gerade deren Notwendigkeit bewiesen, soll es jemals zu einer Wiedervereinigung und nicht statt dessen zum deutschen Bürgerkrieg kommen. Der schwarze Freitag von Marburg hat aber auch mit unmißverständlicher Deutlichkeit gezeigt, welche Hindernisse wir in unserem eigenen Haus zunächst zu überwinden, mit welchen Amokläufern wir uns auseinanderzusetzen haben, wollen wir den Weg der Vernunft und des Friedens gehen, den einzigen, der auch zur Wiedervereinigung führt. Denn „die Mörder sind unter uns" — nicht nur die von gestern, auch die von morgen.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Der Wortlaut der Ansprache des Präsidenten John F. Kennedy anläßlich seiner Inauguration am 20. Januar 1961

Meine Mitbürger, wir erleben heute nicht den Sieg einer Partei, sondern eine Feierstunde der Freiheit, die sowohl einen Abschluß als auch einen Neubeginn darstellt, eine Erneuerung und einen Wechsel. Denn ich habe vor euch und dem allmächtigen Gott den gleichen heiligen Eid geschworen, den unsere Vorfahren vor nahezu 175 Jahren vorgeschrieben haben.

Die Lage, in der wir uns heute befinden, unterscheidet sich sehr von diesen alten Zeiten. Der Mensch hält in seinen sterblichen Händen die Macht, alle menschliche Armut zu beseitigen, aber auch alle Formen des menschlichen Lebens auszutilgen. Dennoch haben dieselben revolutionären Ideen, für die unsere Vorväter kämpften, auch heute noch Gültigkeit in der ganzen Welt — der Glaube, daß die Menschenrechte nicht von einem großzügigen Staat geschenkt werden, sondern von Gott kommen.

Wir dürfen nicht vergessen, daß wir die Erben dieser ersten Revolution sind. Laßt uns hier und heute von diesem Platz aus die Botschaft an Freund und Feind senden, daß die Fackel in die Hände einer neuen Generation von Amerikanern übergegangen ist, die in diesem Jahrhundert geboren wurde, die vom Krieg und von einem kalten und bitteren Frieden geprägt ist. Diese Generation ist stolz auf ihre Herkunft und nicht willens, dem langsamen Auslöschen der Menschenrechte zuzusehen oder es gar zu erlauben. Diesen Menschenrechten war unser Land immer verpflichtet. Das gleiche gilt heute für uns.

Jede Nation, ob sie uns Gutes oder Böses wünscht, soll wissen, daß wir jeden Preis zahlen, jede Last auf uns nehmen und alle Härten ertragen werden, um jeden Freund zu unterstützen — oder jedem Feind entgegenzutreten —, damit das Überleben und die Fortdauer der Freiheit gesichert werden.

Dies versprechen wir — und noch mehr. Unseren alten Verbündeten, mit denen wir unsere kulturelle und geistige Abstammung teilen, versprechen wir die Loyalität treuer Freunde. Vereint gibt es viel, was wir gemeinsam tun können. Gespalten gibt es nur wenig, was wir tun können — denn wir dürfen es nicht wagen, uns mächtigen Herausforderungen zersplittert gegenüberzustellen.

Allen neuen Staaten, die wir nun in den Reihen der Freien begrüßen, geben wir unser Wort, daß die eine Form der Kolonialherrschaft nicht beseitigt sein soll, um durch eine weit härtere Tyrannei ersetzt zu werden. Wir erwarten durchaus nicht immer, daß sie uns in jeder Hinsicht unterstützen, wir werden aber immer hoffen, daß sie zu ihrer eigenen Freiheit stehen und sich daran erinnern, daß in der Vergangenheit diejenigen, die durch einen Ritt auf des Tigers Rücken leichtsinnig nach Macht strebten, unvermeidlich von ihm aufgefressen wurden.

Allen Menschen, die auf der einen Hälfte der Erde in Hütten und Dörfern versuchen, die Ketten des Massenelends zu brechen, versprechen wir unsere größten Anstrengungen, um sie in die Lage zu versetzen, sich selbst zu helfen, welche Zeitspanne auch immer dafür benötigt wird.

Wir machen dies nicht, weil die Kommunisten es tun, nicht weil wir Stimmen suchen, sondern weil es gerecht ist. Wenn die freie Gesellschaft nicht den vielen helfen kann, die arm sind, kann sie auch niemals die wenigen Reichen retten.

Unseren Schwesterrepubliken südlich unserer Grenzen bieten wir ein besonderes Versprechen: Unsere guten Worte in gute Taten umzuwandeln, in einer neuen Allianz des Fortschritts allen freien Menschen und freien Regierungen beizustehen, die Ketten der Armut abzuwerfen. Diese friedliche Revolution der Hoffnung darf nicht die Beute feindlicher Mächte werden. Alle unsere Nachbarn sollen wissen, daß wir uns mit ihnen in der Abwehr von Aggressionen oder Subversionen an jeder Stelle in Amerika vereinigen. Jede andere Macht sollte wissen, daß diese Hemisphäre Herr im eigenen Hause bleiben will.

Der Weltversammlung souveräner Staaten, den Vereinten Nationen, die unsere letzte, beste Hoffnung in einem Zeitalter sind, in dem die Instrumente des Krieges die des Friedens bei weitem überholt haben, geben wir erneut das Versprechen der Unterstützung. Wir wollen verhindern, daß die UN lediglich ein Forum für Schmähreden werden. Wir wollen ihren Schutzschild für die neuen und schwachen Staaten stärken, um das Gebiet zu vergrößern, in dem ihre Charta Geltung hat.

Denjenigen Nationen schließlich, die sich selbst zu unseren Gegnern machen, bieten wir kein Versprechen. Wir richten an sie aber eine Aufforderung: daß beide Seiten von neuem mit der Suche nach dem Frieden beginnen, bevor die von der Wissenschaft entfesselten dunklen Mächte der Zerstörung die gesamte Menschheit in geplanter oder zufälliger Selbstzerstörung verschlucken.

Wir werden sie nicht durch Schwäche in Versuchung bringen, denn nur wenn unsere Waffen ohne jeden Zweifel ausreichend sind, können wir ohne jeden Zweifel auch sicher sein, daß wir sie niemals brauchen werden. Auf der anderen Seite können zwei große mächtige Völkergruppen keine Befriedigung aus ihrer gegenwärtigen Lage ziehen: beide Seiten sind mit den Kosten für moderne Waffen überlastet, beide Seiten sind durch das ständige Ausbreiten des tödlichen Atoms beunruhigt, und trotzdem sind beide in einem Wettlauf begriffen, um die unsichere Balance des Schreckens zu ihren Gunsten zu verändern.

So laßt uns von neuem beginnen und uns auf beiden Seiten daran erinnern, daß Höflichkeit nicht ein Zeichen von Schwäche ist und Aufrichtigkeit stets bewiesen werden muß. Laßt uns niemals aus Furcht heraus verhandeln, aber laßt uns auch niemals Verhandlungen fürchten. Laßt beide Seiten prüfen, welche Probleme uns einigen, statt auf den Problemen herumzureiten, die uns teilen.

Beide Seiten sollten außerdem zum ersten Male ernsthafte und klare Vorschläge für die Inspektion und Kontrolle der Rüstungen ausarbeiten und die absolute Macht, andere Nationen zu zerstören, unter die absolute Kontrolle aller Völker bringen. Beide Seiten sollten dabei zusammenarbeiten, die Wunder und nicht die Schrecken der Wissenschaft anzuwenden. Zusammen sollten wir die Planeten erforschen, die Wüsten erobern, die Seuchen ausmerzen, die Ozeantiefen erschließen, Kunst und Handel fördern. Beide Seiten sollten gemeinsam in alle Ecken der Erde das Wort Jesaijas tragen: Nehmt die Last von den Schultern und laßt die Unterdrückten frei.

Und wenn ein Brückenkopf der Zusammenarbeit in dem Dschungel des Argwohns geschlagen werden kann, dann sollten beide Seiten auch die nächste Aufgabe gemeinsam unternehmen: nicht ein neues Mächtegleichgewicht, sondern eine neue Welt des Rechts zu schaffen, in der die Starken gerecht und die Schwachen sicher sind und in der der Friede für immer bewahrt ist.

All dies wird nicht in den ersten hundert Tagen erreicht werden. Es wird auch nicht in den ersten tausend Tagen, nicht in der Amtszeit dieser Regierung und vielleicht auch nicht während unseres Lebens auf diesem Planeten gelingen. Aber wir wollen einen Anfang machen.

In euren Händen, meine Mitbürger, werden am Ende Erfolg oder Fehlschlag unseres Weges liegen. Seit dieses Land gegründet wurde, war jede Generation aufgerufen, ihre nationale Loyalität zu bezeugen. Die Gräber junger Amerikaner, die diesem Ruf folgten, liegen auf dem ganzen Erdball.

Nun ruft uns erneut die Trompete, nicht um die Waffen zu ergreifen, obwohl wir auch Waffen benötigen, nicht zur Schlacht, obwohl wir in Schlachtordnung stehen, sondern um die Last eines langen, zwielichtigen Kampfes zu tragen. Jahraus, jahrein, freudig in Hoffnung, geduldig in Trübsal. Ein Kampf gegen die gemeinsamen Feinde des Menschen: Tyrannei, Armut, Krankheit und Krieg.

Können wir gegen diese Feinde eine große und weltumspannende Allianz im Norden und Süden, Osten und Westen bilden, eine Allianz, die ein fruchtbareres Leben für die ganze Menschheit sichert? Werdet ihr an dieser historischen Aufgabe teilnehmen?

In der langen Geschichte der Erde wurde nur wenigen Generationen die Aufgabe gestellt, die Freiheit in der Stunde ihrer größten Gefahr zu verteidigen. Ich schrecke vor dieser Verantwortung nicht zurück, ich begrüße sie vielmehr. Ich glaube nicht, daß irgendeiner von uns seinen Platz mit irgendeinem anderen, mit irgendeiner anderen Generation tauschen würde. Die Energie, das Vertrauen und die Innigkeit, die wir dieser Aufgabe

entgegenbringen, werden unser Land und alle diejenigen erhellen, die ihr dienen. Und der Glanz dieses Feuers kann wahrlich die Welt erleuchten.

Und deshalb, meine amerikanischen Bürger, fragt nicht danach, was unser Land für euch tun will, fragt danach, was ihr für unser Land tun könnt. Meine Mitbürger in der Welt: Fragt nicht danach, was Amerika für euch tun will, sondern was wir zusammen für die Freiheit des Menschen tun können.

Schließlich, ob ihr Bürger Amerikas oder der übrigen Welt seid, verlangt von uns das gleiche hohe Maß von Stärke und Opfern, das wir von euch verlangen werden. Mit einem guten Gewissen als unserer einzigen sicheren Belohnung, mit der Geschichte als dem letzten Richter unserer Tage, wollen wir vorwärtsschreiten, um das Land, das wir lieben, zu führen, wollen wir seinen Segen und seine Hilfe anrufen, aber in dem Bewußtsein handeln, daß Gottel Werk auf Erden wahrhaft unser eigenes Werk sein muß.

121 amerikanische Wasserstoff-Raketen sind einsatzbereit

Das gut unterrichtete amerikanische Nachrichtenmagazin „US News and World Report" ist in einer Übersicht über die amerikanischen Raketenbestände zu dem Schluß gekommen, daß es den Vereinigten Staaten im letzten Jahr praktisch gelungen sei, die Atomraketenlücke gegenüber der Sowjetunion zu schließen. Ein sowjetischer Atomangriff könnte heute bereits mit einem vernichtenden Gegenschlag von 121 mit Wasserstoffsprengkörpern bestückten Raketen vergolten werden.

Im einzelnen zählt die Zeitschrift als einsatzbereit auf: 32 „Polaris"-Raketen an Bord der Atom-Unterseeboote „George Washington" und „Patrick Henry", neun interkontinentale „Atlas"-Raketen, von denen drei in Vandenberg (Kalifornien) und sechs auf dem Luftstützpunkt Warren (Wyoming) abschußbereit auf den Rampen liegen. Dazu kommen 60 in Großbritannien stationierte Mittelstreckenraketen vom Typ „Thor" und 20 Fernlenkgeschosse vom Typ „Snark", die auf der Insel Presque im Bundesstaat Maine auf Ziele in der Sowjetunion gerichtet sind.

Darüber hinaus werden gegenwärtig in der Türkei und in Italien insgesamt 45 Fernraketen vom Typ „Jupiter" installiert. Bis zum Sommer dieses Jahres werden noch in den Vereinigten Staaten neun „Titan"-Raketen in ihre Feuerstellungen gebracht. Bis zum Ende des Jahres sollen ferner vier weitere Atomunterseeboote und 45 „Atlas"-Raketen einsatzbereit sein, so daß innerhalb weniger Monate fast 300 amerikanische Atomraketen für einen Vergeltungsschlag bereitstehen.

Auf der Insel Ascension im Südatlantik wollen die Vereinigten Staaten in Kürze eine neue Radarstation zur Beobachtung von Raketenversuchen in Betrieb nehmen, wie die amerikanische Armee mitteilt. Die neue Station, die alle bisherigen Radarstationen an Reichweite und Genauigkeit übertreffen soll, wird den Flug der von Kap Canaveral gestarteten Raketen auf der Versuchsstrecke im Südatlantik beobachten.

Wie jetzt im einzelnen bekannt wird, sieht die am Montag vorgelegte Haushaltsbotschaft Präsident Eisenhowers für die amerikanische Atomenergiekommission 1961/62 Ausgaben in Höhe von 2,68 Milliarden Dollar vor, das sind 20 Millionen mehr als im Vorjahr. Der Botschaft ist zu entnehmen, daß sich die Ausgaben für die Atomwaffenproduktion und einige andere Atom-Programme erhöhen werden. Diese erhöhten Ausgaben werden jedoch durch Einsparungen bei der Herstellung von Urankonzentraten weitgehend wieder wettgemacht. Bis zum Ende des Haushaltsjahres 1962 soll die Zahl der privaten Atomkraftwerke von drei auf zehn und die der staatlichen Versuchsatomkraftwerke von fünf auf zehn erhöht werden.

FAZ v. 18. 1. 61

Noch immer tödliche Strahlungen

24 Stunden nach der Explosion eines amerikanischen Versuchs-Atomreaktors in Idaho Falls haben tödliche radioaktive Strahlungen noch immer nicht die Bergung der beiden noch an der Unglücksstelle liegenden Toten gestattet. In schwere Schutzanzüge gehüllte Fachleute konzentrieren ihre Suche gegenwärtig auf die Strahlungsquelle, die beseitigt werden muß, ehe die Aufräumungsarbeiten beginnen können. Trotz der schweren Schutzanzüge können sich die Männer wegen der starken Strahlungen kaum länger als eine Minute im Innern der Gebäuderuinen aufhalten. Von Zeit zu Zeit fliegt ein Flugzeug in

150 Metern Höhe über die Unglücksstelle und prüft die Stärke und Ausdehnung des Strahlungsfeldes. Bisher wehte ein steifer Südwestwind, der die gefährliche Strahlung von bewohnten Gegenden forttrug. Dem Unglück sind insgesamt drei Soldaten der Armee zum Opfer gefallen.

FAZ v. 6. 1. 61

Die Opfer der Bombe von Hiroshima

Vom Spital in Hiroshima, das über 90 Prozent der Opfer des ersten Atombombenabwurfs behandelt, verlautete am Dienstag, daß in den ersten elf Monaten dieses Jahres 74 Personen den Folgen der ersten Atomexplosion erlegen sind, das heißt 11 mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahrs. Vier weitere Personen sind bisher im Dezember verschieden. Insgesamt wurden in diesem Spital vom Januar bis November 18 378 Personen wegen atomischer Erkrankungen gepflegt.

Reuter v. 27. 12. 60

Gespräche über Atomversuchsstop

Die ersten Anzeichen dafür, daß es bald zur Wiederaufnahme ernsthafter Abrüstungsverhandlungen kommen dürfte, haben hier (in Washington. D. Red.) großes Aufsehen erregt. Kennedy ließ vertraulich in Moskau nachforschen, ob Chrustschow bereit ist, Verhandlungen über einen Atomversuchstop wieder aufzunehmen. Kennedys inoffizieller Botschafter war Professor Walt Whitman Rostow, Professor für Wirtschaftsgeschichte am Massachusetts Institute of Technology und einer der Berater Kennedys in Fragen der Außenpolitik. Die Konferenz über den Atomversuchstop in Genf soll im Februar wieder aufgenommen werden. Es heißt, daß Kennedy einen letzten Versuch machen will, zu einem Abkommen zu gelangen.

Professor Rostow gehörte zu einer Gruppe von amerikanischen Wissenschaftlern, die zur jährlichen Pugwash-Konferenz nach Moskau reiste. Er hatte Unterredungen mit den führenden sowjetischen Atomwissenschaftlern Igor Tamm und Peter Kapitzka. Einer der amerikanischen Konferenzteilnehmer deutete an, daß man den Russen gesagt habe, wenn sie zwanzig örtlichen Inspektionen zustimmten und die Verhandlungen über einen Atomversuchstop wieder aufnähmen, würde ein Zusammentreffen zwischen Chrustschow und Kennedy möglich sein. Die Wissenschaftler berichteten, daß Tamm und Kapitzka augenscheinlich von Chrustschow ermächtigt waren, zu erklären, den Sowjets läge jetzt dringend daran, ein Abkommen über das Verbot der Atomversuche zu erzielen. Sie drückten ihre Besorgnis darüber aus, daß weitere Verzögerungen anderen Ländern die Möglichkeit geben könnten, Atomwaffen herzustellen. Gegenstand ihrer Hauptbesorgnis ist China. Es scheint hingegen, daß sie über die Absichten Israels, einen Atomreaktor mit französischer Hilfe zu bauen, nichts wußten.

Daily Mail (London)

Eaton bereitet West-Ost-Abrüstungs-Gespräch vor

Cyrus S. Eaton sagte gestern, er plane, eine Konferenz von Wirtschaftsführern und Industriellen aus kommunistischen und nicht-kommunistischen Ländern zusammenzurufen, zur Ausarbeitung eines Vertrages über Abrüstung, der den Regierungen der Welt vorgelegt werden soll.

Der Industrielle aus Cleveland (USA), ein Bewunderer des Ministerpräsidenten Chrustschow, sagte, die nicht-kommunistischen Teilnehmer würden führende Kapitalisten aus den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, Indien, Japan und Lateinamerika sein. Er erwartet, daß maßgebliche Persönlichkeiten aus der Industrie der Sowjetunion, des kommunistischen China und anderer kommunistischer Nationen teilnehmen würden.

Mr. Eaton sagte, Zeit und Ort des Treffens würden erst nach Abschluß der Sitzungen bekanntgegeben, um einen möglichst freien Meinungsaustausch ohne Druck von außen möglich zu machen. Er deutete an, daß er die Zusammenkunft gern an einem Ort der USA sehen würde, nannte aber als Alternative London, für den Fall, daß es wegen der Einreise von Personen aus dem kommunistischen China in die USA Schwierigkeiten geben werde.

New York Times v. 7. 1. 61

Schweitzer arbeitet an Friedensmanifest

Dr. Albert Schweitzer arbeitet nach Angaben aus seiner Umgebung an einem Friedensmanifest. Es soll, so berichten seine Mitarbeiter im Urwaldkrankenhaus Lambarene, die Krönung seines umfangreichen literarischen und philosophischen Werkes werden.

Der Mittag v. 21. 1. 61

London für neutrales Laos

Gestern erklärte der britische Außenminister auf einem Essen in Paris, London hoffe, in Laos könne eine Regierung mit breiter Basis, „which is genuinly non-aligned", errichtet werden, das heißt eine „echt neutralistische" Regierung. Das Foreign Office ist... der Auffassung, daß von den Vereinigten Staaten nicht General Nosavan, sondern der neutralistische Ministerpräsident Prinz Souvanna Phouma, der nach Kambodscha geflüchtet ist, hätte unterstützt werden sollen. Man glaubt in Whitehall, ein neutralistisches Regime in Laos wäre für den Westen weniger gefährlich gewesen als der Kampf zwischen einem „russischen" und einem „amerikanischen" Lager.

Neue Zürcher Zeitung v. 19. XII. 60

Positiver Neutralismus

Heute sollte es offensichtlich sein, daß neutralistische Regierungen, wie diejenigen in Afghanistan, Nepal, Indien und Burma an den Grenzen Chinas die chinesischen Befürchtungen wegen des amerikanischen ‚Imperialismus' beschwichtigen und innerhalb dieser Länder selbst die politischen Spannungen vermieden. Ihr Neutralismus führt keineswegs dazu, daß sie in den chinesischen Machtbereich einbezogen oder der chinesischen politischen Infiltrierung preisgegeben werden. Eine neutralistische Regierung ist überdies nicht weniger besorgt darum, ihre nationalen Interessen zu verteidigen, wenn, wie im Falle von Indien, ein Konflikt entstehen sollte.

Times v. 23. XII. 60

Die Verantwortung der USA für den Bürgerkrieg in Laos

Wenn der außenpolitische Kurs der Regierung von Prinz Souvanna Phouma auch immer einen Neutralismus a la Kambodscha bedeutet hätte, so wäre dem Lande zumindest ein Bürgerkrieg oder eine kommunistische Machtergreifung erspart geblieben. Für diesen Bürgerkrieg tragen die Amerikaner weitgehend die Verantwortung, denn er wäre ausgeblieben, wenn General Phoumi nicht militärische und moralische Hilfe von den USA und dem benachbarten Thailand erhalten hätte.

Süddeutsche Zeitung v. 30. XII. 60

Die Folgen des überhitzten Antikommunismus

Korrespondenten, die soeben aus Ostasien zurückgekommen sind, sagen übereinstimmend, die sich ständig zuspitzende Lage in Laos sei nur darauf zurückzuführen, daß die Amerikaner sich mit der neutralistischen Regierung Souvanna Phouma nicht hätten abfinden wollen und ihr ständiges Drängen auf das Herausstellen pro-westlicher Vertreter schließlich die anti-westlichen Kräfte so sehr mobilisiert hat, daß augenblicklich die prokommunistischen Vertreter über die Neutralisten die Oberhand gewonnen haben.

Die Zeit v. 30. XII. 60

Fatales „Alles oder Nichts"

Es ist offensichtlich, daß die Regierung Souvanna Phouma durch eine amerikanisch unterstützte Rebellion gestürzt worden ist. Es ist also nicht verwunderlich, wenn die kommunistischen Mächte aus den Ereignissen den Schluß ziehen, es sei den Amerikanern nun mit gleicher Münze heimzuzahlen. Das scheinen sie auch zu tun: die Berichte über die sowjetrussische Luftversorgung der Truppen des Hauptmanns Kong Le sind ohne Zweifel zutreffend. Der entscheidende Punkt ist aber wohl der, daß die Sowjetunion und Nordvietnam die Verwirklichung der Genfer Laos-Weisungen von 1954 fordern, während die USA sich nie dazu bequemen wollten, diese Weisungen zu sanktionieren. Die Vereinigten Staaten wollen kein neutrales Laos. Sie ziehen es vor, ein weiteres Land aufzuspalten, wenn es ihnen dabei bloß gelingt, die eine Hälfte unter ihrem

Einfluß zu behalten. Diese Haltung widerspricht klarerweise den Interessen des laotischen Staatswesens und Volkes. Darum lautet auch auf längere Sicht die Prognose für die Amerikaner schlecht, wenn sie ihre gegenwärtige Politik auch unter der Regierung Kennedy fortsetzen sollten — was aber keineswegs feststeht.

Die Tat (Zürich) v. 3. I. 61

Neutralisierung — sinnvoller Kompromiß

Mehrere Initiativen sowohl der Regierung der Vereinigten Staaten als auch der Sowjetunion haben in den letzten vierundzwanzig Stunden erheblich zu einer Entschärfung der Lage in Laos beigetragen und die Hoffnungen auf eine Kompromißlösung der Krise auf der Basis einer echten Neutralisierung des Landes gestärkt... In Washington heißt es, daß die Neutralisierung des Landes und die Bildung einer Koalitionsregierung von Boun Oum zusammen mit den neutralistischen Kräften zwar für den Westen unbefriedigend sei, aber die Alternative, nämlich eine bewaffnete Auseinandersetzung nach koreanischem Muster, noch viel unbefriedigender wäre.

Stuttgarter Zeitung v. 13. I. 61

Das Laos-Debakel

Die Lage in Laos hat nun den Punkt erreicht, an dem sie sich nicht weiter versteifen darf. Auf Wegen, über die das amerikanische Volk niemals ausreichend unterrichtet worden ist, hat sich seine Regierung tief in die inneren Angelegenheiten von Laos verstrickt. Der Beweis dafür, daß diese Einmischung weiter ging, als klug gewesen wäre, liegt in der heftigen Kritik, der Amerikas Politik in Laos heute durch Großbritannien, Frankreich und Indien ausgesetzt ist. Diese drei Länder haben bessere Erfahrungen und größeres Interesse in Südostasien als die USA. Wir sollten sie anhören. Wir sollten sie schon lange zuvor angehört haben. Wir sollten jetzt mit ihnen zusammenarbeiten, um die internationale Krise abzuwenden, die über uns lastet.

Walter Lippmann (vgl. Westfälische Rundschau v. 14./15. 1. 61)

Frankreich für neutrales Laos

Die ganze Linie der französischen Politik geht darauf aus, die Neutralität von Laos wiederherzustellen; denn es sei viel klüger, diesen Staat als neutrales Niemandsland zu erhalten, als die Gefahr heraufzubeschwören, daß es, wie Korea oder Indochina, teilweise oder ganz kommunistisch werde.

FAZ v. 21. I. 61

Kennedy's Einsicht

In einer kurzen Stellungnahme zum Laos-Problem meinte Kennedy (in seiner ersten Pressekonferenz D. Red.) die Vereinigten Staaten seien nicht an einer Vorherrschaft in diesem hinterindischen Königreich interessiert, sondern wünschten es als ein friedliches und blockfreies Land zu sehen. Die Welt werde schon in Kürze erfahren, ob die internationale Laos-Kommission reaktiviert werden könne.

Die Tat v. 27. I. 61

Koreanische Möglichkeiten

Die Möglichkeit, daß ein sowjetisch-chinesischer Vorstoß in Richtung auf eine Korealösung nach dem Vorbild Österreichs — garantierte Neutralität bei Abzug aller fremden Truppen — Erfolg haben könnte, ist 1961 längst nicht mehr so utopisch wie 1960. Dies alles auf dem Hintergrund einer innenpolitischen Bühne in Südkorea, wo sich die Opposition gegen die schwache Regierung Chanh Miyuns steigert.

Westfälische Rundschau v. 13. I. 61

Kontakte in Korea

In der Republik Südkorea sind Bestrebungen im Gange, kulturelle und andere unpolitische Beziehungen zu Nordkorea aufzunehmen, um den Weg zu einer späteren Vereinigung beider Teile des Landes vorzubereiten. Diese Bewegung wird von vielen politischen Gruppen und einigen Zeitungen unterstützt. Die Regierung des Ministerpräsidenten John

Tschang hatte sich bisher gegen diese Bestrebungen gewandt und sie als kommunistische Propaganda bezeichnet. Jetzt hat sie sich jedoch auf Drängen der Öffentlichkeit zu begrenzten Kontakten bereit erklärt, so zum Austausch von Stromlieferungen aus dem Norden gegen Lebensmittel aus dem Süden. Auch ein begrenzter kultureller Austausch und die Aufnahme des Postverkehrs wird befürwortet.

FAZ v. 26. I. 61

Neutralisierung Deutschlands im Gespräch

Der Labour-Abgeordnete Emrys Hughes hat am Donnerstag im Unterhaus für eine Neutralisierung Deutschlands plädiert mit dem Argument, da sich die Neutralität Österreichs segensreich ausgewirkt habe, könne auch eine ähnliche Wirkung im deutschen Falle erwartet werden. Macmillan lehnte die Idee nicht nur ab, weil zwischen der österreichischen und der deutschen Situation kein sinnvoller Vergleich möglich sei, sondern vor allem, weil eine Neutralisierung Deutschlands ein gefährliches Vakuum schüfe.

Der Marschall der Royal Air Force, Sir John Slessor, hat, allerdings ohne das österreichische Beispiel heranzuziehen, in einem Artikel in einer neu konservativen Zeitschrift jetzt ebenfalls erneut die militärische Neutralisierung Deutschlands vorgeschlagen im Sinne des sogenannten Gaitskell-Planes, der von dem Labour-Abgeordneten Healey entwickelt worden ist.

FAZ v. 27. I. 61

Anregung für Kennedy

Nach einem Bericht der „Chicago-Sun-Times" soll der amerikanische Universitätsprofessor Walt Rostow dem künftigen Präsidenten Kennedy die Überlegung empfohlen haben, die Oder-Neiße-Linie als endgültige polnische Westgrenze anzuerkennen, wenn dafür von der Sowjetunion ein freier Zugang nach Westberlin garantiert wird. Professor Rostow gehört zum Kreis der außenpolitischen Berater Kennedys.

Der Mittag v. 7. 1. 61

Wieder Produktionsrückgang in den USA

Die US-Industrieproduktion ist im Dezember um 2% auf 103 (1957 = 100) zurückgegangen. Schwächeanzeichen waren in der Stahl- und Automobilindustrie festzustellen. Der Index des Federal Reserve Board erreichte damit den niedrigsten Stand seit über einem Jahr; im Januar lag er bei 111, im Juli 1960 bei 110. Zwar habe die Stahlerzeugung in den ersten Januarwochen wieder zugenommen, doch sei die Automobilerzeugung weiter gedrosselt worden, weil die Händler auf so vielen unverkauften Kraftwagen sitzen wie noch nie. Die Lage am Baumarkt habe sich wenig verändert. Verbreitet sei es zu Arbeitseinschränkungen und zu Arbeitslosigkeit gekommen. Die Einzelhandelsumsätze hätten etwas nachgelassen.

Süddeutsche Zeitung v. 18. 1. 61

Berater Kennedys wollen in Bonn auf „Politik leichter Inflation" drängen

Die Wirtschaftsberater Präsident Kennedys erwägen ernsthaft, in der Bundesrepublik und vielleicht auch in einigen anderen Ländern eine milde Inflation künstlich zu erzeugen, schreibt am Mittwoch die einflußreiche amerikanische Wirtschaftszeitung „Wall Street Journal".

Grundgedanke hinter dieser „revolutionären Strategie zur Verteidigung des Dollars" sei die Überlegung, daß eine Erhöhung der Löhne und Preise in Ländern mit einer Politik der niedrigen Preise zu einer Abwertung der Währung dieser Länder im Verhältnis zu anderen führen und so den Dollar in seinem relativen Wert stärken würde.

„Eine fünfprozentige Inflation in Westdeutschland würde für Amerika einen Gewinn von ungefähr einer Milliarde Dollar in der Zahlungsbilanz bedeuten", schreibt das Blatt. Höhere Preise und Löhne in der Bundesrepublik würden nicht nur bedeuten, daß mehr amerikanische Importe nach Deutschland hineingingen, sondern auch, daß die amerikanischen Exporte auf dritten Märkten — zum Beispiel in Europa und Südamerika — wettbewerbsfähiger würden.

„Zu diesem Programm gehören", so heißt es, „vorzeitige Zahlung der deutschen Kriegsschulden, mehr deutsche Waffenkäufe in den USA, einschließlich einer früheren Bezahlung als allgemein üblich, Milderung der noch bestehenden deutschen Handelsschranken für amerikanische Güter."

Außerdem müßte die Bundesregierung einige amerikanische Hilfsprogramme für Entwicklungsländer übernehmen, erhöhte Beiträge zu Nato-Objekten leisten, Gebühren für die Benutzung amerikanischer Flug- und Übungsplätze und anderer Militäreinrichtungen in Westdeutschland und anderen Ländern Europas durch die Bundeswehr zahlen.

Um die Deutschen dazu zu bringen, müßte man ihnen höflich, aber unmißverständlich klarmachen, „daß, wenn sie es nicht tun, die Goldflucht Amerika zwingen würde, zunächst seine Importe einzuschränken und dann vielleicht seine Auslandsinvestitionen".

Wörtlich heißt es: „Die engen Beziehungen zwischen den westdeutschen Industriellen und der Regierung Adenauer könnten von Vorteil sein in dem Bemühen, eine Lohnerhöhung in Deutschland durchzusetzen. Ähnlich böten auch die engen Bindungen der Regierung Kennedy zu den amerikanischen Gewerkschaften einen zusätzlichen Weg, um die deutschen Gewerkschaften zu höheren Forderungen zu ermutigen."

Die Zeitung zitiert einen nicht namentlich genannten Wirtschaftsberater Kennedys, der gesagt haben soll: „Was wir brauchen, sind drei oder vier gute aggressive Gewerkschaftler in Westdeutschland."

Die amerikanischen Gewerkschaften hätten ihre deutschen Kollegen in der Vergangenheit schon mit „technischen Ratschlägen" versehen, in dem Bemühen, die deutschen Lohnkosten zu erhöhen und die amerikanischen Güter wettbewerbsfähiger zu machen.

In Washington rechne man sich aus, daß alle diese Maßnahmen zusammengenommen auf der Plusseite der amerikanischen Handelsbilanz in diesem Jahr etwa eine Milliarde Dollar anhäufen würden.

Die Welt v. 19. 1. 61

Rüstungs-Lieferungen entlasten Zahlungsbilanz der Nato-Partner

In die rüstungswirtschaftliche Zusammenarbeit innerhalb der Nato-Staaten ist jetzt auch Norwegen einbezogen worden. Aus Anlaß der Ministerratssitzung der Nato in Paris im vergangenen Dezember unterzeichneten Bundesverteidigungsminister Strauß und der norwegische Verteidigungsminister Handal einen entsprechenden Vertrag, nachdem vorher schon ähnliche Abmachungen mit Frankreich über ein senkrecht startendes Überschallflugzeug und ein Transportflugzeug sowie mit Großbritannien für Flugzeugtriebwerke, elektronische Geräte und die Entwicklung eines gleichfalls senkrecht startenden Unterschall-Erdkampfflugzeuges getroffen wurden. Mit Belgien, Holland und Italien ist ein gemeinsames „Starfighter-Lizenz-Nachbauprogramm", mit Frankreich und Italien die Entwicklung des europäischen Panzers vereinbart worden.

50 Mill. DM an Raufoss-Werke

Die Zusammenarbeit zwischen Norwegen und der Bundesrepublik sieht vor allem die Beschaffung von Material und Versorgungsgütern vor. Da der westdeutsche Bedarf größer als der norwegische ist, wurde, wie dpa in Bonn erfahren hat, für den gegenseitigen Warenverkehr ein finanzieller Wertschlüssel von fünf zu drei vereinbart. Norwegen soll vor allem Waren kaufen, die zur Modernisierung seiner Marine dienen. Die Bundesrepublik will Munition, Waffen und Waffensysteme beziehen. Außerdem wollen norwegische Werften für die Bundesmarine Schiffsreparaturen und Instandsetzungsarbeiten erledigen. Bei den gegenwärtigen Bonner Gesprächen steht ein 50-Mill.-DM-Auftrag der Bundesregierung an die Raufoss-Munitionswerke für Artillerie-Munition zur Debatte. Die norwegische Regierung plant dagegen, 15 U-Boote in der Bundesrepublik zu kaufen.

MAN mit Rolls Royce . . .

Die Bedeutung Großbritanniens als Partner der Bundesrepublik für militärische Warenlieferungen trat auch während des Besuches des britischen Luftfahrtministers Thorneycroft in Erscheinung. Wie dpa weiter berichtet, sind für Käufe von Luftwaffengeräten in England vorerst rd. 730 Mill. DM vorgesehen. Für die Entwicklungsarbeiten innerhalb eines Abkommens zwischen der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG und den britischen Rolls-Royce-Werken hat die Bundesregierung 98 Mill. DM bereitgestellt. Diese Summe

ist für die Entwicklung eines Triebwerks für ein geplantes senkrecht startendes Überschallflugzeug vorgesehen. Von diesem Betrag werden die Rolls-Royce-Werke 65 Mill. DM erhalten.

... und Klöckner mit Bristol

Die britischen Bristol-Orpheus-Triebwerke für das Düsen-Erdkampfflugzeug italienischer Herkunft, das in der Bundesrepublik in Lizenz nachgebaut wird, sollen von den Klöckner-Humboldt-Deutz-Werken in Oberursel fabriziert werden. Für Lizenzgebühren und Ersatzteile erhält die britische Firma Bristol Siddeley 15 Mill. DM. Anderes Luftwaffengerät wie Flugzeuge, Luftschrauben, Martin-Baker-Schleudersitze, Schlauchboote und eine Anzahl von Raketen stehen mit weiteren 95 Mill. DM zu Buch.

Im Zusammenhang mit der Diskussion über eine deutsche Hilfe zur Erleichterung der US-Zahlungsbilanz weisen Kreise in der Bundeshauptstadt darauf hin, daß die Vereinigten Staaten bisher die größten Lieferanten für die Bundeswehr gewesen sind. In den letzten Jahren haben sie westdeutsche Aufträge im Wert von rd. 5,5 Mrd. DM für Rüstungsgüter erhalten. Davon sind annähernd 1 Mrd. DM unmittelbar an die US-Industrie gegangen, die dafür vor allem elektronisches Gerät geliefert hat. 4,5 Mrd. DM flossen der US-Wirtschaft innerhalb des Werterstattungsabkommens zu, bei dem die US-Regierung den Kauf der gewünschten Waffen und Geräte übernimmt. Ferner wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Bundesrepublik an Besatzungs- und Stationierungskosten sowie anderen damit zusammenhängenden Zahlungen bereits erhebliche Beträge an die Stationierungsmächte überwiesen hat.

Süddeutsche Zeitung v. 18. 1. 61

Dänische Regierung weist Forderung der Militärs nach Atomwaffen zurück

Es sei nicht Aufgabe der Militärs, darüber zu entscheiden, welche wirtschaftlichen, politischen und anderen Rücksichten in der Frage der atomaren Bewaffnung zu nehmen seien. Mit diesen Worten wandte sich am Montag der dänische Verteidigungsminister Hansen gegen den Vorrang militärischer Gesichtspunkte bei diesem schwerwiegenden Problem und sprach sich für den Primat der politischen Führung aus.

Als unberechtigt bezeichnete Hansen die in gewissen dänischen Kreisen verbreitete Befürchtung, durch eine atomare Bewaffnung der Nato könne Dänemark „durch die Hintertür" mit Atomwaffen ausgestattet werden. Ungeachtet der Stellungnahme Dänemarks zu dem Gedanken einer atomaren Bewaffnung der Nato könne vielmehr der Standpunkt aufrechterhalten werden, der bisher von der dänischen Regierung vertreten worden sei: daß Dänemark unter den gegenwärtigen Voraussetzungen Atomsprengkörper nicht entgegenzunehmen wünsche.

Hansen, der sich am Montag in der konservativen Zeitung „Dagens Nyheter" zu dieser Frage geäußert hatte, hält es für „natürlich", daß die dänischen Militärs den Einbau von Atomwaffen in die dänische Verteidigung für zweckmäßig halten. Die militärische Leitung müsse nach Lage der Dinge den Wunsch haben, über die besten durchschlagenden Mittel zur Abwehr eines Angriffes zu verfügen. Die Entscheidung darüber müsse jedoch der Regierung überlassen bleiben.

„Bezüglich der primären Aufgabe, und zwar, Krieg zu vermeiden und den Weg zur Entspannung und Abrüstung offenzuhalten, ist es eine Selbstverständlichkeit, daß das Risiko, einen Angriff gegen unser Land zu versuchen, zu groß sein muß. Aber es ist ebenso wichtig, daß kein Schritt unternommen wird, der den Bestrebungen um eine Entspannung Steine in den Weg legen könnte", erklärte der dänische Verteidigungsminister.

Frankfurter Rundschau v. 24. 1. 61

Norwegische Regierungspartei: Keine Atomwaffen

Die norwegische Arbeiterpartei hat am Dienstag erneut erklärt, daß sie die Stationierung von Atomwaffen auf norwegischem Gebiet in Friedenszeiten ablehnt. In dem vom Zentralausschuß der Partei veröffentlichten Programm für die Jahre 1962—1965 wird ausgeführt, daß die Arbeiterpartei an der Ablehnung der Stationierung von Atomwaffen festhält, solange nicht ein grundlegender Wandel der internationalen Lage es notwendig mache, die Frage erneut zu prüfen.

Die Tat, Zürich, v. 24. 1. 61

Adenauer-Geburtstag: Kanzler, Marschmusik und Musterschüler

Der Musikzug hob zu Ehren des Geburtstagskindes ein frisch für die Luftwaffe komponiertes Stück aus der Taufe, den „Starfightermarsch" von Gerhard Winkler, dem Komponisten der Caprifischer. Es war nicht zu erkennen, ob Konrad Adenauer, ein Liebhaber alter Märsche, an diesem Furioso aus Blech besonderen Gefallen fand ...

Soweit man im Surren der Kameras, im Stimmengeschwirr der vielköpfigen Familie Adenauers einige Wortfetzen aus dem Munde des Jubilars und seiner Gratulanten verstehen konnte, zahlte Konrad Adenauer nur einem einzigen mit gleich wertvoller Münze zurück: dem Bundesverteidigungsminister Strauß. Er zeichnete ihn mit der Bemerkung aus, daß sein „großes und grundlegendes Werk für die Geltung Deutschlands und für die Verteidigung der Freiheit von der Geschichtsschreibung mit an erster Stelle gewürdigt werden" dürfte. Strauß hörte sich dieses Lob mit dem Gesicht eines Primaners an, dessen erstklassige Zensuren vor versammelter Klasse verlesen werden. Er blickte dem Bundeskanzler fest in die Augen und gestattete sich erst ein befreiendes Lächeln, als dieser geendet hatte.

Er hatte dem Bundeskanzler vorher aus ganzem Herzen für alles gedankt, was er für die Bundeswehr getan habe, und die Hoffnung ausgesprochen, daß Adenauer auch in Zukunft „mit ungebrochener Kraft seinen großen und schweren Pflichten nachgehen" könne. Mit einem Seitenhieb auf seinen Kollegen Brentano stellte Strauß fest, daß sich „nicht mal das Auswärtige Amt" einer solchen Hilfe und Unterstützung des Bundeskanzlers erfreut habe wie das Verteidigungsministerium. Neben einer Plattensammlung mit 85 Märschen hatte sich das Verteidigungsministerium ein besonders originelles Geschenk für den Bundeskanzler ausgedacht: ein Album, das in Fotos und Zeichnungen die Beziehungen des Zivilisten Adenauer zum Militär zeigte. Das erste Bild war eine Zeichnung der Schlacht von Königgrätz, bei der Adenauers Vater auf preußischer Seite mitkämpfte und schwer verwundet wurde. „Meine Vorfahren haben damals noch auf der anderen Seite gekämpft", kommentierte Strauß. „Wir haben damals verloren, aber ich habe meine Ernennung zum Verteidigungsminister immer als eine Art Wiedergutmachung angesehen."

Die Umrahmung des Kanzlergeburtstags erreichte am Donnerstagabend mit einem großen Zapfenstreich bei Fackelbeleuchtung vor dem von Scheinwerfern des Fernsehens angestrahlten Palais Schaumburg ihren Höhepunkt. Als das Kommando „Helm ab zum Gebet" ertönte und dann der Choral „Ich bete an die Macht der Liebe", fühlte sich der Betrachter wie in einer Zeitmaschine um 60 Jahre zurückversetzt. Erst als der Bundeskanzler vom Fenster aus „Danke sehr, meine Herren" rief, verflog der Zauber. Die Gegenwart, der 5. Januar 1961, an dem die bürgerliche Familie Adenauer und mit ihr das deutsche Volk den 85. Geburtstag des Patriarchen feierten, trat wieder in ihre Rechte. Gleich darauf erscholl aus dem Lautsprecher: „Der Wagen für Präsident Berg bitte vorfahren."

Kölner Stadtanzeiger v. 7./8. 1. 61

Erhard — und was dann?

Viele Politiker, die es wissen müssen, sind der Uberzeugung, die inzwischen auch der Öffentlichkeit bekannt wurde: daß nämlich Erhard nur als „Übergangskanzler" gedacht sei, dem zu gegebener Zeit eine „stärkere Persönlichkeit" folgen werde. Bei dieser Ankündigung nun hat man allen Grund, sehr hellhörig zu werden.

Sollte tatsächlich nur eine Zwischenlösung Erhard beabsichtigt sein, dann hätte die Kanzlerpartei für die Nachfolge nicht den ihrer Überzeugung nach besten Mann ausersehen, sondern sie bediente sich zum Zwecke der Wahl nur seines glänzenden demoskopischen Prozentsatzes, einer Methode also, die freilich insofern kaum noch überraschend ist, als wir bereits daran gewöhnt sind, daß Parteien selbst ihre Programme und Prinzipien über Bord zu werfen und den üppigsten Personenkult zu treiben bereit sind, wenn sie glauben, dem Wähler so besser zu gefallen.

Der genauere Befund dieser Kronprinzenfrage ergibt dann noch, daß auch bereits der „stärkere" Mann genannt worden ist, an dessen schließliche Kanzlerschaft anscheinend viele Politiker denken. Es ist Franz Joseph Strauß. Man wird sich also mit ihm, der zweifellos zu den bedeutendsten Intelligenzen der deutschen Politik gehört, in nächster Zeit sehr eingehend zu beschäftigen haben.

Wilhelm Backhaus im Hamburger Abendblatt v. 21./22. 1. 61

Strauß in amerikanischer Sicht

Vor fünf Jahren erst stellte die neue deutsche Bundeswehr ihre ersten Rekruten ein. Heute hat die Bundeswehr etwa 280 000 Mann und mit dem Ende des nächsten Jahres wird sie die Plan-Stärke von 340 000 Mann erreicht haben. Elf der vorgesehenen zwölf Heeres-Divisionen sind bereits aufgestellt, und die zwölfte wird im nächsten Monat folgen. Sieben Divisionen unterstehen bereits der Nato, der Rest wird es im nächsten Jahre tun.

Die große Frage des Pariser Nato-Treffens — nukleare Waffen — ist auch ganz unmittelbar eine deutsche Frage.

Eigenartig genug, der Mann, der die deutsche Sache in Paris vertreten wird in dieser Woche, wird der Mann sein, der Deutschlands neue Armee geschaffen hat, Verteidigungsminister Franz Josef Strauß.

45 Jahre alt ist Franz Josef Strauß, ein muskulöser, krakeelerischer Bulle von einem Bayern, der die unbeständige Vitalität des neuen Deutschland symbolisiert. Ungehobelt, rücksichtslos und eifervoll geht er über Hindernisse auf seinem Weg, wie ein Tiger-Tank durch einen pommerschen Kiefernforst walzt! Er ist jugendlich, energisch, gerissen, unberechenbar, ätzend realistisch. Strauß ist der Nato ergeben. Er ist aber auch stolz auf Deutschlands neue Stärke. Er fordert, daß Deutschland das Vertrauen erhält, das Ergebenheit und Stärke verdienen... Jüngstes und zähestes Mitglied des Kabinetts Adenauer, ist Strauß ein Mann, von dem die meisten Deutschen erwarten, daß er eines Tages gewiß Deutschland beherrschen wird. Er sieht so deutsch aus wie ein Maßkrug ... In den vier Jahren im Verteidigungsministerium hat Franz Josef Strauß die am schnellsten wachsende militärische Macht in Europa aufgebaut ...

Was immer der Nato-Rat entscheiden mag, Strauß läßt die deutsche Armee bereits für den nuklearen Krieg trainieren, unter Benutzung von Waffen mit Attrappen als Gefechtsköpfe. Die deutsche Armee hat vier Bataillone mit Honest-John-Raketen, die, mit Atomsprengköpfen, 20 Meilen weit feuern können. Gegen Ende nächsten Jahres (1961!) wird sie drei weitere haben, die mit der neuen amerikanischen Sergeant ausgerüstet sind, einer Rakete mit einer Reichweite von 100 Meilen ...

Mehr als irgendein Mann verkörpert Strauß sowohl die Stärke, die Deutschland der freien Welt zur Verfügung stellen kann, wie das Unbehagen, das diese Stärke durch ihre außerordentliche Eindrücklichkeit immer noch hervorruft.

Time v. 19. 12. 60

Strauß weist auf das Gewicht der Bundeswehr hin ...

Bundesverteidigungsminister Strauß schreibt in einem Vorwort zum Jahresbericht seines Ministeriums für 1960: „Vor fünf Jahren unterstützte die Nato die ersten Schritte der neuen deutschen Streitkräfte. Heute hat die Bundeswehr einen wesentlichen Anteil an dem politischen Gewicht und der militärischen Stärke der atlantischen Gemeinschaft in Europa." In den vergangenen fünf Jahren sind nach diesem Bericht folgende Verbände aufgestellt und der Nato eingegliedert worden: 4 Panzergrenadier-, 2 Panzerdivisionen, 1 Gebirgsdivision, 1 Luftlandedivision und Heeresfliegereinheiten. Von der Luftwaffe: 4 Jabogeschwader, 1 Jagdgeschwader, 1 Lufttransportgeschwader und vier Großradarstellungen. Von der Marine: 1 Zerstörergeschwader, 3 Schnellbootgeschwader, 4 Minensuchgeschwader, 1 Landungsgeschwader und Marinefliegereinheiten.

Das Verteidigungsministerium weist darauf hin, daß sich der Raum der Bundesrepublik als zu eng und wehrgeographisch als zu exponiert erwiesen habe, um alle logistischen Aufgaben im eigenen Bereich zu erfüllen und den Bedarf an Übungsplätzen decken zu können. Da sich in der dichtbesiedelten Bundesrepublik Luft-, Boden- und Schießübungen und Bombenabwurfübungen verbieten würden, hätten sich Italien und die Türkei schon vor längerer Zeit ebenso wie die Niederlande bereit erklärt, geeignete Plätze zur Verfügung zu stellen. Nunmehr habe das Heer auch durch das großzügige Angebot Frankreichs die Möglichkeit erhalten, Verbands- und Schießübungen auf ostfranzösischen Übungsplätzen durchzuführen.

In den integrierten Stäben arbeiteten heute 1200 Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Bundeswehr. In Nato-Truppen- und -Stabsübungen seien gemeinsame Führungsgrundsätze erprobt und aufeinander abgestimmt worden. Die Fortschritte auf dem Wege der gemeinschaftlichen Produktion von Rüstungsgütern werden besonders hervor-

gehoben. Dies gelte insbesondere für das Starfighter-Programm, an dem sich die Niederlande, Belgien, Italien und die Bundesrepublik sowie die USA und Kanada mit Zulieferungen beteiligen. Das gleiche gelte auch für das Hawk-Programm (Flugabwehrrakete), das von Frankreich, den Niederlanden, Belgien, Italien und der Bundesrepublik durchgeführt werde. Diese Gemeinschaftsprogramme führten am sichersten zur angestrebten Standardisierung von Großgerät.

Seit Bestehen der Schule für innere Führung hätten 133 Lehrgänge mit 5481 Teilnehmern stattgefunden. Unter den Teilnehmern seien auch 50 alliierte Offiziere gewesen. Im Jahre 1960 habe die Bundeswehr einen Zuwachs von 24 Bataillonen und 34 selbständigen Kompanien gehabt. Dazu gehörten auch die mit der Mehrzweckwaffe „Honest John" ausgerüsteten Verbände ...

Die Bundesmarine verfüge zur Sicherung der Seewege in der Ost- und Nordsee über insgesamt 150 Kriegsschiffe und 31 Hilfsschiffe. Bisher seien 29 territoriale Verteidigungsstäbe aufgestellt worden. Den Wehrbereichskommandos unterständen gegenwärtig 143 Standortkommandanturen, neun Flugplatzkommandanturen, 27 Verkehrs- und Transportkommandanturen und 21 Fernmeldekommandanturen ...

Die Bundeswehr verfüge nunmehr über 368 Truppenunterkünfte. 67 Kasernen befänden sich gegenwärtig noch im Bau und 42 in der Planung. Im Jahre 1960 seien für Angehörige der Bundeswehr 1000 neue Wohnungen gebaut worden. Damit erhöhe sich der Bestand an Wohnungen bis Ende 1960 auf 46 000. Im kommenden Jahr sollen weitere 10 000 Wohnungen gebaut werden.

Im ausgehenden Jahr habe das Beschaffungsamt in Koblenz 20 234 Aufträge in einem Gesamtwert von 4,3 Milliarden Mark erteilt. Davon seien 79 Prozent auf das Inland entfallen. Das Gesamtauftragsvolumen der zentralen Beschaffung betrage seit Bestehen der Bundeswehr 16,1 Milliarden Mark. Davon seien 35 Prozent ans Ausland gegangen.

FAZ vom 16. 12. 60

... und weicht vom Manuskript ab

Die Rede des Bundesverteidigungsministers wurde von den etwa eintausend im großen Ballsaal des Astor-Hotels in New York anwesenden Vertretern des New Yorker Wirtschafts- und Finanzlebens mit großem Beifall aufgenommen. Besonderen Beifall fand Strauß, als er sich gegen den Irrglauben wandte, man könne zu einer dauerhaften Verständigung mit dem Kommunismus kommen. Er wich mehrfach von seinem schriftlich vorliegenden Text ab, um schärfer und aggressiver vor Chrustschows Koexistenzpolitik zu warnen. So forderte er ein „gemeinsames atlantisches Gewissen" und ein weltweites strategisches Gleichgewicht, das über das bloße Gleichgewicht für Europa hinausgehen müsse.

Stuttgarter Zeitung v. 18. 1. 61

Eher bedenklich ...

Was man über die programmatische Konzeption des in Entstehung begriffenen Gebildes (die Vereinigung von DP und BHE. D. Red.) in letzter Zeit hören konnte, tönt in der Tendenz teilweise eher bedenklich. Es wird dort nämlich die Forderung aufgestellt, daß der Bundesrepublik kraft ihres wachsenden militärischen Potentials mehr Einfluß auf die politischen Entscheidungen der Nato eingeräumt werde, und zwar in dem Sinne, daß dem Anspruch der Deutschen auf Wiedervereinigung mehr Geltung verschafft werden soll.

NZZ v. 18. 1. 61

700 Starfighter für Luftwaffe

Die Bundesrepublik wird 604 Flugzeuge aus dem gemeinsamen europäischen Lizenznachbau des amerikanischen Überschall-Düsenflugzeugs Lockheed Starfighter F-104-G erhalten. Dies wurde am Montag in Bonn aus Nato-Kreisen erstmalig bekannt. Zusammen mit den bereits vom Bundesverteidigungsministerium in den USA gekauften 96 Maschinen wird die Bundeswehr dann über 700 Flugzeuge dieses einsitzigen Jagd-, Jagdbomber und Aufklärungstyps verfügen. Außerdem werden 30 doppelsitzige Schulflugzeuge der F-104-F in den USA gekauft. Ein Teil der Maschinen wurde bereits geliefert.

Die europäischen Partner der Abkommen vom März und Dezember 1960 haben unter Berücksichtigung ihrer Produktionskapazität bereits festgelegt, welche Starfighter-Flugzeugteile sie jeweils in ihrem Bereich herstellen werden. In der Bundesrepublik sind die Arbeitsgruppe Süd mit den Flugzeugbaufirmen Messerschmitt, Dornier, Heinkel und Siebel sowie die Arbeitsgruppe Nord mit der Weserflugzeugbau und der Hamburger Flugzeugbau beteiligt. Weitere Hersteller sind Focke Aviolanda in den Niederlanden, die belgische Sabcafairy und Fiat-Turin in Italien. Die amerikanischen General-Electric-Triebwerke bauen die Firmen FN in Belgien und BMW in der Bundesrepublik in Lizenz.

Nach Abschluß des auf vier Jahre berechneten europäischen Gemeinschaftsbauprogramms mit 849 und der USA-Hilfe mit 100 Flugzeugen sowie mit Einschluß der deutschen Käufe in den USA werden die vier europäischen Nato-Partner Bundesrepublik, Niederlande, Belgien und Italien zusammen mit 1045 Starfightern ausgerüstet sein. Jedes Flugzeug kostet etwa fünf Millionen DM.

Kölnische Rundschau v. 24. 1. 61

Bundeswehr-Übungsplätze in England — unpopulär!

Die Deutsche Bundesrepublik hat nach Informationen von unterrichteter Seite in London vor kurzem dem ständigen Nato-Rat in Paris eine detaillierte Liste mit ihren Wünschen für Nachschubdepots und militärische Übungsplätze in Großbritannien überreicht. Der Generalinspekteur der deutschen Bundeswehr, General Adolf Heusinger, der sich zur Zeit auf Einladung der britischen Regierung zu einem offiziellen Besuch in London aufhält, erörterte am Donnerstag diese Frage in einem Gespräch mit dem Verteidigungsminister Watkinson ...

Wie in London am Donnerstag verlautete, wird die Bundeswehr voraussichtlich Nachschubdepots, Hafeneinrichtungen zur Benützung durch die Bundesmarine und die Benützung britischer Übungsplätze für Panzereinheiten erhalten. Beide Regierungen planen offensichtlich jedoch, im Hinblick auf die kritische Haltung eines Teils der öffentlichen Meinung in Großbritannien nur vorsichtig und Schritt für Schritt vorzugehen.

Neue Zürcher Zeitung v. 21. 1. 61

Marine erprobt britische Raketen

Die deutsch-britische Zusammenarbeit in Rüstungsfragen soll verstärkt werden. Darauf einigten sich gestern in Bonn der britische Luftfahrtminister Thorneycroft und der Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Hopf. Außerdem wurde eine beschleunigte gemeinsame Entwicklung eines senkrecht startenden Kampfflugzeuges beschlossen.

Ausgangspunkt der Entwicklung dieses Flugzeuges ist der britische Senkrecht-Starter „Hawker 1127". Diese Maschine soll eine Höchstgeschwindigkeit von 1000 km/st erreichen und die in der Luftwaffe zur Zeit geflogene Fiat G 91 ersetzen. Sie soll zur Unterstützung der Heeresverbände eingesetzt werden. Gleichzeitig läuft eine deutsch-französische Zusammenarbeit mit dem Ziel, einen senkrecht startenden Düsenjäger mit Überschallgeschwindigkeit zu entwickeln.

In den Besprechungen in Bonn, die Staatssekretär Hopf in Vertretung des erkrankten Verteidigungsministers Strauß führte, und an denen auch die Generale Heusinger und Kammhuber teilnahmen, wurde außerdem beschlossen, daß die Bundesrepublik einige Proberaketen vom Typ „Seacat" in England ankauft. Diese Rakete soll auf Schiffen der Bundesmarine montiert werden. Sie ist zur Abwehr von Tiefliegern bestimmt. In den Gesprächen in Bonn wurde auch die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Triebwerkbaues beschlossen. Darüber hinaus will die Bundesrepublik für die westdeutsche Luftwaffe Schleudersitze für Düsenjäger sowie Kanonen und Munition erwerben. Die bereits vergebenen oder geplanten Aufträge für Luftrüstungszwecke von deutscher Seite haben einen Wert von 256 Millionen Mark. Das gesamte Rüstungsauftragskonto der Bundesrepublik gegenüber Großbritannien beläuft sich bisher auf 735 Millionen Mark.

Der Mittag v. 12. 1. 61

Bald heulen wieder Sirenen

Ein zweimal unterbrochener Heulton der Luftschutzsirenen von einer Minute Dauer bedeutet künftig Abc-Alarm, das heißt: Gefahr radioaktiver, biologischer oder chemischer

Kampfstoffe. Ein Heulton von einer Minute Dauer warnt die Bevölkerung vor einem Luftangriff. Ein Dauerton von einer Minute beendet die Gefahr nach einem Luft- oder einem Abc-Alarm.

Diese Bestimmungen sind in einer „Allgemeinen Verwaltungsvorschrift für den örtlichen Alarmdienst" enthalten, die die Bundesregierung am Wochenende im Bundesanzeiger veröffentlicht hat. Die vom Bundesinnenministerium ausgearbeitete Verwaltungsvorschrift regelt Aufgaben und Aufbau des Alarmdienstes und verpflichtet die Städte und Gemeinden zur Beschaffung von Luftschutzsirenen.

Bei der Neuanschaffung von Sirenen, für die der Bund die Kosten übernimmt, ist die „Einheitssirene 57" vorgeschrieben. Soweit alte Sirenen vorhanden sind, können sie, wenn sie den Anforderungen entsprechen, ebenfalls verwendet werden.

Die Verwaltungsvorschrift regelt auch die Benutzung der Sirenen im Frieden. Dann bedeutet ein dreimaliger Dauerton von zwölf Sekunden Feueralarm, drei Dauertöne von zwölf Sekunden und ein Dauerton von einer Minute Katastrophenalarm, und ein Dauerton von zwölf Sekunden Zeit- und Pausensignal. Alle Vierteljahre sollen die Sirenen nach vorheriger Ankündigung auch im Frieden probeweise die Heultöne für Luftalarm und Abc-Alarm aussenden.

Der Mittag v. 23. 1. 61

Luftschutzpläne für die Industrie

Das Schutzraum-Baugesetz und das Luftschutz-Selbsthilfe-Gesetz, die zur Zeit beim Bundesinnenministerium vorbereitet werden, sollen dem nächsten Bundestag zur Beratung vorgelegt werden. Wie Oberregierungsrat Kirchner vom Bundesinnenministerium auf der Tagung „Industrieller Luftschutz" vor Wirtschaftlern erklärte, soll noch in diesem Jahr vom Bundesinnenministerium eine Aufklärungsbroschüre über den Luftschutz veröffentlicht werden. Ministerialrat Schattenberg teilte mit, im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums seien schon Gutachten darüber ausgearbeitet worden, welche Industrien im Ernstfall unter den Begriff „lebens- und verteidigungswichtig" fallen sollten.

Die Bereitschaft der Industrie zur freiwilligen Mitarbeit beim Luftschutz habe sich in letzter Zeit erheblich verstärkt, sagte Schattenberg. Zur Zeit würden Besprechungen mit dem Bundesfinanzministerium geführt mit dem Ziel, durch vermehrte steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten für Luftschutzbauten den Unternehmern eine Starthilfe für derartige Vorhaben zu geben.

Süddeutsche Zeitung v. 14./15. 1. 61

Aufrüstung des Telephonnetzes

Der Fernmeldespezialist der Bundeswehr, Oberst Hermann Logsch, hat in der neuesten Ausgabe der Militärzeitschrift „Wehrkunde" den Ausbau und die Umstellung des Fernmeldenetzes der Bundespost für den Verteidigungsfall gefordert. Das Telephonnetz der Bundespost sei bisher nach kommerziellen Gesichtspunkten und Anforderungen entwickelt worden; es komme nun auf den Schutz des Bundespostleitungsnetzes gegen Kriegseinwirkungen und Sabotage an. Die Leitungsführung müsse bevorzugte Zielräume wie Großstädte und Industriezentren vermeiden. Die Masse der Verbindungen des bestehenden Fernmeldenetzes der Post verlaufe gegenwärtig in Nord-Süd-Richtung. Deshalb müsse das Netz in der Ost-West-Richtung verstärkt werden, um militärischen Forderungen gerechter zu werden und als „Gesamtnetz" besser ausgewogen zu sein. Ein kleiner Kern des Postnetzes müsse so gestaltet werden, daß es auch gegen Sprengkörper gesichert sei.

Süddeutsche Zeitung v. 14./15. 1. 61

255 Militärseelsorger

Den Soldaten der Bundeswehr stehen gegenwärtig 255 Geistliche als Seelsorger zur Verfügung. Unter der Weisung des Evangelischen Kirchenamtes für die Bundeswehr und des Katholischen Militärbischofsamtes sorgen 145 hauptamtliche Militärgeistliche für die Soldaten. Daneben sind 110 Pfarrer nebenamtlich in der Militärseelsorge tätig.

Die Welt v. 9. 1. 61

Evangelischer Bordpfarrer für die Marine

Der 34 Jahre alte Pfarrer Horst Krebs aus Mainz wird voraussichtlich noch in dieser Woche als erster evangelischer Bordpfarrer sein Amt beim Kommando der Schnellboote in Flensburg übernehmen. Krebs war im zweiten Weltkrieg Oberfähnrich zur See und hat sich für den Militär-Seelsorgedienst bei der Marine gemeldet.

FAZ v. 18. 1. 61

Mehrausgaben: über 7 Milliarden DM

Der Bundeshaushalt droht im Wahljahr aus allen Fugen zu geraten. Die durch ein stattliches Bukett von Wahlgeschenken enorm vergrößerten Ausgaben nähern sich bereits der 50-Milliarden-Summe, ohne daß dafür auf der Einnahmeseite eine sichere Deckung vorhanden wäre. Das Mißverhältnis zwischen Soll und Haben dürfte aber noch größer werden, nachdem Interessenvertreter weitere Forderungen angesichts der Wahl in ultimativer Form erhoben haben.

Der 1944 hingerichtete preußische Finanzminister Johannes Popitz hat den Etatplan „das wirtschaftliche Schicksalsbuch eines Volkes" genannt. Tatsächlich beeinflussen heute die öffentlichen Haushaltungen außerordentlich stark die Verteilung und Verwendung des Volkseinkommens, indem sie Steuern, Gebühren und Abgaben einnehmen und andererseits Renten sowie andere soziale Hilfsmaßnahmen zahlen und außerdem Investitionen für verschiedene öffentliche Belange tätigen. Der Fiskus schleust somit ständig Kaufkraft durch seine Kassen. Damit aber wird dem Staat die Pflicht auferlegt, sein Finanzgebaren mit der Wirtschafts- und Währungspolitik abzustimmen. Beim aufgeblähten Bundesetat 1961 ist dies offenbar nicht geschehen: Er kurbelt durch überhöhte Ausgaben die Hochkonjunktur weiter an und bewirkt damit eine noch rapidere Entwertung der D-Mark.

Der Ausgabenrausch vor der Bundestagswahl 1961, der ohne sonderliche Rücksicht auf die Situation der Einnahmen ausbrach, hat aber noch tiefer gehende Folgen. Das Nachgeben gegenüber den verschiedensten finanziellen Forderungen lastet schwer als Hypothek auf der Zukunft. Staatsanleihen müssen verzinst und zurückbezahlt werden. Erhöhte Leistungen können kaum rückgängig gemacht werden. Die Anzeichen, die für Steuererhöhungen nach der Wahl sprechen, haben daher einen sehr realen Hintergrund. Damit aber würde ein noch größerer Teil des Volkseinkommens vom Staat bewirtschaftet, der jetzt bereits fast die Hälfte des Sozialproduktes umschichtet. Das bedeutet, daß sich in der Bundesrepublik der Staatskapitalismus „durch die Hintertür" einschleicht.

Nürnberger Nachrichten v. 17. 1. 61

Der Krawall von Marburg

Herr Dieckmann gilt bei denen, die ihn kennen, als ein kultivierter Mann mit vielseitigen Interessen, der auch bei Erörterungen philosophischer Probleme seinen Mann zu stehen vermag. Bei Auseinandersetzungen hat er mehrfach bewiesen, daß er Takt zu wahren versteht und sich hütet, provozierend-aggressiv zu sein. In keiner Hinsicht gilt er als der Typ des klobigen Funktionärs ... Wir wissen alle, daß Einzelgänger sich drüben nicht zur Geltung bringen können. Aber ist es denn besonders rühmenswert, daß sie offenbar auch bei uns nicht die geringste Chance haben dürfen? Wenn wir es so weit treiben, was bedeutet dann noch das ganze Gerede und Gerühme von Freiheit? Es müßte sehr schlecht um diese unsere Freiheit bestellt sein, wenn sie mit der Verpflichtung verbunden würde, uns die Ohren zu verstopfen, wenn einmal ein einzelner Mann mit einigem Gewicht von jenseits der Elbe sich zu einer Aussprache stellt. Es müßte auch schlecht um das Gefüge der Bundesrepublik bestellt sein, wenn es durch einen solchen einmaligen Akt in Unordnung geraten könnte.

Man hätte Dieckmann in aller Ruhe anhören müssen. Selbstverständlich wären seine Argumente nicht die Argumente der Bundesrepublik, sondern die der DDR gewesen. Anders hätte es ja gar keinen Sinn gehabt, ihn sprechen zu lassen. Und wenn sich herausstellte, daß Herr Dieckmann wirklich nichts anderes zu sagen gewußt hätte als einen Abklatsch der bisher zum Überfluß bereits bekannten Argumentationen östlicher Funktionäre, so hätte man ihn bestimmt, aber höflich in der Diskussion in die Enge treiben können. Aber Demonstrationen, Sprechchöre, Gejohle, Steinwürfe sind, das muß doch wohl jedermann zugeben, keine Elemente einer echten Diskussion.

So stellt sich die Frage: Mit welch anderen Mitteln als mit solcher der ununterbrochenen geistigen Auseinandersetzung wollen wir denn einmal das Brandenburger Tor öffnen?
Nürnberger Nachrichten v. 17. I. 61

Peinliche Erinnerungen

Der Demonstrationszug mit einem mitgeführten Sarg, die verbrannte Fahne, das Geschrei und die Steine, die gegen die Fensterscheiben des Versammlungslokals geworfen wurden, erinnern peinlich an politische Methoden der Vergangenheit. Die Veranstalter des Spektakels werden einwenden, sie hätten nur einen würdigen Schweigemarsch gewollt. Sie hätten aber wissen müssen, wie leicht Heißsporne eine solche Veranstaltung mißbrauchen können, und wie schwer — besonders im Dunkel der Nacht — Leute zu zügeln sind, die Unruhe stiften wollen.

Nur ein großes Polizeiaufgebot hat wahrscheinlich Schlimmeres verhüten können, als ohnehin geschah. Peinlich bleibt vor allem, daß ein halbes Hundert Pressevertreter aus aller Welt, angelockt durch eine zu erwartende Sensation, den Spektakel miterlebten.
Westfälische Rundschau v. 16. I. 61

Die bange Frage

Ein paar hundert Raufbolde haben die Bundesrepublik schmählich blamiert, in einem Anfall von kollektiver Raserei. Die bange Frage ist, ob es wirklich nur ein vorübergehender Anfall war.
Süddeutsche Zeitung v. 16. I. 61

„Dresden wartet auf Brentano"

Der amtierende Dresdener Bürgermeister B o h n hat Bundesaußenminister v o n B r e n t a n o aufgefordert, die einstige sächsische Landeshauptstadt zu besuchen. Nach einem Bericht des sowjetzonalen CDU-Organs „Die Union" bezog sich Bohn dabei auf die Äußerung v. Brentano's während der Genfer Außenministerkonferenz, er würde gern zu der Bevölkerung von Dresden sprechen. „Die Stadt Dresden ist bereit für einen Besuch des Bonner Außenministers", erklärte Bohn. „Die Union" ergänzte, in Dresden warteten auf den Bundesaußenminister keine „schlagenden" Argumente wie in Marburg auf Volkskammerpräsident D i e c k m a n n.
Generalanzeiger, Bonn, vom 30. 1. 61

Globke erneut unter schwerem Beschuß

Die Sowjetzonenregierung hat einen neuen Vorstoß unternommen, um das seit einiger Zeit in Frankfurt anhängige Verfahren gegen den Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Globke, zu forcieren. Zwei Ostberliner Staatsanwälte überreichten in Frankfurt dem hessischen Generalstaatsanwalt Bauer Fotokopien von Dokumenten, aus denen nach ihren Angaben die maßgebliche Beteiligung Globkes an der Ausrottung der Juden durch den Nationalsozialismus hervorgeht. Generalstaatsanwalt Bauer, der den Empfang der Schriftstücke schriftlich bestätigte, vertrat die Ansicht, daß die Sowjetzonenakten echt seien.

In der Umgebung Globkes wurde zu den überreichten Dokumenten gestern erklärt, ihre Echtheit sei möglich, jedoch seien „auf jeden Fall" die daraus gezogenen Folgerungen falsch.

Die Fotokopien mit dem „Belastungsmaterial" gegen Globke wurden dem hessischen Generalstaatsanwalt am Montag überreicht. Vor der Presse in Frankfurt erläuterten die beiden Ostberliner Justizfunktionäre, der 37jährige Staatsanwalt Foth und der 33jährige Staatsanwalt Ender, den Inhalt der Schriftstücke, die nach ihren Angaben aus dem „Zentralarchiv der DDR in Potsdam" stammen, über deren Herkunft und plötzliches Auftauchen sie aber jede Auskunft ablehnten.

Das Bauer übergebene Material besteht unter anderem aus 33 Blatt aus der Personalakte Globkes des Reichsinnenministeriums, aus der hervorgehe, daß Globke „in ganz hervorragender Weise" an dem Zustandekommen der Nürnberger Rassegesetze beteiligt gewesen sei, zehn Blatt aus dem „Kriegs-Geschäftsverteilungsplan" des Reichsinnenministeriums aus dem Jahre 1943, der zeige, daß Globke als ein Vertreter des ehemaligen Staatssekretärs Stuckart an der Judenausrottung verantwortlich beteiligt gewesen sei, und wei-

tere Blätter, in denen die „unmenschlichen Auswirkungen" der angeblich von Globke angeordneten Maßnahmen aufgezeigt würden.
Der Mittag v. 18. 1. 61

Indische Aufträge für die DDR

Aufträge für die Lieferung von Maschinen im Wert von 13 Millionen Dollar wird die deutsche Sowjetzone für die Errichtung eines Eisenhüttenwerkes in Indien erhalten. Die Hüttenwerke werden von der indischen Eisen- und Stahlgesellschaft Vidarbha im Bezirk von Chanda gebaut. Sowjetzonale Ingenieure und Techniker sollen indisches Fachpersonal ausbilden. Ein weiterer indischer Auftrag für die Sowjetzone betrifft die Lieferung von Maschinen für eine Betriebsanlage zur Sauerstoffgewinnung in Bombay, deren Wert jedoch nicht genannt wurde. Der Auftrag geht von der Bombay Oxygen Corporation aus.
FAZ v. 30. 12. 60

1000 westdeutsche Firmen zur Messe

Rund 1000 westdeutsche Unternehmen werden bei der Leipziger Frühjahrsmesse vom 5. bis 14. März ausstellen. Nach Ostberliner Angaben werden ihnen dabei 6000 qm mehr Ausstellungsfläche zur Verfügung stehen als bei der Frühjahrsmesse 1960.
Einige kleinere westdeutsche Firmen, die bisher in Leipzig ausstellten, werden sich nach BDI-Angaben diesmal nicht mehr beteiligen. Dafür gebe es aber eine Anzahl westdeutscher Unternehmen, die zum ersten Male nach Leipzig gehen.
Nürnberger Nachrichten v. 18. 1. 61

Pekingreise des brasilianischen Vizepräsidenten

Der gewählte brasilianische Vizepräsident, João Goulart, gab am Donnerstag vor der Presse bekannt, er habe eine Einladung für einen Besuch in der Volksrepublik China im kommenden Mai angenommen. Goulart, der kürzlich von einer Reise nach der Sowjetunion zurückkehrte, fügte hinzu, er trete für eine „friedliche Koexistenz in Handelsfragen" ein. Brasilien werde weiterhin Handelsbeziehungen zum kommunistischen Block unterhalten.
Neue Zürcher Zeitung v. 22. 1. 61

Zusammenschluß in Westafrika

In Westafrika ist ein neuer Staatenbund gegründet worden. Die Präsidenten Kwame Nkrumah von Ghana, Seku Ture von Guinea und Modibo Kaita von Mali haben am Sonntag nach zweitägigen Verhandlungen in der guinesischen Hauptstadt Conakry in einem Kommuniqué den Zusammenschluß ihrer Länder bekanntgegeben.
Vorgesehen sind eine gemeinsame Außen- und Wirtschaftspolitik und in jedem Jahr vier Konferenzen der Präsidenten. Wie verlautete, soll auch eine gemeinsame Währung eingeführt werden.
Die drei Präsidenten wandten sich mit der Erklärung, kein regionaler Zusammenschluß in Afrika solle auf die Sprache einer ehemaligen Kolonialmacht begründet werden, deutlich gegen die Mitglieder der französischen Gemeinschaft.
Zur Lage im Kongo heißt es, Nkrumah habe die Absicht seiner neuen Unionspartner zur Kenntnis genommen, ihre UNO-Kontingente zurückzuziehen. Nkrumah, der am Samstag nach Ghana zurückkehrte und in einer Weihnachtsbotschaft die „imperialistischen und kolonialistischen Machenschaften" im Kongo, sowie die „Unwirksamkeit" der Vereinten Nationen kritisierte, will sich in Kürze über seine künftigen Pläne für das ghanesische UNO-Kontingent äußern.
Die Tat v. 27. 12. 60

Die afrikanische Gipfelkonferenz in Casablanca

Die Staatschefs der sechs afrikanischen Staaten und Vertreter Ceylons und der algerischen Nationalisten kündigten am 7. Januar die Gründung eines gemeinsamen afrikanischen Hohen Kommandos der Stabschefs an.

Die abschließende Resolution im Anschluß an das viertägige Gipfeltreffen besagt, daß das Hohe Kommando in regelmäßigen Abständen zusammentreffen soll, um die „gemeinsame Verteidigung Afrikas gegen Angriffe sicherzustellen" und um zur Wahrung der Sicherheit jedes einzelnen Staates beizutragen.

Die Resolution, in Form einer afrikanischen Charta, kündigt außerdem den Plan an, eine Afrikanische Beratende Versammlung zu gründen, die regelmäßig Sitzungen abhalten wird, an denen Vertreter aller afrikanischen Staaten teilnehmen sollen.

Die Konferenz unterstützt den Anspruch Patrice Lumumbas als einziger legaler Premierminister des Kongo und ruft zu afrikanischer Einheit auf.

Die Charta sieht die Bildung von afrikanischen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Komitees vor, um die Politik der afrikanischen Nationen auf diesem Gebiet zu koordinieren.

Die Konferenz rief ein „Verbindungs-Büro" ins Leben, das binnen drei Monaten ein Treffen von Fachleuten veranstalten soll, um bei der Gründung der neuen, von der Konferenz beschlossenen Institutionen zu helfen.

Die Afrikanische Charta betonte die Entschlossenheit der afrikanischen Staaten, die Gleichheit in der Politik aufrechtzuerhalten, und verkündete ihren Entschluß, „die noch unter fremder Herrschaft befindlichen afrikanischen Gebiete durch Hilfe und Beistand zu befreien".

Sie plädierte für die Nichtanlehnung der afrikanischen Staaten an irgendeinen Block, rief zum Schutz des Kontinents gegen „politischen und wirtschaftlichen Druck" und gegen die Unterhaltung ausländischer Stützpunkte, „die eine Gefahr für die Befreiung Afrikas bedeuten", auf.

Auf der Konferenz wurde beschlossen, daß in der Afrikanischen Beratenden Versammlung jeder afrikanische Staat vertreten sein soll. Sie soll ein ständiges Hauptquartier haben und regelmäßige Sitzungen abhalten. Eine der wichtigsten Aufgaben des Wirtschaftsausschusses wird es sein, Post- und Fernmeldeverbindungen zwischen den afrikanischen Hauptstädten zu schaffen.

Das Afrikanische Hohe Kommando wird sich aus den Stabschefs zusammensetzen und regelmäßig zusammentreten, um „die Verteidigung Afrikas gegen Angriffe" sicherzustellen und die Sicherheit eines jeden Staates zu bewahren.

Kongo-Kommando

Die Staatschefs von Marokko, der Vereinigten Arabischen Republik, Ghana, Guinea und Mali brachten zum Ausdruck, daß sie dem UNO-Kommando im Kongo ihre Truppen entziehen werden, wenn nicht die Vereinten Nationen dort eine legale, legitime Regierung wiederherstellen werden.

Die Entschließungen wurden innerhalb einer Reihe von Resolutionen von der Konferenz kurz vor der formellen, öffentlichen Abschlußfeier im Rathaus von Casablanca gemacht. Die Resolutionen wurden von Kronprinz Moulay Hassan von Marokko verlesen.

Die Konferenz verurteilte die französischen und andere Atombombenversuche in Afrika als „Provokation gegen das afrikanische Volk" sowie das Einverständnis zwischen Frankreich und Israel in bezug auf Atombombenversuche.

Sie besteht auf der gerechten Lösung der Palästinafrage gemäß den Beschlüssen der Vereinten Nationen und der Bandung-Konferenz und auf der Wiederherstellung der Rechte der palästinensischen Araber. Sie verurteilt Israel als ein Werkzeug des Imperialismus und des Neo-Kolonialismus im Nahen Osten, in Asien und Afrika.

Apartheid

Die Gipfelkonferenz mißbilligt die Apartheid-Politik in Süd-Afrika und ruft die Vereinten Nationen auf, Maßnahmen gegen dieses Verhalten einzuleiten.

Die Konferenz billigt „die Handlungsweise Marokkos und Mauretaniens zur Wiedererlangung ihrer legitimen Rechte". Sie klagt Frankreich des Versuchs an, Mauretanien zur Einkreisung der afrikanischen Nationen zu benutzen. Marokko wünscht eine Vereinigung mit Mauretanien.

Sie riefen zu einem sofortigen Rückzug aller belgischen Truppen aus Ruanda-Urundi und der Wiederherstellung „einer Atmosphäre des Friedens und der Sicherheit" auf. Das Gebiet ist unter belgischer Verwaltung unter Aufsicht der Vereinten Nationen.

Die Konferenz „betonte erneut feierlich ihr unerschütterliches Festhalten an der Charta der Vereinten Nationen und an den Prinzipien der Bandung-Konferenz mit dem Ziel, die Zusammenarbeit zwischen allen Völkern der Welt zu fördern und den internationalen Frieden zu festigen".

Sie rief alle afrikanischen Staaten dazu auf, sich mit den Unterzeichnern zu vereinigen, um ein einiges Afrika aufzubauen, und tat den Entschluß der afrikanischen Staatschefs kund, „den Triumph der Freiheit in ganz Afrika auszubreiten".

Cairo-Brief (Pressebüro der VAR in Bonn) vom 15. 1. 61

Afro-asiatische Staaten verurteilen französische Atombombenexplosion

Einstimmig haben die afro-asiatischen Staaten die dritte französische Atombombenexplosion in der Algerischen Wüste verurteilt, denn damit habe Frankreich die Resolutionen der Vereinten Nationen und die öffentliche Weltmeinung herausgefordert.

Versammlungen sind abgehalten und Erklärungen sind veröffentlicht worden, die zu entschlossenen Maßnahmen aufrufen, um Frankreich für seine flagrante Herausforderung zu bestrafen und es an weiteren verbrecherischen Handlungen zu hindern.

Der Sekretär der Solidaritätskonferenz der afro-asiatischen Völker, Youssef el Sebai, erklärte, daß Frankreich durch die Explosion seiner Atombombe versucht habe, das tapfere algerische Volk zu bedrohen, um damit seinen Kampf gegen den französischen Kolonialismus zu schwächen. Er ermahnte die afro-asiatischen Regierungen im Namen ihrer Völker, unverzüglich Schritte zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Frankreich und zum Boykott seiner Waren zu unternehmen.

Cairo-Brief v. 15. 1. 61

Nehru vergleicht die Kongo-Krise mit dem spanischen Bürgerkrieg

Der indische Ministerpräsident Nehru hat am Montag vor einer Verschärfung der Kongo-Krise gewarnt und erklärt, eine direkte Unterstützung der ravilisierenden Gruppen im Kongo durch die Großmächte könnte zum Ausbruch eines Weltkrieges führen. Der Weg aus dem Dilemma am Kongo führe nur über das kongolesische Parlament. Dieses müsse auf jeden Fall zusammentreten. Ministerpräsident Nehru sprach seine Warnung in der außenpolitischen Debatte der Staatenkammer, des Oberhauses des indischen Parlaments, aus. Er verglich die Lage im Kongo mit dem spanischen Bürgerkrieg, weil dort ebenfalls ausländische Großmächte die gegnerischen Kräfte im Lande mit Waffen und anderen Mitteln unterstützt hätten. Nehru forderte die rückhaltlose Unterstützung der Vereinten Nationen im Kongo, denn wenn die UN dort versage, dann versage sie in der ganzen Welt.

Stuttgarter Zeitung v. 22. 12. 60

Castro-freundliche Priester müssen schweigen . . .

Das Regierungsblatt „El Mundo" berichtet, daß Pater German Lence, der dem Regime Castro günstig gesinnt ist und am Samstag im Fernsehen sprechen sollte, von seinen kirchlichen Vorgesetzten daran gehindert worden sei. Die Zeitung sieht in diesem Verbot „eine neue Phase der tiefen Krise in den Beziehungen zwischen der kubanischen Regierung und den höchsten Würdenträgern der katholischen Kirche Kubas".

Pater Lence, einer der glühendsten Verteidiger der kubanischen Revolution, kritisierte wiederholt und mit großer Heftigkeit die katholische Hierarchie, der er u. a. vorwarf, von den ersten Tagen des Christentums an den Weg des Kommunismus nicht beschritten zu haben. „El Mundo" erinnert in diesem Zusammenhang, daß vor einer Woche in der Nähe der Kapelle, wo Pater Lence die Messe gelesen habe, eine Bombe explodiert sei. Die Zeitung erklärt, man wisse, daß konterrevolutionäre Elemente Todesdrohungen an die Adresse des Paters gerichtet hätten. Das Schweigen, das Pater Lence auferlegt worden sei, werde Fidel Castro zweifellos mehr stören als der Offene Brief, in welchem die Hier-

archie kürzlich ihre Befürchtungen angesichts der „Entwicklung" des Kommunismus in Kuba zum Ausdruck gebracht habe.
Neue Zürcher Zeitung v. 22. 12. 60

... und werden exkommuniziert

Ein Sprecher der römisch-katholischen Kirche teilte am Dienstag mit, daß die kubanische Hierarchie Pater German Lence, der die für das Castro-Regime eintretenden Geistlichen anführt, exkommuniziert habe. Ein Grund für die Maßnahme wird nicht angegeben.
Neue Zürcher Zeitung v. 22. 12. 60

Schließungen bei Chrysler

Die Chrysler Automobilwerke (Detroit/USA) werden von ihren sieben Montagewerken in dieser Woche drei schließen; 7500 Arbeiter waren schon entlassen worden. Die Ford-Werke haben in drei von 17 Montagewerken die Montage von Personenwagen eingestellt. Dadurch wurden 5135 Beschäftigte arbeitslos.
Die Welt v. 19. 1. 61

Wenn Eine eine Reise tut oder: Courtoisie à la Basel

Vor dem Haupteingang des Badischen Bahnhofs (in Basel. D. Red.) hielt der Jeep, dem ein mit drei schweinsledernen Koffern beladener Polizist entstieg. Auch trug dieser drei Schirme in Weiß, Cognac und Mauve. Stramm strebte er dem Eingang zu. — Ein zweiter Repräsentant der Hermandad schälte sich aus dem Fahrzeug. Zwei Koffer bürdete er sich auf, einen weißen in Ziege und einen schwarzen in Boxcalf, dazu vier Hutschachteln, drei Tennisrackets und einen Golfsack. — Schon stieg der dritte Mann aus, bescheiden sich mit dem Rest begnügend: einem einzigen Koffer in Kroko und zwei Hunden, einem weiblichen Afghan und einem männlichen Pekinesen.

Als letzte stieg die Dame aus. Sie tat es allein, doch nicht ohne Würde. Beladen mit zwei Handtaschen (Eidechs und Axolotl) und einer Sonnenbrille nahm sie die Anstrengung trotz ihrem engem Rocksaum auf sich. Sie hielt sich gut. Standesgemäß wippte sie auf hohen Stöckeln hinter den „Dienstmännern" her, blond, pudern und reserviert die Umwelt keines Blickes würdigend. Von Zürich war sie auf der „Durchreise" nach Hause, nach Düsseldorf.

Dort wird sie bleiben — müssen!
Denn sie ist k e i n e Dame ...

T. C. N. in Basler Nachrichten v. 13. 1. 61

Kommuniqué über die Tagung des DFU-Vorstandes am 14./15. Januar in Köln

Der Bundesvorstand der Deutschen Friedens Union (DFU) trat am Wochenende in Köln zu seiner ersten Sitzung zusammen. Er wählte aus seiner Mitte den Geschäftsführenden Vorstand und das dreiköpfige Direktorium. In das Direktorium wurden gewählt: Prof. Dr. Renate Riemeck, Karl Graf von Westphalen und Lorenz Knorr. Dem Geschäftsführenden Vorstand gehören außer den drei Direktoriumsmitgliedern an: Albert Berg (Hamburg), Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner, Frau Dr. Sophie Charlotte Kirchhof (Duisburg), Betriebsratsvorsitzender Wilhelm König (Kronberg/Taunus), Regierungsrat Dr. Günter Raschen (Braunschweig), Fabrikant Dr.-Ing. J. F. Tönnies (Freiburg) und der katholische Schriftsteller Hans Wirtz (Freiburg).

Der Bundesvorstand beschäftigte sich auf seiner zweitägigen Sitzung im wesentlichen mit Fragen, die den raschen Aufbau der DFU-Landesverbände betreffen.

In einem Referat erklärte Frau Prof. Riemeck, daß es nicht in der Absicht der DFU läge, den Wahlkampf gegen die SPD zu führen. Wörtlich sagte sie: „Unser Kampf gilt der Aufrüstungspolitik, und wer die betreibt, das wissen wir. Von dieser Stoßrichtung werden wir uns von niemandem abbringen lassen, auch nicht von den Verfechtern der Adenauer-Politik innerhalb der SPD-Führung."

In der Diskussion ergriffen neben Hans Wirtz, Mira von Kühlmann, Albert Berg, Dr. Heydt und Prof. Dr. Karl Rode auch geladene Gäste das Wort, die anschließend in den

Unions-Rat der DFU — ein beratendes Gremium — gewählt wurden, so u. a. Wilhelm Elfes, Walter Diehl und Dr. Gieseking. Von verschiedenen Sprechern wurde zum Ausdruck gebracht, daß wahltaktische Manöver, die den Eindruck außenpolitischer Beweglichkeit erzeugen sollen, nicht helfen, wenn gleichzeitig die Aufrüstung fortgesetzt wird. Nur eine aktive Abrüstungs- und Neutralitätspolitik kann zu wirklicher Entspannung führen. Am Beispiel des Interzonenhandels-Abkommens sei deutlich geworden, daß eine sinnwidrige Verschärfung der Gegensätze nur dazu führt, die von der Vernunft her notwendigen Schritte am Ende erzwungen zu vollziehen. „Wir aber wollen keine erzwungene, sondern eine vom eigenen Willen und den deutschen Interessen bestimmte Entspannungspolitik."

Ausführlich beschäftigte sich der Bundesvorstand mit dem von Bundesinnenminister Schröder vorgelegten Gesetz über Ein- und Ausreise, das elementare Grundrechte einschränkt und vor allem die beiden Teile Deutschlands noch weiter auseinanderreißt. Der Vorstand faßte den einstimmigen Beschluß, gegen dieses Gesetz Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht einzureichen, falls es rechtskräftig werden sollte.

Berichtigung:

In dem in der Nr. 11/12/60 erschienenen Aufsatz von Ober.-Ing. Erich Ritter, „Atomluftschutz — das Geschäft mit dem Tode", muß es auf Seite 1150, dritter Absatz, zweiter Satz heißen: Soweit die Geschichte zurückreicht, hat es noch nie eine „heidnische" Regierung gegeben, die bereit gewesen wäre, **so weitreichende** menschenvernichtende Konsequenzen in ihre politischen Planungen einzubeziehen.

Es schrieben bisher u. a.:

Heinz Abosch - Frank Allaun, M. P. - Dr. Walther Ammann - Dr. Günther Anders - Stefan Andres - Prof. Manfred v. Ardenne - Prof. Dr. Dr. Hans Bayer - Prof. Dr. Karl Bechert, MdB - Arno Behrisch, MdB - General a. D. Dr. Franz Beyer - Lucie Beyer, MdB - Dr. Wilhelm R. Beyer - Dr. Achim v. Borries - Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner - Klemens Brockmöller S. J. - Dr. Hildegard Brücher, MdL - Dr. Gerhard Caemmerer - Harold Davies, M. P. - Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann - Dr. Wolf Donner - Dr. Helmut Dörr - Staatssekretär a. D. Dr. Fritz Eberhard - Klaus Ehrler, Master of Arts - Prof. Dr. Fritz Eichholtz — Otto Eisenmann, MdB - Dr. Hans Magnus Enzensberger - Dr. Hermann Etzel - Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick - RA Erwin Fischer — Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D. - Gertrud von le Fort - Prof. Dr. Ernst Fraenkel (Frankfurt) - Major a. D. Hans Moritz v. Frankenberg und Proschlitz - Prof. Dr. Wolfgang Friedmann - Prof. D. Emil Fuchs - Dr. Werner Gerth - Albrecht Goes - Prof. Gerhard Gollwitzer - Dr. Dr. Georg Groeninger - Prof. Dr. Walter Hagemann - Prof. Dr. Werner Hahlweg - Prof. Joh. Harder - Prof. Dr. Wilhelm Hasenack - Esther Sophia Hayiron - Dr. Friedrich Heer - Minister a. D. Dr. Arno Hennig - Dr. Elsa Hennings - Dr. Hans Henrich - Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig - Dr. Walther Herbst - Prof. D. Dr. Johannes Hessen - Dr. Irene Hilgers-Hesse - Kurt Hirsch - Hans Heinz Holz - Professor D. J. L. Hromádka - Professor Rolf Italiaander - Professor D. Hans Joachim Iwand † - Hans Henny Jahnn † - Dr. Viktor Kadalie - Alexander Karev - Hans Hellmut Kirst - Prof. Dr. Friedrich Klein - Wilhelm von Kleist - Dr. Arno Klönne - DD. Heinz Kloppenburg - Dr. Eugen Koller - Prof. J. Korowin - Dr. Erich Küchenhoff - Prof. Dr. Bernard Lavergne - Dr. Jonas Lesser - Dr. Carlo Levi - Prof. Dr. Hanns Linhardt - Hans Lipinsky-Gottersdorf - Dr. Bodo Manstein - Wladimir Massitsch - Dr. Basil Mathiopoulos - Prof. Dr. L. L. Matthias - Prof. Dr. Ing. e. h., Dr. phil. h. c. Ernst May - Mathias Joseph Mehs - Dr. Wilhelm Ritter v. Meng - Prof. Dr. Eberhard Menzel - Botschafter a. D. Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB - Herbert Mochalski - Dr. Girya K. Mookerjee - Prof. Dr. Wilhelm Müller - Hans Nätscher - Peter Nellen, MdB - Prof. Dr. Anton Neuhäusler - Anna Nieklewicz - Prof. Hermann Oberth - Prof. Dr. László Mârton von Pâkozdy - Prof. Dr. Linus Pauling - Rudolf Pikola - Kurt Pritzkoleit - Prof. Dr. A. J. Rasker - Prof. Dr. Franz Rauhut - Dr. Hermann Rauschning - Prof. Dr. Gerhard Reintanz - Prof. Dr. Hans Rheinfelder - Prof. Dr. Helmut Ridder - Prof. Dr. Renate Riemeck - Prof. Dr. Karl Rode - Lord Bertrand Russell - E. S. Sachs - Prof. Dr. Michael Seidlmayer - Dr. Seiei Shinohara - Paul Schallück - Adolf Schmidt - Prof. Dr. Franz Paul Schneider - Rolf von Schoen - Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl - Prof. Dr. Rudolf Schottlaender - Prof. Dr. L. Schücking - Hermann Schwann - Dr. Ernst Schwarz - Prof. Dr. Dr. H. Schweigart - Richard E. Sperber - Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg - Heinrich Steege - Prof. Dr. Karl Stoevesandt - Prof. D. Hermann Strathmann - Herbert Stubenrauch - Stephen Swingler, M. P. - Dr. Ruth Tangemann - Dr. Hans-Joachim Tepe - Reinhard Tietz - P. A. Timberlake - Dr. Ing. Jan Friedrich Tönnies - Hellmut Traub - Prof. Dr. Gregori Tunkin - Prof. D. Heinrich Vogel - William Warbey M. P. - Philipp Wehr, MdB † - Johannes Weidenheim - Günther Weisenborn - Prof. Dr. Leo Weismantel - Prof. Dr. Aloys Wenzl - Hans Wirtz - Botschafter Dr. Zairin Zain - Konni Zilliacus, M. P. - Prof. Dr. Ernst Zinner - Anton Zischka.

Herausgeber, Verlag und Eigentümer: M. Pahl-Rugenstein. Postscheckkonto Köln 65 14. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Graf von Westphalen. Beide Köln, Barbarossaplatz 2. Telefon 21 53 36. Erscheinungsweise monatlich einmal zum Preise von 2,— DM, zuzüglich 0,15 DM Porto oder 0,03 DM Postzustellgebühr. Rücksendung von Manuskripten nur, wenn Rückporto beiliegt. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und brauchen nicht der Auffassung der Redaktion zu entsprechen. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe. Sprechstunden der Redaktion: Montags von 15—17 Uhr. Druck: F. W. Wesel, Baden-Baden.